

Inhalt

Vorbemerkung	3
---------------------------	---

Alfred Schröder

„Kampf gegen rechts“ und der weitere Niedergang der Linken	5
---	---

Martin Schlegel

Chinas Weg in den Kapitalismus	11
---	----

1 Einleitung

2 Die Reformen der Nach Mao – Zeit	11
---	----

- 2.1 Die Agrarreform
- 2.2 Wanderarbeiter und industrielle Entwicklung
- 2.3 Die Gemeinde- und Dorfunternehmen
- 2.4 Die Individual- und Privatwirtschaft
- 2.5 Die Sonderwirtschaftszonen und die Exportorientierung
- 2.6 Die Staatsunternehmen
- 2.7 Schattenwirtschaft und Untergrundprivatwirtschaft
- 2.8 Die Krise am Ende der ersten Reformperiode
- 2.9 Soziale Folgen der Reformära

3 Themen der Diskussion über Chinas Reformkurs	33
---	----

- 3.1 Gradualismus versus Schocktherapie
- 3.2 Die Auseinandersetzungen in China um den Reformkurs
- 3.3 Besonderheiten der chinesischen Wirtschaftsordnung
- 3.4 Abschließende Anmerkungen

Diskussion

Zu: „Der deutsche Rassenstaat“ und „Das Imperialismusproblem III“ (Karl-Heinz Goll)	50
--	----

Rezension

Graeber / Wengrow: Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit“ (Fritz Gött)	64
--	----

Vorbemerkung

Zu Beginn dieser AzD-Ausgabe zeigt Alfred Schröder auf, dass die unter dem Banner des Antifaschismus von SPD, Grünen und Linkspartei bis hin zur MLPD erhobene Forderung nach einem AfD-Verbot, in Realpolitik übersetzt, ein Kampf für die Absicherung parlamentarischer Mehrheiten der staatstragenden Parteien ist, deren Zustimmung in der Bevölkerung zusehends schrumpft. Dieselben Parteien agieren im Ukraine-Krieg als Kriegsparteien, während gleichzeitig EU und Nato auseinanderfallen und die Linke bis heute nicht in der Lage war, eine eigenständige revolutionär-demokratische Position zu diesem Krieg zu entwickeln.

Hauptthema ist diesmal die Entwicklung der Volksrepublik China in den letzten Jahrzehnten. Martin Schlegel untersucht die Verfassung der gesellschaftlichen Arbeit und kommt zu dem Ergebnis, dass die Arbeitskraft mittlerweile durchgängig Warencharakter trägt und vom marxistischen Standpunkt aus keine Zweifel an der Durchsetzung des Kapitalismus bestehen.

Er stellt die Auseinandersetzungen in Partei und Regierung dar, die den Weg zum Kapitalismus öffneten, und vergleicht den russischen und den chinesischen Weg des Übergangs zum Kapitalismus miteinander. Als Fazit schreibt er, dass die chinesische Variante der kapitalistischen Warenproduktion eine eigene Art von staatlich gelenktem Kapitalismus darstellt, der aktuell besser funktioniert als der neoliberale westliche Typus.

Die letzten AzD mit dem Leitartikel über eine neue Weltordnung und eine jämmerliche Bourgeoisie sowie der Kritik der Leninschen Imperialismustheorie haben eine Reihe kontroverser Reaktionen hervorgerufen, die von „genial“ bis „grotesk“ reichen. Eine Kritik von K-H. Goll, die auch das Buch über den „deutschen Rassenstaat“ umfasst, wird hier unter „Diskussion“ abgedruckt. Zum selben Thema findet sich eine längere Diskussion mit Klaus Dallmer, Autor von Büchern zur Oktober- und Novemberrevolution, in der Rubrik „Offene Debatte“ auf der Webseite der „Kommunistischen Debatte“ (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=3084). In dieser vor kurzem eingerichteten Rubrik sollen künftig alle eingehenden Zuschriften veröffentlicht werden.

Den Abschluss bildet eine längere Auseinandersetzung von Fritz Gött mit einer neuen Version der Menschheitsgeschichte in dem Buch von David Graeber und David Wen-grow: „Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit“.

Alfred Schröder

„Kampf gegen rechts“ und der weitere Niedergang der Linken

„Der Erfolg der Rechten ist das Versagen der Linken“¹, betitelt Andreas Wehr einen Artikel in seinem Rundbrief, der auch bei Telepolis zu finden war.² Wenn man Wehrs Titel noch das Wort „auch“ hinzufügen würde, könnte dieser Aussage kommentarlos zugestimmt werden.

Denn im Wesentlichen war dieser Aufstieg der Rechten eine Folge der Regierungspolitik in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren, die eine wachsende Abwendung der Bevölkerung von den Regierungsparteien hervorgerufen hat. Gemeinsam vertraten diese sich in der Regierung ablösenden Parteien³ eine Politik der Ausdehnung der Europäischen Union (Süd-Osteuropa), bei gleichzeitigem Ausbau der deutschen Vorherrschaft über die EU, der bedingungslosen Unterstützung der NATO und der – verbal kritisierten, aber faktisch geduldeten – Zuwanderung in den europäischen Arbeitsmarkt und die deutschen Sozialversicherungssysteme.

Mit dem offenen Ausbruch des schon seit 2014 von den USA und Teilen der Nato geschürten Ukraine-Konflikts 2022 geriet diese Politik und gerieten damit auch die bisherigen Regierungsmehrheiten in fast ganz Europa in eine offene Krise. Die „staatstragenden Parteien“ verlieren ihren Einfluss in der Bevölkerung und Zug um Zug auch ihre parlamentarischen Mehrheiten. Und dies mit Recht, da ihre Politik immer offenkundiger als gescheitert wahrgenommen wird. Stattdessen, um nun zu Deutschland⁴ zu kommen, erleben wir den kontinuierlichen Aufstieg der AfD und einen weiteren Niedergang der linken und kommunistischen Kräfte.

Und damit zurück zu A. Wehr. Mit seiner zitierten Aussage spricht er eine für die Linken unbequeme Wahrheit aus, die dort aber konsequent ignoriert und tabuisiert wird. Um das Problem des von Wehr angesprochenen Themas deshalb deutlicher zu formulieren: Welchen Anteil hatte und hat die Politik der linken und kommunistischen Organisationen im vergangenen Jahrzehnt an ihrer eigenen Marginalisierung? Und wie hat sie mit ihrer Politik die Formierung und Ausbreitung der AfD als einzig verbliebene **Oppositionspartei** gegen die Regierungspolitik – unabhängig davon, ob Rot/Schwarz oder die Ampel an der Regierung waren – bestärkt?

Dazu Wehr: „Die heutige Linke weicht genau diesen Fragen aus, ist sie doch längst eine soziallibertäre Linke geworden ... Ihre Zustimmungswerte gehen denn auch von

¹ <https://www.andreas-wehr.eu/artikel-reader/der-erfolg-der-rechten-ist-das-versagen-der-linken.html>;
<https://www.telepolis.de/features/Der-Erfolg-der-Rechten-ist-das-Versagen-der-Linken-10666854.html>

² Anlass war ein Leitkommentar der FAZ vom 05.09.2025 mit dem Titel „Die rechtspopulistische Revolution“.

³ CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und, als Regierungsunterstützung, wenn sie denn benötigt wurde, auch die Linkspartei.

⁴ Obwohl, wie gerade dargestellt, es kein speziell deutsches Problem darstellt, sondern fast alle europäischen Staaten betrifft.

„Kampf gegen rechts“ und die Linke

Wahl zu Wahl zurück. Daran ändert auch der Aufschwung der Partei Die Linke bei den letzten Bundestagswahlen nichts, ist er doch vor allem Ergebnis eines Wählerwechsels von anderen linken Parteien hin zu ihr. Gebraucht werden die linken Parteien heute nur noch für breite ‚Bündnisse der Demokraten‘ zusammen mit CDU, CSU und der FDP zur Verhinderung von Wahlerfolgen der AfD. Als bloße Funktionsparteien haben sie aber keine Zukunft.“ Womit auch Wehr die Linke an der Seite der jeweiligen Regierungsparteien verortet, genau wie es wachsende Teile der Bevölkerung wahrnehmen. Und dort stand und steht die Linke seit 2015 bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Fest an der Seite der „staatstragenden“ Regierungsparteien, sei es bei der Zuwanderungspolitik („Wir schaffen das“), der Coronapolitik (Demokratieabbau und Impfpflicht), oder dem sog. „Kampf gegen rechts“ (Nie wieder ist jetzt, AfD-Verbot, Stadtbilddebatte).

Bei dem offenen Ausbruch des Ukraine-Krieges ab 2022 versagten Linke und Kommunisten erneut. Sie waren nicht in der Lage, eine eigenständige revolutionär-demokratische Position zu diesem Krieg zu entwickeln und in die Friedensbewegung hinein zu tragen. Als Folge dieses Scheiterns versumpfte die Friedensbewegung im Pazifismus und blieb ihr Einfluss und Umfang entsprechend bescheiden. Auch hier bezog einzig die AfD eine deutliche Opposition zur jeweiligen Regierungspolitik.

So wurde eine wirtschaftsliberale, nationalistische und in Teilen auch völkisch-nationalistische Partei zum Sammelpunkt sowohl der Arbeiter als auch der politisch interessierten Jugend.

Kampf für das AfD-Verbot zur Sicherung der parlamentarischen Kriegsmehrheit

Und um diese Entwicklung weiter zu befeuern und ja keine Lehren aus der eigenen Marginalisierung und dem Aufstieg der AfD zu ziehen, heißt das neue, jetzt mit aller Kraft und organisationsübergreifend (von SPD, Grünen, Linkspartei bis hin zur MLPD) betriebene Projekt: „Kampf für das Verbot der AfD“. Dies ist, in Realpolitik übersetzt, ein Kampf für die längerfristige Absicherung parlamentarischer Mehrheiten der Kriegsparteien, obwohl deren Zustimmung in der Bevölkerung zusehends schrumpft. Mit dieser Forderung soll die politische Repräsentanz von einem Viertel der Bevölkerung verboten, parlamentarische und außerparlamentarische Kritik an der EU- und NATO-Kriegspolitik unterdrückt werden.⁵ Und zwar genau von jenem Viertel der Bevölkerung, das der Kriegspolitik der Regierung, ihrer EU- und Russlandpolitik sowie der Zuwanderungspolitik ablehnend gegenübersteht.

Der „Kampf gegen rechts“ und aktuell für ein AfD-Verbot erweist sich in der aktuellen politischen Situation als ein Kampf für die Fortsetzung des NATO-Krieges gegen die russische Föderation und zur Unterstützung der deutschen Kriegsparteien. Mit dem angestrebten AfD-Verbot soll per Gesetz eine Eingrenzung der parlamentarischen Repräsentanz auf die wechselnden Regierungsparteien von Union, SPD, Grünen und

⁵ Was dies über die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Grundrechte durch die Linke in der BRD gegen die herrschende Klasse aussagt, dürfte jedem offensichtlich sein. Und dies ist keine Prophezeiung für die Zukunft; die Organisationen haben es während der Coronapolitik bereits praktiziert, als sie Demoverbote, Impfpflicht, massive Diskriminierung und Vernichtung der materiellen Existenzgrundlage Andersdenkender offen unterstützten. Schon alles vergessen?

Linkspartei, die allesamt transatlantisch und proukrainisch positioniert sind, sichergestellt werden. Der allseits beschworene „Antifaschismus“⁶ bringt die linken und kommunistischen Organisationen in dieser Frage wiederum an die Seite der Herrschenden und ihrer Kriegspolitik. Wer kann in einer solchen „Linken“ noch eine oppositionelle Kraft, eine Alternative zu den Kriegsparteien erkennen? Wer soll sich einer Linken anschließen, die, mit ideologischen Phrasen von „Imperialismus“ und „Antifaschismus“ verbrämt, nichts anderes betreibt, als der jeweils herrschenden Politik Schützenhilfe zu leisten?

Der „Kampf gegen rechts“ – Ein Kampf für eine autoritäre Regierung

Der nächste Schritt an die Seite der herrschenden Klasse war die massenhafte Beteiligung der Linken und Kommunisten an der Kampagne „Nie wieder ist jetzt“, die sich gegenwärtig in eine Kampagne zum AfD-Verbot verwandelt. Hierzu hatte Heiner Karuscheit im Trägerkreis der AzD im Frühjahr 2024 ein Referat gehalten. Da dieser Beitrag nicht in der AzD veröffentlicht wurde, möchte ich daraus zitieren:

„Als **erstes** ist festzuhalten, dass hier vom bürgerlichen Staat und seinen maßgeblichen institutionellen Pfeilern in der Gesellschaft (Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Sozialverbände) alle staatstragenden Kräfte mobilisiert wurden, um die bisherige Parteiendemokratie und mit ihr die sich langsam zersetzende Herrschaft der Bourgeoisie zu bewahren.

Zweitens ist zu bemerken, dass im Zeichen des Kampfes „gegen rechts“ Parolen wie „Nie wieder Faschismus“ bzw. der „antifaschistische Kampf“ zu Parolen der bürgerlichen Reaktion geworden sind, um unter Berufung auf die „wehrhafte Demokratie“ die demokratische Verfasstheit des Staates zurückzuschneiden.

Drittens ist festzustellen: insoweit der überwiegende Teil der Linken die Kampagne unterstützt hat, gehört er zu den staatstragenden Kräften und trägt dazu bei, jegliche politische Opposition zu diffamieren und die bürgerliche Hegemonie zu stabilisieren.“ (Der gesamte Beitrag ist auf der Seite der Kommunistischen Debatte nachzulesen. https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2829)

Die zentrale Aussage dieses Referates ist die Feststellung, dass der Kampf zur Beschneidung der bürgerlichen Freiheitsrechte, für die Aushebelung und Eingrenzung der vorhandenen bürgerlich-parlamentarischen Ordnung **von bedeutenden Teilen der herrschenden Klasse** als „Kampf gegen rechts“ organisiert und als solcher eifrig von der Linken bis hin zur MLPD⁷ unterstützt wird, die in ihrem „antifaschistischen“ Eifer gar

⁶ Die Mehrzahl dieser „Antifaschisten“ dürfte Schwierigkeiten haben, den Unterschied zwischen einer Militärdiktatur, Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus zu definieren. Die „Dimitrow-Definition“ aus den 30er Jahren wird da nicht weiterhelfen, da sie bereits damals grundfalsch war. Ihre Nutzung führt nur zu einem inflationären Gebrauch des Faschismus-Begriffs, wie gerade bei verschiedenen Verfassungsschutzämtern, der Antifa, im Umfeld von Linkspartei und Grünen, oder besonders ausgeprägt bei der MLPD zu beobachten ist.

⁷ „In diesem Sinne ergreift die MLPD auch die Initiative für antifaschistische Proteste und beteiligt sich an fortschrittlichen Aktionen. Der Kampf für ein Verbot der AfD erfordert vor allem eine kämpferische Massenbewegung. - Verbot der AfD und ihrer Jugendorganisation! - Keine Grundrechte für Faschisten wie Björn Höcke! - Gib Rassismus, Faschismus, Antikommunismus und Antisemitismus keine Chance!“ (MLPD- Zentralkomitee, 22.01.2024)

„Kampf gegen rechts“ und die Linke

nicht merken, in wessen Interesse sie agieren. Die Propaganda für das „Verbot der AfD“ ist heute die zentrale Parole sowohl für die weitere Aushebelung der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung als auch für die Fortführung der Kriegspolitik.

Die angeführten Beispiele verdeutlichen, dass die mangelnde Attraktivität der Linken und Kommunisten ihrer politischen Positionierung an der Seite der herrschenden Klasse zugeordnet werden kann und die Linke so ihren Beitrag zur weiteren Popularität der AfD als einzig verbliebener Oppositionspartei geleistet hat.

Die Brandmauer gegen rechts

Für die Sozialdemokratie, Grüne und Linke ist die Existenz einer Brandmauer gegen rechts eine Garantie, dass sie in allen entscheidenden Fragen zur Beschaffung einer Regierungsmehrheit von Nöten sind. Die Brandmauer sichert ihnen einen parlamentarischen Einfluss weit über ihre schrumpfende Wählerbasis hinaus, da die Union keine anderen „demokratischen“ Mehrheiten im Parlament finden kann. Damit ist die Fortsetzung der Kriegspolitik, die von den genannten Parteien mitgetragen wird - deren unterschiedenste Verfechter interessanterweise die Grünen sind - gesichert.

„Mit der AfD gibt es keinerlei Form der Zusammenarbeit, weder im Bund noch in den Ländern“ sagt SPD-Chef Lars Klingbeil der Bild am Sonntag. Diese Festlegung sei „eine Eintrittsbedingung in die Bundesregierung“ gewesen. Damit machte der Vizekanzler das Festhalten der Union an der „Brandmauer“ zur AfD indirekt zur Bedingung für das Fortbestehen der Regierungskoalition im Bund.“⁸ Hier wird die Grundlage des Regierungsbündnisses offen angesprochen.

Bleibt die Frage, warum die Union sich in diese „babylonische Gefangenschaft“ begeben. Hier kommen wiederum die Linke und ihr faktisches Bündnis mit SPD und Grünen im „Kampf gegen rechts“ ins Spiel. Jeder Versuch der Union, an der Brandmauer zu rütteln, birgt die Gefahr erneuter Massendemonstrationen der „neuen urbanen Mittelschichten“, wie sie bei der „Nie wieder ist jetzt“-Kampagne von der Linken, SPD und Grünen organisiert wurden. Dies würde die künftige Wählerbasis der Union schmälern⁹ und könnte zu einer politischen Zerreißprobe innerhalb der Partei führen. So festigen die Brandmauer und der „Kampf gegen rechts“ durch die Linke den Zusammenhalt der Kriegstreiberkoalition.

Der Kampf gegen den Krieg

Die linken und kommunistischen Organisationen hatten und haben keine klare politische Position zum Ukraine-Krieg. Der tatsächliche – durchaus komplexe – Charakter dieses Krieges wurde nicht verstanden. Ideologische Positionen, der jeweiligen eigenen Vergangenheit geschuldet, beherrschten die Debatte ebenso wie fehlerhafte Interpretationen der marxistischen Theorie.

Bei den Kommunalwahlen im September 2025 in NRW führte dies bei den Stichwahlen zu Wahlauf-rufen für die SPD-Kandidaten.

⁸ Handelsblatt vom 20.10.2025

⁹ Die Union hatte die meisten neugewonnen Stimmen bei der letzten Bundestagswahl von der SPD gewonnen.

Zuvorderst ist da die Leninsche Imperialismustheorie zu nennen, die nach einer ökonomischen Begründung der Kriegsursachen und der Triebkräfte der kriegsführenden Parteien (und Unterstützer) suchte. Zum zweiten die in der Linken vorherrschende Theorie von einem unausrottbar aggressiven deutschen Imperialismus, der nun die Gelegenheit zu einem „neuen Ostlandritt“ nutzt oder zumindest vorbereitet. Mit diesem Rüstzeug versehen, konnte der Krieg nicht verstanden werden, konnte keine eigenständige revolutionär-demokratische Position entwickelt werden. Die durchaus vorhandene Friedensbewegung versumpfte im Pazifismus und die verschiedenen linken und kommunistischen Organisationen zerstritten sich und desavouierten in der politischen Praxis den Marxismus weiter.

Der Krieg ist von NATO und Russischer Föderation ein imperialistischer Krieg

Dieser immer deutlicher hervortretender Charakter des Krieges verlangt eine klare Position von allen revolutionär demokratischen Kräften. Eine wie immer geartete Unterstützung einer der beiden Seiten verbietet sich vollständig. Im imperialistischen Krieg gibt es keine „richtige Seite“.

Dies wurde in Teilen der Linken anders gesehen. So wurde der imperiale Charakter der aktuellen russischen Politik bestritten, da Russland nicht die ökonomischen Kriterien der Leninschen Imperialismustheorie erfülle (DKP und KAZ) oder etwas subtiler A. Wehr, der Putins imperiale Kriegslegitimierung mit Rosa Luxemburgs Kritik am Selbstbestimmungsrecht der Nationen unterstützen wollte. Mit diesen Positionen haben wir uns in der AzD Nr. 95 und 96 ausführlich auseinandergesetzt. Im Netz nachzulesen unter: https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2537 / https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2680

Unsere eigene Position haben wir in der Vorbemerkung der Nummer 95 so zusammengefasst: „Nach Auffassung der AzD-Redaktion handelt es sich auf beiden Seiten um einen reaktionären Krieg, den Russland als Eroberungskrieg unter Berufung auf die Grenzen des großrussischen Zarenreichs führt, die Eigenstaatlichkeit der Ukraine in Frage stellt und die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki zurückweist. Umgekehrt dirigieren die USA den Krieg der Ukraine mit Hilfe der NATO mit dem Ziel, Russland zu schwächen und eine weitere Annäherung zwischen der EU und Russland zu unterbinden, um ihre Vorherrschaft über Europa zu festigen. Das heißt, es gibt in diesem Krieg keine fortschrittliche Seite, sondern man muss – wie Liebknecht und Lenin im 1. Weltkrieg – für die Niederlage *beider* Seiten und den Sturz der jeweiligen Regierungen eintreten.“ Dies ist auch drei Jahre später weiterhin richtig, wie auch die dort von uns aufgestellten Forderungen.¹⁰

¹⁰ „Als Programm für alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte plädieren die Autoren für einen klaren Forderungskatalog: *„Austritt aus der NATO – NATO raus aus Deutschland! Ende aller Wirtschaftssanktionen gegen Russland und sofortige Öffnung von Nordstream 2! Keine Waffenlieferungen an die Kriegsparteien!“* Außerdem unterstützen sie die Forderung nach dem *„Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen“*, die sich gegen Russland ebenso wie gegen die Ukraine richtet.“ (Vorbemerkung AzD 95, Oktober 2022)

„Kampf gegen rechts“ und die Linke

Die von uns vertretende Position des revolutionären Defätismus war die einzig richtige Antwort auf den offenen Kriegsausbruch. Wie wichtig und richtig die Position war und ist, verdeutlicht die Tatsache, dass beide Kriegsparteien versuchen, den Kampf mit Berufs- bzw. Zeitsoldaten zu führen, da die Heranziehung von Wehrpflichtigen politische Unruhen und Massen-Desertionen sowie die Flucht in das Ausland hervorrufen. Mag diese Orientierung zu Beginn eines imperialen Krieges wenig massenwirksam sein, da anfangs bedeutende Teile der Bevölkerung der patriotischen Propaganda der Herrschenden noch glauben, so hat sie im Verlauf des Krieges an Bedeutung und Massenwirksamkeit deutlich zugenommen.

Und genau diese Entwicklung sehen wir heute (Oktober 2025). Der scheinbar felsenfeste Zusammenhalt der NATO und der Europäischen Union kann im gegebenen Moment nur mit allergrößten Schwierigkeiten der Öffentlichkeit vorgegaukelt werden. Tatsächlich zerfallen beide Institutionen in ihrer alten Form vor unseren Augen. Deutschland, bis zum Beginn des offenen Ausbruchs des Ukraine-Krieges die zentrale europäische Macht in beiden Organisationen, agiert mit sich in ständiger Bewegung befindenden Mächtegruppierungen in Europa, die mal als Dreiergruppe, mal als „Viererbande“, mal als Koalition der Willigen definiert werden und deren Wert und dauerhafter Bestand sehr fragwürdig ist.

Von einer deutschen Führungsrolle in der EU oder dem europäischen Teil der NATO kann – trotz gegenteiliger Behauptungen in der bürgerlichen Presse der BRD – nicht mehr ernsthaft die Rede sein. Der Plan der USA, diesen Krieg zur Schwächung der EU und speziell zur Brechung der deutschen Führungsrolle in der EU hat Erfolg gehabt. Diese für die USA wesentliche Zielsetzung des Ukraine-Krieges wurde bereits erreicht, dementsprechend nimmt das Interesse der US-Regierung an diesem Krieg ab.

Die oben beschriebene Entwicklung verdeutlicht einerseits, wie orientierungslos die Herrschenden in Deutschland und Europa geworden sind. Es macht aber ebenso deutlich, wie richtig es gewesen war und ist, die Losung **„Deutschland raus aus der NATO und NATO raus aus Deutschland“** als zentrale Parole in die Friedensbewegung hineinzutragen. Diese Losung erweist sich immer deutlicher als einzige politische Perspektive gegen die Kriegstreiberei der wechselnden und wackelnden Koalitionen. Mit dem NATO-Austritt Deutschlands und der Aufkündigung der hier stationierten NATO-Truppen-Verträge wird den „Kriegswilligen“ in Europa das Fundament ihrer Pläne entzogen und die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie über die EU, die außenpolitisch bereits durch die USA gebrochen wurde, auch innenpolitisch weiter destabilisiert.

Konkret besteht unsere Aufgabe in Deutschland darin, für die Niederlage der NATO und der von ihr unterstützten Kräfte in diesem Krieg einzutreten. Aber um dies klarzustellen: Dies bedeutet *nicht*, für einen Sieg des imperialen Russlands einzutreten. Wie Lenin ehemals: Für die Niederlage des zaristischen Russlands, aber nicht für den Sieg der Mittelmächte. Da gilt es, „prinzipientreu“ zu bleiben.

Alfred Schröder, Oktober 2025

Martin Schlegel

Chinas Weg in den Kapitalismus

1. Einleitung

Spätestens seit Beginn der Amtszeit von Präsident Obama wird in der Außen- und Wirtschaftspolitik der USA deutlich, dass von deren führender Schicht China als Hauptrivale betrachtet wird. Es ist außerdem mit der zweiten Amtszeit von Donald Trump ein neuer Realismus eingekehrt, der beinhaltet, dass es die USA finanziell und militärisch überfordert, gleichzeitig Konfliktpotentiale mit China und Russland aufrecht zu erhalten, weshalb sie von ihrer früheren Konfrontationsstrategie gegenüber Russland abrücken, um sich besser auf den Hauptgegner China konzentrieren zu können. Vom Westen wird die Auseinandersetzung zwischen den USA und China als eine zwischen Kapitalismus und Kommunismus betrachtet, eine Ansicht, die bei Teilen der Linken auf Zustimmung stößt. Grund genug, sich mit dem heutigen Charakter der Gesellschaftsordnung in China systematisch zu befassen.

Im folgenden Artikel wird der Übergang der Volksrepublik China (VRCh) zum Kapitalismus nach dem Tod Mao Tse Tungs dargestellt. Es wird konkret beschrieben, wie kapitalistische Prinzipien sich zunächst in einigen Bereichen allmählich entwickelten und dann zunehmend die ganze Volkswirtschaft quasi unaufhaltsam erfassten. Als Leitgedanke dient mir dabei die Entwicklung der Lohnarbeit, die ein Kriterium für eine kapitalistische Wirtschaftsordnung ist. Danach werden der russische und der chinesische Weg des Übergangs zum Kapitalismus behandelt. Anschließend werden die Auseinandersetzungen dargestellt, die zu Beginn der Reformperiode in Partei und Regierung Chinas stattfanden und wie sie den Weg zum Kapitalismus öffneten. Abschließend beschreibe ich die Besonderheiten des chinesischen Kapitalismus und wie sie sich entwickelten und stelle sie in historische Zusammenhänge.

2. Die Reformen der Nach-Mao-Zeit

Eine bekannte Einteilung der Reformära in einzelne Etappen macht der amerikanische Ökonom Barry Naughton¹, der die erste Etappe von 1978 bis 1988 und die zweite Etappe auf die Zeit nach 1992 datierte. Diese Einteilung ist plausibel, da mit der Krise etwa im Jahr 1988 zunächst der gesamte Reformkurs in Frage gestellt wurde. Naughton charakterisiert die erste Etappe als eine ohne Verlierer und die zweite Etappe als eine mit Verlierern. Das ist darin begründet, dass in der ersten Etappe der Lebensstandard der Bauern und der Bevölkerung insgesamt stieg, während in der zweiten Etappe mit der teilweisen Zerschlagung der Staatsbetriebe (SOEs, State owned Enterprises) und der Ausweitung der Wanderarbeit in entfernte Orte das Lohnarbeitsverhältnis sprunghaft zunahm. Eine dritte Etappe ist inzwischen deutlich zu erkennen. China wandelt sich von einem technisch unterentwickelten Land in ein sich auf fortgeschrittene Technologie und

¹ The Chinese Economy Second Edition Adaption and Growth.

Hochtechnologie stützendes Land, die Phase nachholender Industrialisierung ist abgeschlossen. Diese dritte Etappe ist etwa ab 2015 mit dem 10-Jahresprogramm ‘Made in China 2025’ anzusetzen. Durchgängiger Charakter der gesamten Reformära ist die wachsende Herstellung kapitalistischer Verhältnisse in allen Lebensbereichen.

2.1 Die Agrarreform

Am Ende der Mao-Zeit befand sich die Volksrepublik China in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Insbesondere war die Ernährungslage schlecht. Es gab einen Handlungsdruck für Reformen insgesamt und vor allem auf dem Land, die Reformen begannen dementsprechend nach 1978 in der Landwirtschaft. In der Mao-Ära wuchs zwar die landwirtschaftliche Produktion jährlich um etwa 4%², jedoch konnte sie damit nur eine gleichbleibende Ernährung der schnell wachsenden Bevölkerung decken³. Außerdem musste die wachsende Produktivität der Landwirtschaft eine wachsende Industriearbeiterschaft versorgen. Zur Verbesserung der Lage der Bauern beschloss das dritte Plenum der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Jahr 1978 eine Erhöhung der Verkaufspreise für Landwirtschaftsprodukte um 20% und eine Senkung der Einkaufspreise von Vorprodukten für die Bauern, da die KPCh die Verbesserung der Lage der Bauern als vorrangig erkannte. Daneben vollzog sich eine Entwicklung, die die Partei zunächst nicht geplant hatte und erst im Jahr 1982 anerkannte: die Ablösung der kollektiven Bewirtschaftung des Bodens durch die Bewirtschaftung von Bauernfamilien in Eigenverantwortung. Diese private Bearbeitung wurde Haushaltsverantwortungssystem genannt.⁴ Bereits 1982 wurden 80% der Böden privat bewirtschaftet, ein Jahr später waren es 95%.⁵ Ein Haushaltsverantwortungssystem hatte es auch in der Mao-Ära eine Zeit lang gegeben, insbesondere am Ende des ‘Großen Sprungs’, um die drastische Hungersnot zu beseitigen, es wurde aber wieder abgeschafft. Im Unterschied zur VRCh nach 1978 kam im postsowjetischen Russland nach 1990 die Entkollektivierung der Landwirtschaft wegen der mächtigen Agrarlobby nur langsam in Gang.⁶ Eine vergleichbare Agrarlobby wie in Russland gab es in China nicht, so dass die Einführung der Privatwirtschaft auf dem Land zu einer Keimzelle der kapitalistischen Entwicklung in China insgesamt wurde.

Die neue Situation in den ländlichen Gebieten führte auch dazu, dass landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren, Pumpen und Verarbeitungsmaschinen Privateigentum wurden.⁷ Die im Jahr 1978 bestehende Verfassung kannte nur das sozialistische Volkseigentum und ein Kollektiveigentum der werktätigen Massen an den Produktionsmitteln. Zur Akzeptanz der ideologischen Neuausrichtung der KPCh auf die private Landwirtschaft trug der Begriff der Individualwirtschaft bei, der später auch auf einen Teil der

² Jikun Huang; Scott Rozelle: China’s 40 years of agricultural development and reform, In: China’s 40 Years of Reform and Development 1978 – 2018, Seite 487.

³ Naughton, Seite 291.

⁴ Ronald Coase; Ning Wang: Chinas Kapitalismus Weg ohne Plan und Zukunft?, Seite 56 f.

⁵ Coase, Seite 82; Naughton, Seite 268.

⁶ Sebastian Heilmann: Die Politik der Wirtschaftsreformen in China und Russland, Seite 162 f.

⁷ Willy Kraus: Private Unternehmerwirtschaft in der Volksrepublik China. Wiederbelebung zwischen Ideologie und Pragmatismus, Seite 30 f.

städtischen Privatbetriebe angewandt wurde. Da in den ländlichen Privatbetrieben meist nur Familienmitglieder mitarbeiteten, ließ sich der Begriff der Ausbeutung schwer anwenden. Das erleichterte es, die Einführung von Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht zu thematisieren und damit zu tolerieren. Insgesamt verhielt sich die Führung so:⁸ „Sie hat private Eigentumsrechte an Produktionsmitteln nach und nach in dem Maße zugelassen, wie diese zur Ausübung erwünschter unternehmerischer Tätigkeit notwendig war.“ Die Individualwirtschaft wurde im Lauf der Zeit als Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft anerkannt.

Die große Geschwindigkeit bei der Entkollektivierung des Bodens in der VRCh zeigt, dass sie in weiten Teilen des Landes den bäuerlichen Wünschen entsprach. Das deutet darauf hin, dass der Schritt von der Landumverteilung hin zur Kollektivierung der Landwirtschaft in der Mao-Ära verfrüht war. Zur Unzufriedenheit der Bauern trug zudem die Erfahrung der Hungersnot von 1958-1961 bei, in der sie ihren Eigenbedarf nicht decken konnten. Auch nach der Hungersnot verbesserten sich in der Mao-Ära die Ernährungslage der Bauern und ihre Lebensbedingungen nicht wesentlich. Dies lag auch daran, dass der bäuerliche Mehrwert zur Finanzierung der Schwerindustrie abgeschöpft wurde.

In der Volksrepublik China gehörte der Boden in den Städten dem Staat, auf dem Land meist den Kollektiven. Die neuen Pachtverträge der Bauern für die Nutzungsrechte von Land beliefen sich zuerst auf ein Jahr, später auf 30 Jahre und mehr, das Land blieb aber im Staats- beziehungsweise im Kollektivbesitz.⁹ Im Jahr 1979 wurden die staatlichen Ernteabgabepflichten für die Bauern begrenzt und im Jahr 1985 wurde das staatliche Abgabenprogramm vollständig abgeschafft.¹⁰ Bei den landwirtschaftlichen Produkten fand zum ersten Mal die zweigleisige Reformpraxis (dual track)¹¹ statt, die später dann gezielt auch bei den Staatsbetrieben praktiziert wurde: Die Beibehaltung der vom Staat geforderten Abgabemengen bedeutete eine zunehmende Menge von Produkten, die frei verkauft werden konnten. So wuchsen die bäuerlichen Betriebe sukzessive aus den Vorgaben heraus, wodurch in der Landwirtschaft anstelle der bisherigen Planwirtschaft schrittweise eine Marktwirtschaft eingeführt wurde. Es entstanden, zunächst illegale freie Märkte und eine Produktion entsprechend der Nachfrage und damit auch ein zweigleisiges Preissystem von staatlich festgelegten und frei verhandelten Preisen.

Nach der Privatisierung der Landbebauungsrechte stieg der Ertrag der Bauern pro Kopf jährlich um etwa 6% an¹² und blieb danach ungefähr in der gleichen Höhe. Die Vielfalt der landwirtschaftlichen Produkte wuchs entsprechend der Nachfrage, die den sich ändernden Essgewohnheiten folgte.¹³ Zu dieser Steigerung trug auch der breitere Einsatz von Kunstdünger und die Verbesserung der Bewässerungssysteme bei, beides

⁸ Kraus, Seite 31.

⁹ Naughton, Seite 268.

¹⁰ Tobias Ten Brink: Chinas Kapitalismus Entstehung, Verlauf, Paradoxien Seite 116; Coase, Seite 103.

¹¹ Naughton, Seite 104 f.

¹² Coase, Seite 81; Huang, Seite 487; Naughton Seite 269.

¹³ Huang, Seite 489; Naughton, Seite 268.

Maßnahmen, die schon in der Mao-Ära begonnen wurden.¹⁴ Hinzu kam der Einsatz von verbessertem Saatgut¹⁵ und die Mechanisierung. Der Landwirtschaft Die Reformen auf dem Land sicherten zum ersten Mal seit der Gründung der VRCh dauerhaft die Ernährung der gesamten Bevölkerung. Dies ist ein Erfolg, denn China besitzt eine unterdurchschnittliche nutzbare Ackerfläche pro Kopf der Bevölkerung.¹⁶ Gleichzeitig stieg das Einkommen der Bauern zwischen 1978 und 1985 mit jährlich etwa 15% doppelt so stark wie das städtische Einkommen¹⁷ und die Armutsrate auf dem Land sank. Nach der Anfangsphase mit stark steigenden Einkommen der Bauern sanken aber die Reallöhne wieder. Das lag an dem Preisverfall der Lebensmittel und dem Anstieg der Preise für Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel, außerdem erhöhten die Lokalregierungen kräftig die Steuern. Da ein Gefälle von 1:3 zwischen den Einkommen in der Stadt und auf dem Land bestehen blieb und die wachsende Industrie auf dem Land nur einen Teil der unterbeschäftigten Bauern aufnehmen konnte, begann Mitte der 1990er Jahre die Zeit der Wanderarbeiter in weiter entfernte Städte.¹⁸ Zusätzlich sorgte die wachsende Produktivität in der Landwirtschaft für einen kontinuierlichen Nachschub an überzähligen Arbeitskräften. Es war der chinesischen Führung bewusst, dass die Verbesserung der Lage der Bauern eine entscheidende Bedeutung für die Stabilität des Landes und der Führung durch die KPCh hatte. So gab es in der Folgezeit immer wieder Initiativen, durch Subventionen und Steuererleichterungen die soziale Lage der Bauern zu verbessern. In der chinesischen Geschichte bedeuteten Bauernunruhen immer eine Gefahr für die Regierung.

Die Bodenreform hatte aber auch zur Folge, dass die Sozialsysteme auf dem Land abgebaut wurden, die bisher durch die Kollektive finanziert wurden. Sämtliche Sozialleistungen wurden reduziert oder fielen ganz weg. Erst im Jahr 2003 begann die Zentralregierung im Gefolge der SARS-Epidemie wieder ein Gesundheitssystem auf dem Land aufzubauen.¹⁹ Dieses Thema wird in Kapitel 2.9 ausführlicher behandelt.

Wichtig erscheint mir an der Untersuchung von Coase der Hinweis, dass sich die Bewegung hin zu einer privaten Landwirtschaft wie auch zu anderen wirtschaftlichen Reformen wie etwa der Individual- und Privatwirtschaft sich spontan von unten entwickelten und erst später von der Zentralregierung gebilligt wurden. Dies wird auch durch die detaillierte Untersuchung von Kühner bestätigt.²⁰ Normalerweise herrscht die Meinung vor - und so stellt es auch die chinesische Regierung gern dar – dass die Ergebnisse der Reformperiode allein auf Regierungsinitiativen beruhten.

Ihre besondere Bedeutung erhielt die Entkollektivierung der Landwirtschaft dadurch, dass sie Arbeitskräfte freisetzte, die teilweise zu Lohnarbeitern wurden. Es entstanden Verhältnisse, wie es sie auch in einigen anderen Übergangsgesellschaften zum

¹⁴ Naughton, Seite 284.

¹⁵ Naughton, Seite 291.

¹⁶ Naughton, Seite 23 f.

¹⁷ Huang, Seite 488; Naughton, Seite 238 f.

¹⁸ Sergio Grassi: Chinas Agrarreform – in Zeiten der globalen Finanzkrise. Friedrich Ebert Stiftung.

¹⁹ Naughton, Seite 270 f.

²⁰ Hans Kühner: Armut in China Anspruch und Wirklichkeit der chinesischen Agrarpolitik seit den 1950-er Jahren, <https://zeithistorische-forschungen.de/regionale-klassifikation/china>.

Kapitalismus gab. Vom Land kamen nicht oder nur sporadisch beschäftigte Arbeitskräfte zunächst in gewerblichen Produktionen in der Nähe des Heimatorts unter, um dort mit Lohnarbeit Geld zu ihrem Lebensunterhalt zu verdienen oder hinzuzuverdienen. Im Fall, dass der Lohnarbeiter noch Teil einer familiären Landwirtschaft war, wurde ein Teil der Lebensmittel durch seine Familie bestritten, die dafür Geld erhielt. Dadurch konnten die Löhne unterhalb der Löhne von Lohnarbeitern liegen, die ihre gesamten Unterhaltskosten durch den Lohn bestreiten mussten. Mit der Entstehung der Wanderarbeiter wurde dann der Geldtransfer ins Heimatdorf zurück zu einer wichtigen Finanzierungsquelle der Heimatfamilie, um etwa Schul- oder Krankenhauskosten zahlen zu können.

2.2 Wanderarbeiter und industrielle Entwicklung

In der Landwirtschaft gab es schon länger eine Überbevölkerung. Günter Schucher²¹ schätzt sie zu Beginn der Reformära auf 156 Millionen. Auch später wurden auf dem Land beständig Arbeitskräfte freigesetzt, da die Produktivität wuchs. Die Anzahl der Bauern sank von 391 Millionen im Jahr 1991 auf 215 Millionen im Jahr 2016²². Da in der Mao-Ära aufgrund von Kapitalknappheit das Industriewachstum zu gering war, um einen größeren Zuzug vom Land aufzunehmen, wurde im Jahr 1958 das Hukou (Wohnsitzregistrierungs-)–System eingeführt. Eine Geburt auf dem Land bedeutet eine lebenslange Haushaltsregistrierung auf dem Land (ein ländliches Hukou) und ein Niederlassungsverbot in der Stadt. Die städtische Bevölkerung hatte ein städtisches Hukou und besaß eine soziale Absicherung für die ganze Familie und eine stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als die Landbevölkerung. Auch wenn das Hukou-System inzwischen gelockert wurde, gilt es prinzipiell heute noch. Die Städte sind immer noch restriktiv gegenüber dem Zuzug von Wanderarbeitern, da es die Übernahme von Sozialleistungen nach sich zieht. Das Hukou-System ist eine chinesische Besonderheit.

Zunächst konnte die überschüssige Landbevölkerung regional durch die schnell wachsenden Gemeinde- und Dorfunternehmen (Town Village Enterprises, TVEs) in der Umgebung, und wenn sie in Nähe von Sonderwirtschaftszonen wohnten, in die dort gelegenen Fabriken aufgenommen werden. Ab den 1990er Jahren bildete sich darüber hinaus das zunehmende Heer der Wanderarbeiter in weiter entfernte Städte aus. Die Entwicklung lässt sich aus Tabelle 1 von Schucher ablesen.²³ Die TVEs hatten im Jahr 1978 28 Millionen Beschäftigte, im Jahr 2010 158 Millionen. Die Beschäftigten der TVEs waren in der Regel keine Wanderarbeiter. 1982 waren weniger als 1% der chinesischen Bevölkerung Wanderarbeiter, im Jahr 2014 waren es 18,5% beziehungsweise 253 Millionen.²⁴ Diese hohe Zahl zeigt die sich mit dem Produktivitätswachstum beständig erneuernde Überbevölkerung auf dem Land. Sie bedeutete gleichzeitig eine Entvölkerung von ganzen Dörfern und Landstrichen und führte zu einer Urbanisierung der chinesischen Bevölkerung. Die Hauptzunahme der Wanderarbeit erfolgte in der zweiten Reformperiode

²¹ Günter Schucher: Chinas Arbeitsmärkte: Umbrüche, Risiken, Perspektiven, In: Länderbericht China 2014, Bundeszentrale für politische Bildung, Seite 708.

²² Naughton, Seite 163.

²³ Schucher, Tabelle 1, BpB Seite 706, 707.

²⁴ Naughton, Seite 139.

nach 1995. Als Wanderarbeiter werden Personen bezeichnet, die mehr als 6 Monate von ihrem Heimatwohntort entfernt leben. Die Wanderarbeiter fungieren als eine Art von Leiharbeitern für die Industrie, deren Nachfrage der Arbeitskräftebedarf der Industrie bestimmt. Da dieser aufgrund der Exporterfolge kontinuierlich stieg, wuchs auch die Zahl der Wanderarbeiter. Weil sie noch Anspruch auf Landnutzungsrechte besaßen, wurde das Land oft von den Eltern und anderen Familienangehörigen bebaut, die auch die Kinder erzogen, wenn sie nicht in die Stadt mitziehen konnten. Ein Teil der Wanderarbeiter verpachtete auch seine Bodennutzungsrechte an andere Bauern. Ein besonderes Problem bildeten und bilden die Kinder von Wanderarbeitern, die zwar noch Landnutzungsrechte besitzen, aber in der Stadt aufgewachsen sind und keine Befähigung zur Landwirtschaft besitzen.

Der nach wie vor bestehende Anspruch der Wanderarbeiter auf Landnutzung bedeutet, dass sie anders als viele Bauern etwa im England der frühen kapitalistischen Entwicklung nicht unmittelbar zu freien Lohnarbeitern wurden, es fand also eine spezifisch chinesische Art der Halbproletarisierung statt. Ihre Rückkehr zur ländlichen Produktion ist jedoch meist nur theoretisch möglich. Wie Marx im Kapital betonte, kam die direkte Expropriation der ländlichen Produzenten nur in England in reiner Form vor. Daher ist auch die Klassenlage eines Teils der chinesischen Bauern als Übergangsform zu ihrer vollständigen Proletarisierung anzusehen. Diese Übergangsform hat ihren Grund in der Einführung des Hukou-Systems in der sozialistischen Periode. Die Wanderarbeiter gelten nach wie vor als Arbeiter zweiter Klasse und wurden erst 2002 als Teil der Arbeiterklasse anerkannt.²⁵ Als ungelernte Arbeiter arbeiten sie oft in sogenannten informellen privaten Arbeitsmärkten, in die sich kein städtischer Arbeiter freiwillig begibt.²⁶ Sie leben in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, haben oft keinen Arbeitsvertrag und damit keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Sie wohnen meist in winzigen Werkswohnungen oder Wohnvierteln am Rand der Stadt. Ten Brink spricht auf Seite 285 von sozialer Apartheid, in jedem Fall bedeutet ihre gesellschaftliche Stellung eine Spaltung der Arbeiterklasse.

Ein Teil der Wanderarbeiter in China entspricht einem typischen Schema frühkapitalistischer Entwicklung. Die Industrie braucht Arbeitskräfte und Land zur weiteren Ausdehnung der Fabriken. Bei dieser Entwicklung gibt es zwei chinesische Besonderheiten, die aus der sozialistischen Ära Chinas stammen. Sie betreffen die eingeschränkte Aufenthaltsgenehmigung der Landbevölkerung in der Stadt und den Erwerb von Grund und Boden. Zum einen behielt der Bauer, wie beschrieben, seine Landnutzungsrechte. Zum anderen konnten die Industriebetriebe nicht ohne weiteres städtische und außerstädtische Grundstücke erwerben, da sie sich in kollektivem oder staatlichem Besitz befinden, sie waren also auf die Förderung durch die Behörden angewiesen. Bezüglich des Grundstückkaufs für industrielle Zwecke und Wohnbedarf für die wachsende Arbeiterschaft entwickelten sich zwei Wege: Der Verkauf der Nutzungsrechte durch das Kollektiv und

²⁵ Schucher, BpB Seite 716.

²⁶ Ten Brink, Seite 286 f.; Naughton, Seite 217 f.

die Enteignung durch den Staat²⁷, daneben gab es jede Menge Nutzungstransfer unter der Hand. Zunächst stand in den 1980er Jahren der Arbeitskräfte- und Grundstücksbedarf der TVEs im Vordergrund. Die Grundstücke stellten die Lokalregierungen in Erwartung höherer Steuereinnahmen durch die TVEs zur Verfügung. Wenn dazu Enteignungen notwendig waren, wurden den Bauern als Entschädigungen für Ihre Landnutzungsrechte ein Mehrfaches des Werts ihrer durchschnittlichen Jahresernte gezahlt. Mit dem Verkauf von Landnutzungsrechten finanzierten die Provinzregierungen teilweise 40% ihres Haushalts.²⁸ Mit der Reform der Landnutzungsrechte wurde der Transfer von Landnutzungsrechten erleichtert, um Industrieansiedlungen und die Entstehung großer Agrarbetriebe zu ermöglichen. Gleichzeitig wurden Bauern zur Abwanderung in die Industrie gezwungen.²⁹ Shoying Liu³⁰ sieht in billigen Grundstücken einen wichtigen Grund für das schnelle Wachstum der chinesischen Industrie. Mit dem Verkauf von Nutzungsrechten in Stadt und Land ist der Immobiliensektor zu einem der größten chinesischen Wirtschaftssektoren geworden, der wie in westlichen kapitalistischen Ländern sehr spekulativ und krisenanfällig ist und auch schon zu Firmenpleiten und staatlichen Stützungsaktionen geführt hat. Inzwischen ist der Arbeitskräfte- und Landbedarf der chinesischen Wirtschaft gesunken, da sie sich auf einem stärker qualitativen Wachstumspfad befindet.

In der Praxis erzeugte die Landumwandlung agrarischer Flächen die Bildung einer großen Arbeiterarmee. Ein besonderer Fall sind die landlost farmers (having no farm, having no income and having no minimal assurance). Liu beziffert ihre Anzahl auf 112 Millionen für das Jahr 2014.³¹ Sie sind im Marx'schen Sinn potentielle doppelt freie Lohnarbeiter. Sie bilden die offensichtliche Seite der Herausbildung einer freien Lohnarbeiterschaft, die ansonsten während der ersten Phase der Reformen eher versteckt war und sich mit der Zeit formierte. Die Landumwandlungsrate betrug im Jahr 2015 36%, dementsprechend sank die Zahl der Landbewohner und stieg die Urbanisierungsrate.³²

2.3 Die Gemeinde- und Dorfunternehmen

Unternehmen auf dem Lande gibt es in China schon lange. Sie waren und sind teilweise heute noch aufgrund der Größe des Landes und der früher wenig entwickelten Straßen notwendig und zweckmäßig. Diese Unternehmen verarbeiteten landwirtschaftliche Erzeugnisse, fertigten Alltagsgegenstände und führten Reparaturen von landwirtschaftlichen Maschinen durch. In diesen Betrieben fand die ländliche Bevölkerung während landwirtschaftlicher Ruhepausen eine Beschäftigung. Nach der Revolution wurden sie zunächst aufgelöst und entstanden dann als Kommune- und Brigadeunternehmen besonders in der Phase des 'Großen Sprungs' neu mit dem Ziel, die ländliche

Shoying Liu: The structure of and changes to China's land system, In: China's 40 years of reform and development 1978 – 2018, Seite 429 f.

²⁸ OECD: Survey China 2017, Seite 20.

²⁹ Kühner, Seite 100.

³⁰ Shoying Liu, Seite 440.

³¹ Yansui Liu; Jintao Li; Yanyan Yang: Strategic adjustment of land use policy under the economic transformation, Seite 7, 9.

³² Shoying Liu, Seite 438.

Industrialisierung zu fördern³³ und der Widerstandsfähigkeit gegenüber feindlichen Angriffen auf die Metropolen zu dienen. Diese Unternehmen wandelten sich nach Auflösung der Kollektive in die TVEs (Town Village Enterprises) um. Die TVEs erweiterten ihre Produktpalette auf Baustoffe, Konsumartikel und anderes, was die SOEs nicht befriedigten.³⁴

Kollektivunternehmen waren in der sozialistischen Ära ursprünglich Eigentum kleinerer gesellschaftlicher Gruppen, während staatseigene Betriebe Eigentum des ganzen Volkes waren und der staatlichen Planung unterworfen waren. Kollektivbetriebe sind von unterschiedlicher Größe, sie reichen vom Besitz in der Hand von Straßenkomitees bis zu dem von Städten. Ihre Arbeiter sollten die Produktionsmittel im Kollektiv besitzen, weshalb sie auch als sozialistisches Vorbild galten. Die TVEs arbeiteten wie ihre Vorgänger entsprechend ihrer Aufgabenstellung weitgehend außerhalb des Plans und verkauften ihre Produkte auf den sich neu entwickelnden Märkten auch überregional. Ihr Anteil am BIP stieg von 6% auf 26% und nahmen etwa 50% des Arbeitskräfteüberschusses auf dem Land auf.³⁵ Die TVEs wurden von den Lokalregierungen gefördert, da sie Steuern an sie zahlten. Die Arbeiter in den TVEs hatten von vornherein nicht die Arbeitskonditionen und Sozialleistungen der Arbeiter in den SOEs. Mit wachsender Größe wurden die TVEs vor allem im Bereich der Konsumgüterindustrie zu einer Konkurrenz für die SOEs. Partei und Zentralregierung versuchten zunächst den Aufstieg der TVEs zu behindern, indem sie ihnen den Zugang zu Krediten, Rohstoff- und Verbrauchermärkten erschwerten.³⁶ Der Aufstieg der TVEs gegen den Willen der Zentralregierung bedeutete auch eine weitere Stärkung der Provinzregierungen gegenüber der Zentralmacht. Das rasante Wachstum der TVEs bedeutete außerdem eine entsprechende Zunahme von Lohnarbeit und eine Einschränkung der staatlichen Planfestsetzung.

Coase schreibt zum Charakter der TVEs: „Jüngste Studien haben zudem auf die schlichte Tatsache hingewiesen, dass ein erheblicher Anteil der Gemeinde- und Dorfunternehmen im Grunde privatwirtschaftliche Unternehmen sind, insbesondere in den armen Provinzen im Landesinneren. Anhand einer Stichprobenerhebung wies das Annual Book of the Chinese Private Economy (1994, S. 71) nach, dass 83 Prozent der Gemeinde- und Dorfunternehmen in jeglicher Hinsicht (außer dem Namen nach) privater Natur waren. Zwei Jahre später kam das 1996 Annual Book (S. 112) zu einem ähnlichen Schluss.“³⁷ Die Aussage bedeutet, dass spätestens Ende der 1990er Jahre fast alle TVEs privater Natur waren. Inzwischen sind die TVEs ein Teil der insgesamt dominierenden Privatindustrie in China. Das Haushaltssystem in der Landwirtschaft und das schnelle Wachstum der Gemeinde- und Dorfunternehmen waren Keimzellen der kapitalistischen Entwicklung in China. Sie ging also vom Land aus, die städtische kapitalistische Entwicklung kam später hinzu. Erzwungen wurde die kapitalistische Entwicklung auch nicht

³³ Naughton, Seite 308 f.

³⁴ Coase, Seite 67.

³⁵ Coase, Seite 64.

³⁶ Naughton, Seite 313.

³⁷ Coase, Seite 66.

durch die Entwicklung der Produktivkräfte, die in England während der industriellen Revolution eine wichtige Rolle spielte.

2.4 Die Individual- und die Privatwirtschaft

Individual- und Privatwirtschaft bestehen beide aus Privatbetrieben, die Waren oder Dienstleistungen für den Verkauf auf dem Markt produzieren. Die Hauptbranchen, in der die individuellen und privaten Betriebe zunächst tätig wurden, waren Handel, Gastronomie, Transport, Industrie und Handwerk.³⁸ Der Unterschied zwischen ihnen besteht hauptsächlich in der Anzahl der Beschäftigten. Nach der Festlegung der KPCh durfte die Individualwirtschaft zu Beginn höchstens sieben Mitarbeiter beschäftigen. Die Beschäftigung von sieben Mitarbeitern und weniger durch einen Arbeitgeber galt nicht als Ausbeutung. Kraus³⁹ weist darauf hin, dass diese Zahl vermutlich auf eine Bemerkung von Engels im Antidürring zurückgeht.⁴⁰ Als ein Beispiel nennt Engels, dass die Höhe eines Kapitals eine Größe haben müsste, dass es acht Lohnarbeiter beschäftigen kann, damit der Geldbesitzer als Kapitalist fungieren kann. Während in der Stadt nur bestimmte Antragsteller zugelassen wurden, unterlagen ländliche Antragsteller keinen Beschränkungen.⁴¹ Die Zulassungen galten in der Regel zunächst für fünf Jahre. 75% der individuellen Wirtschaft entstand auf dem Land⁴², sie beschäftigten 1987 über zehn Millionen Menschen in knapp 5 Millionen Betrieben. Nach Heberer ist der Privatsektor im Jahr 2017 mit 90% aller Unternehmen inzwischen der volkswirtschaftlich dominierende Sektor und beschäftigt 341 Millionen Personen.⁴³

Es gab in der KPCh Widerstand gegen jegliche Einführung einer Privatwirtschaft. Er wurde begründet mit Lenins Schrift 'Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus', in der er betont: „Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen einen *mächtigeren* Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch einen Sturz (sei es auch nur in einem Land) *verzehnfacht* und deren Macht nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals sondern in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der *Kleinproduktion*. Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel, die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie.“⁴⁴ Die Zulassung der Individual- und Privatwirtschaft in China schuf eine Kleinproduktion in großem Umfang. Es war also für die KPCh notwendig, sich von Lenins Aussage zu distanzieren. Kraus schreibt⁴⁵: „Eine vorsichtige Distanzierung von der angeführten Lenin-These ist dann im Juli 1981 auf dem sechsten Plenum des XI.

³⁸ Kraus, Seite 70.

³⁹ Kraus, Seite 24.

⁴⁰ Marx Engels Werke, Band 20, Seite 116.

⁴¹ Kraus, Seite 153.

⁴² Kraus, Seite 63, Tabellen Seite 64 f.

⁴³ Thomas Heberer; Armin Müller: Entwicklungsstaat China Politik, Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ideologie, Seite 28.

⁴⁴ Lenin Werke, Band 31, Seite 8.

⁴⁵ Kraus, Seite 59.

Zentralkomitees im Rahmen der ‚Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit der Gründung der Volksrepublik China‘ vorgenommen worden. Die These Lenins sei ‚missverstanden und dogmatisch‘ ausgelegt worden. Insbesondere hieß es: ‚Wer Lenin richtig verstehen will, muss die historischen Bedingungen im Rußland Lenins und die historischen Bedingungen Chinas nach der Vollendung der sozialistischen Umgestaltung analysieren‘. Auch wurde betont, die individuelle Wirtschaft könne sich nur dann zum Kapitalismus entwickeln, wenn Bedingungen entstehen, unter denen sich Geld in Kapital und Arbeitsmärkte in Waren verwandeln‘. Es wurde hinzugefügt, daß diese Bedingungen in China nicht gegeben seien – eine Aussage, die zumindest angesichts der im ganzen Land entstehenden Arbeitsmärkte schlecht aufrechterhalten werden kann.“ Er schreibt weiter auf derselben Seite: „Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums zeigte im Mai 1988, daß im Verlauf der letzten drei Jahre 44 Arbeitsmärkte in Peking, Xi’an, Shenyang und Guiyang mehr als eine Million Arbeitsplätze vermittelt haben.“

Die staatliche Billigung der Individual- und später der Privatwirtschaft in Städten und auf dem Land hatte den Grund, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Die Produktionsfortschritte in der Landwirtschaft und Schulabgänger erzeugten ständig neue Arbeitskräfte, die beschäftigt werden mussten. Zusätzlich kehrten zu Beginn der Reformperiode etwa 20 Millionen Jugendliche, die in der Mao-Ära aufs Land verschickt wurden, in die städtischen Ballungsgebiete zurück⁴⁶. Ihre offizielle Bezeichnung war ‘Jugendliche in Erwartung einer Beschäftigung’. Im Jahr 1979 startete die erste offiziell erfasste Individualwirtschaft in Whenzou, 1981 wurde die Individualwirtschaft als notwendige Ergänzung der Kollektivwirtschaft akzeptiert⁴⁷ und 1988 wurde sie als offizieller Bestandteil des chinesischen Sozialismus anerkannt.⁴⁸ Die Unterscheidung von Individual- und Privatwirtschaft ist teilweise willkürlich. In der Praxis hatte sie jedoch eine Bedeutung, da die Privatunternehmen zu Beginn große Hürden bei der Genehmigung hatten und immer wieder unter politischen Druck gerieten. Für die Privatunternehmen auf dem Land schreibt Kraus: „Die meisten Unternehmer stammten aus den Dorf- und Gemeindeunternehmen oder waren Kader der Produktionsgruppen oder Produktionsbrigaden.“⁴⁹, es waren aber auch ehemalige Bauern. In den Privatbetrieben gab es einen Geschäftsführer, der anders als der Eigentümer in der Individualwirtschaft in der Regel nicht in der Produktion mitarbeitete. Es gab für Privatunternehmer auch die Möglichkeit, Staats- und Kollektivbetriebe zu pachten, wobei das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln erhalten blieb.⁵⁰ Das Pachtsystem war daher ideologisch einfacher zu vertreten. Den Pächtern stehen nach Errichtung der Pacht die Gewinne zu. Problematisch waren die Eigentumsrechte nach Erneuerung oder Erweiterung der Produktion, ebenso die Verlängerung der Pachtverträge, weshalb viele Pächter ihre Gewinne in den Konsum steckten.

Anders als die Entstehung des Kapitalismus aus andersartigen vorkapitalistischen Gesellschaften entstand der Kapitalismus in der VRCh aus einer sozialistischen

⁴⁶ Coase, Seite 68.

⁴⁷ Coase, Seite 69.

⁴⁸ Kraus, Seite 13.

⁴⁹ Kraus, Seite 103

⁵⁰ Kraus, Seite 113 f.

Gesellschaft. So waren keine großen Vermögen aus Handels- und Wucherkapital für die Gründung von kapitalistischen Betrieben vorhanden, ein Handelskapital konnte erst mit der Entwicklung privater Warenmärkte entstehen. Zunächst konnten daher nur Betriebe gegründet werden, die wenig Kapital erforderten, und das erforderliche Kapital musste aus Kleinvermögen zusammengetragen werden und ermöglichte nur Kleinunternehmen.⁵¹ In der Regel hatten Individual- und Privatwirtschaft Anteilseigentümer aus der Familie. Privatunternehmen hatten aber auch chinesische Geldgeber aus dem Ausland, die für das Kapital und den Betrieb aufkamen. Außerdem entwickelte sich ein Kreditmarkt von Bank- und Privatkrediten⁵², Anteilsscheinen⁵³ und Wertpapieremissionen für Unternehmensgründungen.

Whenzou ist ein herausragender, aber durchaus typischer Fall, der auch in China genauer untersucht wurde. 1986 wurden achtzig Prozent des Bruttosozialprodukts von Whenzou privat erzeugt, der private Sektor beschäftigte etwa zwei Drittel der vorhandenen Arbeitskräfte. Im Bereich der industriellen Produktion verzeichnete die staatseigene Wirtschaft von 1980 bis 1986 eine Zuwachsrates von 8,4%, die kollektive Wirtschaft unter Einschluss der privaten Betriebe eine Zuwachsrates von 74,4%⁵⁴. Der chinesische Forschungsbericht von 1988 stellt auch fest, dass es einer beträchtlichen Anzahl von privaten Betrieben gelang, sich als Individualwirtschaft oder Kollektivbetrieb zu tarnen. In Whenzou war eine große Anzahl der privaten Unternehmer ehemalige Kader und sie blieben auch weiterhin Mitglieder der kommunistischen Partei⁵⁵. Mit der Zulassung der Individual- und Privatwirtschaft und der Entwicklung der TVEs endete das Monopol der staatlich dominierten Wirtschaft in den Städten und auf dem Land. Auf dem 13. Parteitag 1987 wurde die Gründung von Privatbetrieben abgesegnet.⁵⁶

Dreierlei ist an der Entwicklung der Individual- und Privatwirtschaft hervorzuheben. Zum einen, dass die KPCh das Recht der Privatwirtschaft auf Eigentum an den Produktionsmitteln zuließ und anerkannte. Zum anderen wurde Lohnarbeit zugelassen. Drittens ließ die KPCh zu, dass private Warenmärkte und Handelsgesellschaften aufgebaut wurden, was über die Duldung eventuell bereits vorhandener Märkte hinausging. Die Privatwirtschaft brauchte Vorprodukte und sie musste sich die Absatzmärkte für ihre Endprodukte selbst schaffen. Bei den Vorprodukten half, dass die Sollvorgaben der SOEs gesenkt wurden und sie ihre Überschussmengen frei produzieren und verkaufen konnten. Für den Verkauf mussten Absatzorganisationen aufgebaut und der Transport organisiert werden⁵⁷, was einen Zuwachs von Privatbetrieben in Logistik und Transport erforderte. So zog die Zulassung von Privatbetrieben in der Produktion Märkte und Privatbetriebe

⁵¹ Kraus, Seite 109.

⁵² Kraus, Seite 157 f.

⁵³ Kraus, Seite 131.

⁵⁴ Kraus, Seite 105.

⁵⁵ Kraus, Seite 106.

⁵⁶ Gideon Joffe: Entstehung und Entwicklung des Unternehmertums in China und sein Einfluß auf Transformation und Demokratisierung, Seite 60.

⁵⁷ Kraus, Seite 166 f.

in anderen Bereichen der Volkswirtschaft nach sich, wodurch sich kapitalistische Strukturen immer weiter ausbreiteten.

2.5 Die Sonderwirtschaftszonen und die Exportorientierung

Nach dem Tod Mao Tse Tungs setzte sich bei den neuen Führern der KPCh die Erkenntnis durch, dass sich die gewünschte nachholende Industrialisierung nicht autark erreichen ließ. Zunächst wurde im Jahr 1977 die Politik des ‘Großen Sprungs nach außen’ gestartet, die mittels Rohstoffexporten Technologieimporte finanzieren sollte.⁵⁸ Die Politik des ‘Großen Sprungs nach außen’ scheiterte, weil sich die Ressourcen für die Rohstoffexporte als nicht so reichhaltig erwiesen wie erhofft und die Technologieimporte nicht in die chinesische Wirtschafts- und Technologiestruktur passten. Neu war die Bereitschaft der KPCh zu westlichem Technologie- und Kapitalimport, der zuvor verboten war.

Die Modernisierung der Wirtschaft und die Steigerung der Produktivität wurden in der Reformperiode zur Hauptaufgabe von Partei und Staat. Auf der Suche nach Beispielen für eine erfolgreiche nachholende Industrialisierung studierten chinesische Delegationen und Wirtschaftsvertreter vor allem Länder, die von einem vergleichbaren Entwicklungsstand wie das revolutionäre China ausgegangen waren, das waren Staaten wie Macau, Hongkong, Singapur oder Japan, das Deng Xiaoping 1978 besuchte. Staaten wie Japan, Korea, Taiwan und Thailand hatten über 15 Jahre ein Wachstum von über 6% pro Kopf, was landläufig als Definition für ein Wirtschaftswunderland benutzt wird. China hatte in der Mao-Ära eines von etwa 5%.⁵⁹ Mit der Höhe des Wirtschaftswachstums lässt sich also eine völlig neue Wirtschaftspolitik in China nicht begründen. Aber China geriet aufgrund der weltweit vorherrschenden westlichen Führerschaft in Wissenschaft und Technik auch gegenüber ihren ostasiatischen Nachbarstaaten immer mehr in einen technologischen Rückstand. Die KPCh erkannte, dass ihre Nachbarstaaten den großen Vorsprung der westlichen Technik mit Niedriglöhnen in der Exportproduktion schrittweise aufholen konnten, da sie dadurch Zugang zu westlicher Technik erhielten. Diese Länder hatten Sonderwirtschaftszonen geschaffen, sogenannte EPZ (Export Processing Zones), die in Auftragsfertigung Produkte für die westlichen Länder billig produzierten, ein Modell, das die VRCh im Wesentlichen übernahm.⁶⁰ Von 1978 bis 2000 betrug dann das Pro Kopf-Wachstum in China 8,3%, von 2000 bis 2010 9,9% und von 2010 bis 2016 7,1%. Das ist die bisher längste weltweit gemessene Wirtschaftswunderphase und sie wurde weitgehend durch Weiterverarbeitungsprozesse für die Exportproduktion erreicht.⁶¹

Chinas außerordentlicher Erfolg bei der Exportorientierung lag vor allem an den geringen Preisen seiner Waren, der auf niedrigen Löhnen, geringen Sozialleistungen und geringer Besteuerung beruhte. Für die westlichen kapitalistischen Länder bestand die

⁵⁸ Coase, Seite 36; Naughton, Seite 87.

⁵⁹ Xiaolu Wang: China's macroeconomics, In: China's 40 Years of Reform and Development 1978 – 2018, Seite 168.

⁶⁰ Naughton, Seite 403, 427 f.

⁶¹ Naughton, Seite 159.

Attraktivität der Investitionen in China darin, dass sie in eine Phase der Überakkumulation eingetreten waren und nach neuen Anlagemöglichkeiten suchten. Der Westen erreichte mit der Auslagerung von arbeitsintensiven Produktionsschritten zwei Ziele: zum einen die Disziplinierung der eigenen Arbeiterschaft durch Drohungen mit Werksverlegungen, zum anderen die Möglichkeit zu Reallohnabbau durch den Import billiger Konsumartikel. Die Sonderwirtschaftszonen (SWZ) wurden zunächst an den Küsten eingerichtet, vor allem in der Nachbarschaft von Hongkong, woher auch die ersten Investoren kamen. Die Exportunternehmen Hongkongs suchten billige Arbeitskräfte, die ihre Roh- und Halbfertigprodukte gegen eine Bearbeitungsgebühr zu Exportgütern weiterverarbeiten sollten, außerdem brauchten sie Land für ihre Fabriken. Die Produkte blieben dabei durchgehend in ausländischer Hand, so dass das chinesische Handelsrecht nicht griff.

Die Aufgabe der chinesischen SWZ war zum einen das Kennenlernen neuer Technologien und zum andern kapitalistischer Managementmethoden. Es war von Anfang an klar, dass in den SWZ Lohnarbeit stattfinden würde und dass sich die ausländischen Firmen des Profits wegen ansiedelten. Daher griff die KPCh die Debatte auf, die bei der Konzession ausländischer Unternehmen in der Sowjetunion geführt wurde. Auch damals galt das Argument: „Die eigenen Kapitalisten haben wir davongejagt, die fremden aber wollen wir zulassen.“⁶² Lenin, zitiert nach Kraus, stellte fest: „Wirtschaftlich sind die Konzessionen für uns von größtem Nutzen. Natürlich werden die Konzessionäre bei der Gründung von Siedlungen ihre kapitalistischen Gewohnheiten mitbringen und die Bauernschaft zu zersetzen versuchen. Darauf muss man aber achten und ihnen auf Schritt und Tritt unsere kommunistische Einwirkung entgegenstellen. Auch das ist eine Art Krieg, ein kriegerischer Wettkampf zweier Methoden, zweier Formationen, zweier Wirtschaftssysteme – des kommunistischen und des kapitalistischen“. „Auch hatte Lenin keine Skrupel, den Kapitalismus durch hohe Profite zu bestechen. Er wird – so hieß es bei ihm weiter Überprofite einheimsen. Zum Teufel damit, mit diesen Überprofiten. Wir werden das Wesentliche erhalten, mit dessen Hilfe wir erstarken, endgültig auf die Beine kommen und den Kapitalismus ökonomisch besiegen können.“⁶³ Lenin hatte erkannt, dass nach der nicht eingetretenen Revolution in einem höher entwickelten kapitalistischen Land die Beseitigung der ökonomischen Rückständigkeit Russlands nur durch das Anlocken moderner kapitalistischer Unternehmen in überschaubaren Zeiträumen gelingen könnte. „Für Lenin waren und blieben ausländische Kapitalisten auf sowjetischem Territorium weiterhin Fremdkörper, die das Privateigentum und die Ausbeutungsverhältnisse aufrechterhalten. Ausdrücklich betonte er darüber hinaus: Wir müssen die Gelegenheit beim Schopf packen und alle Kräfte darauf richten, Handelsbeziehungen zu erlangen, sei es auch um den Preis maximaler Zugeständnisse...“⁶⁴ Die Sowjetunion konnte nach der mit ausländischer Hilfe angefangenen Industrialisierung beeindruckende eigene technische Erfolge erringen, wie etwa die Kriegswaffenproduktion im zweiten Weltkrieg, die Weltraumfahrt oder die Kernkrafttechnologie nach dem Krieg zeigten. Sie erreichte eine Produktiventwicklung im Sozialismus, die die des westlichen Kapitalismus übertraf.

⁶² Kraus, Seite 204.

⁶³ Kraus, Seite 204, 205.

⁶⁴ Kraus, Seite 205, Aus Lesbarkeitsgründen wurden dort, wo Kraus Lenin zitiert und Anführungszeichen setzt, diese weggelassen.

Die KPCh betonte demgegenüber von Anfang an, man wolle und müsse die Managementmethoden der ausländischen Unternehmen in den SWZ bei Erfolg auf das ganze Land übertragen. Dies ist ein fundamentaler Unterschied zu Lenins Strategie.

Inzwischen hat die VRCh in den meisten Bereichen den Technologietransfer geschafft, womit die ursprüngliche Begründung für die Einrichtung der SWZ wegfällt. Dennoch haben sich diese Unternehmen nicht nur enorm vergrößert, sondern auch über das ganze Land ausgebreitet, immer in Richtung billigerer Arbeitskräfte und stärkeren Entgegenkommens von Lokalregierungen bei der Bereitstellung von Infrastruktur, geringeren Umweltstandards und Steuern.⁶⁵ Sie sind inzwischen ein integraler Bestandteil der chinesischen Wirtschaft geworden. Im Jahr 1979 gab es vier SWZ an der Küste, um das Jahr 2003 zweihundert vom Zentralstaat kontrollierte und weitere zweitausend von den Lokalregierungen kontrollierte SWZ im ganzen Land. Inzwischen produzieren die chinesischen Inlandsprovinzen 13% des chinesischen Exports.⁶⁶ Der Gesamtanteil des Exports am BIP der VRCh betrug in den 2000er Jahren etwa 30% und sank dann ab, weil die KPCh bewusst versuchte, die große Abhängigkeit der chinesischen Volkswirtschaft vom Export zu verringern.⁶⁷ Nach dem Vorbild der SWZ werden inzwischen Technologiezentren in ganz China errichtet, in denen in Anlehnung an das amerikanische Silicon Valley Hi-Tech-Unternehmen und neue Technologien in allen Bereichen der Naturwissenschaften gefördert werden.

Hauptinvestoren der SWZ waren Firmen von Auslandschinesen aus Hongkong, Macau, Taiwan und Übersee.⁶⁸ Aufsummiert von 1985 bis 2016 stammen 52% der Investitionen aus Hongkong, aus den OECD-Ländern sind es 17%. Schon länger ist auch die anfängliche Regel nicht mehr gültig, dass 51% der ausländischen Unternehmen in chinesischer Hand sein müssen. Über die in den SWZ produzierten Waren schreibt Coase „1980 stellten Rohstoffe, in erster Linie Erdölprodukte, den größten Exportsektor des Landes dar. Auf Fertigungserzeugnisse entfiel weniger als die Hälfte der Exporte, davon über 50 Prozent auf Textilwaren. Dieses Muster zog sich bis Mitte der 1980er-Jahre durch. Ab diesem Zeitpunkt waren Fertigungsgüter die wichtigste Exportkategorie. Im Jahr 2000 entfielen 90 Prozent der chinesischen Exporte auf Fertigungsgüter, der darin enthaltene Anteil an Textilien war auf 25 Prozent gesunken.“⁶⁹ Heute sind es meist Elektronikartikel, aber auch Maschinen, Arzneimittel oder Elektroautos auf oder über westlichem Niveau. Die Produktion mancher Waren beruht teilweise immer noch auf Vorprodukten, die außerhalb Chinas entwickelt und produziert werden.⁷⁰ Dieses Manko behebt China schrittweise durch verstärkte Wissenschafts- und Technologieförderung. Die USA versuchen diese Entwicklung von Chinas Wirtschaft etwa mit Exportverboten von Chips nach China zu behindern. Eine solche Strategie hat aber in der Geschichte der Technikentwicklung bisher noch nicht auf Dauer funktioniert.

⁶⁵ Naughton, Seite 427; Ten Brink, Seite 177 f.

⁶⁶ Naughton, Seite 420, 427 f.

⁶⁷ Ten Brink, Seite 222.

⁶⁸ Naughton, Seite 433 f.; Ten Brink, Seite 181 f.

⁶⁹ Coase, Seite 173.

⁷⁰ Naughton, Seite 417.

Die Gründung der SWZ waren Kern der seit Beginn der Reformära betriebenen Exportstrategie. Die Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft machte einen großen Schritt vorwärts mit der Aufnahme in die WTO (World Trade Organization) im Jahr 2001. Durch den Beitritt wuchs die Exportwirtschaft stark an. Im Jahr 2009 wurde China 'Exportweltmeister', im Jahr 2016 erwirtschaftete die VRCh 18% des globalen BIPs und war damit die größte Volkswirtschaft der Welt und erzielte gegenüber vielen Ländern Handelsüberschüsse im Warenexport und damit entsprechende Devisenreserven.⁷¹ Mit den Einnahmen aus dem Export wurde die VRCh dauerhaft finanziell unabhängig von ausländischen Geldgebern, konnte seine Infrastruktur weiterentwickeln und schuf eine wohlhabende Mittelschicht. Mit dem steigenden Wohlstand in China wurde das Land für den westlichen Kapitalismus auch als Absatzmarkt, etwa von Autos, immer wichtiger. Die VRCh wurde wegen ihrer hohen Devisenbestände aber auch abhängiger von den internationalen Finanzmärkten.

Die Arbeiter in den SWZ waren neben städtischen Arbeitssuchenden zunächst vor allem Bauern aus der Umgebung, ab Mitte der 1990er Jahren Wanderarbeiter aus dem ganzen Land. Auch wenn die Zulassung kapitalistischer Betriebe in den SWZ die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse verstärkte, so ist ihre Zulassung nicht die Hauptursache der kapitalistischen Entwicklung in ganz China. Sie ist vielmehr in den Entscheidungen der KPCh und der Regierung zu suchen, auf allen Gebieten die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu fördern.

2.6 Die Staatsunternehmen

1978 war Chinas Industrie fast vollständig im Staatsbesitz, 77% der Industrieproduktion entfiel auf die Staatsbetriebe (SOEs, Stately owned Enterprises), der Rest verteilte sich mit 14% auf städtische Kollektive und mit 9% auf die ländlichen Kollektive, aus denen sich in der Reformperiode die TVEs entwickelten.⁷² In der ersten Reformperiode wurden bei den Staatsbetrieben vor allem folgende Reformschritte durchgeführt, die schon in der Landwirtschaft vorexerziert wurden: das Herauswachsen-Lassen aus dem Plan und die stärkere Verantwortlichkeit des Managements, also eine Trennung von Betriebsführung und Politik. Die Planvorgaben wurden konstant gelassen, die darüber hinaus gehende Produktion konnte frei verkauft werden. Der Gewinn dieser Verkäufe blieb in den Unternehmen und konnte auch für die Produktion neuer Güter verwendet werden. Meist wird zwar vom Herauswachsen aus der Planwirtschaft geredet, richtiger wäre es aber, von einem Hereinwachsen in die Marktwirtschaft zu sprechen, da dies das eigentliche Ziel der Reformära war. Es entstanden Märkte, auf denen die Produkte außerhalb des Plans an die Meistbietenden verkauft wurden.⁷³ Das hatte wie zuvor bei den agrarischen Produkten ein zweigleisiges Preissystem von staatlich verordneten Preisen und Marktpreisen zur Folge. Die schnell wachsenden TVEs und die Privatwirtschaft setzten vor allem im Konsumgüterbereich die SOEs unter

⁷¹ Mikko Huotari: China in der Weltwirtschaft, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁷² Naughton, Seite 343.

⁷³ Naughton; Seite 100.

Konkurrenzdruck. Die Planwirtschaft mit ihren Branchenministerien wurde allmählich abgeschafft. In den 1990er Jahren wuchs die Gesamtwirtschaft aus dem Plan heraus.⁷⁴

In den SOEs galt das Prinzip der ‘eisernen Reisschüssel’ (danwei), das den Arbeitern einen lebenslangen Arbeitsplatz mit nachfolgender Rente, eine Gesundheitsversorgung, die Schulausbildung ihrer Kinder, eine Werkswohnung und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantierte. Das waren Bedingungen, die die neu entstehenden privaten Unternehmen nicht anboten. Die ‘eiserne Reisschüssel’ wurde in der ersten Reformperiode nicht angetastet, womit ein zusätzliches Unruhepotential vermieden wurde, denn für die in den SOEs beschäftigten Arbeiter bestand die Alternative zunehmend nur noch darin, dass sie Lohnarbeiter in Privatunternehmen werden mussten. Das geschah dann in der zweiten Reformperiode.

Den Beginn einer zweiten Reformperiode kann man etwa um die Mitte der 1990er Jahre ansetzen. Ein Schwerpunkt der zweiten Reformperiode lag auf der tiefgreifenden Umgestaltung der SOEs durch Eigentümerwechsel und Umstrukturierung. Die Gründe für die verstärkte Konzentration auf die Umgestaltung der SOEs waren, dass viele von ihnen hochverschuldet oder insolvent waren. Waren im Jahr 1988 10,9% der Staatsunternehmen insolvent, so waren es im Jahr 1995 über 40% und der Staat konnte die Verluste nicht mehr tragen. Der Anteil der SOEs an der Gesamtproduktion war von etwa 77% im Jahr 1977 auf 34% im Jahr 1995 gesunken.⁷⁵ Wegen ihrer inzwischen geringeren Bedeutung für die Gesamtwirtschaft konnten nun einschneidendere Maßnahmen ohne zu große Verwerfungen durchgeführt werden. Die über die erste Reformperiode hinausgehenden Maßnahmen waren etwa der Verkauf von SOEs und ihre Umwandlung in Aktiengesellschaften. Diese Umgestaltung geschah hauptsächlich nach zwei Prinzipien, zum einen nach der Devise ‘Die Großen halten, die Kleinen gehen lassen’ und zum anderen nach ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft: Mit den SOEs in Schlüsselpositionen der Wirtschaft behielt die KPCh Instrumente zur Lenkung der gesamten Volkswirtschaft in der Hand. Der Abbau der Staatsunternehmen in Zahlen: Die Anzahl der Staatsbetriebe sank von 1995 bis 2003 von 118 000 auf ungefähr 34 000, davon etwa 500 bis 1000 große SOEs.⁷⁶ Die Zahl der Beschäftigten ging von 76 Millionen im Jahr 1991 auf 43 Millionen im Jahr 2005 zurück.⁷⁷ Die freigesetzten Arbeiter wurden Lohnarbeiter in den Privatunternehmen, bei den verbliebenen Arbeitern wurden die bisherigen Rechte abgebaut. Der chinesische Staat sorgte also wie der in anderen frühkapitalistischen Gesellschaften für eine Vermehrung der Lohnarbeiterschaft.

Anders als die damalige Führung der Sowjetunion plante die KPCh nie eine vollständige Privatisierung der Staatsbetriebe. Sie sicherte sich damit die Möglichkeit zu einer Lenkung der Gesamtwirtschaft und ihre eigene Machtposition. Die staatlich gebliebenen SOEs wurden meist in Aktiengesellschaften umgewandelt, die staatlichen Vermögenswerte und Kontrolle der Unternehmen wurden von der dem Staatsrat unterstellten

⁷⁴ Heilmann, Seite 76, siehe auch die Tabelle in Kapitel 3.1.

⁷⁵ Coase, Seite 155.

⁷⁶ Ligang Song: State owned enterprise reform in China: Past, present and prospect, In: China's 40 years of reform and development 1978 – 2018, Seite 352.

⁷⁷ Naughton, Seite 116.

Kommission SASAC (State-Owned Asset Supervision and Administration Commission) verwaltet. Der Handel mit den Aktien der Staats- und Privatunternehmen findet an den in den 1990er Jahren gegründeten Börsen statt. Die Betätigungsfelder der SOEs umfassen die Grundstoffindustrie, die weltweite Rohstoffbeschaffung, den Infrastrukturausbau im In- und Ausland und zunehmend Aufgaben in der technischen Entwicklung im Allgemeinen gemäß den staatlichen Planungszielen, insbesondere der Informationstechnologie, der erneuerbaren Energien, der Luft- und Weltraumfahrt sowie der Rüstungsindustrie. Die Bedeutung der SOEs ist seit Mitte der 2000er Jahre wieder gewachsen, sie haben inzwischen die zusätzliche Aufgabe, die Voraussetzungen für eine Entwicklung zu einem Hochtechnologieland zu fördern. Denn die VRCh ist inzwischen kein Billiglohnland mehr und muss für den Export höherwertige Produkte herstellen. So setzt sie inzwischen in großem Umfang auch Industrieroboter in der Produktion ein. Die SOEs sind auch stark im Seidenstraßenprojekt vertreten, das für die VRCh eine wichtige handels- und geopolitische Bedeutung hat.⁷⁸

Auf eine häufig geäußerte Ansicht ist noch einzugehen. Staatskonzernen auf der ganzen Welt wie auch den SOEs in China wird von der neoliberalen Ideologie mangelnde Effektivität und Profitabilität vorgeworfen. Die dahintersteckende Absicht ist, Staatsaufgaben für private Profitinteressen zu öffnen. Verkannt wird dabei, dass es die vorrangige Aufgabe von Staatsunternehmen ist, Gemeinschaftsgüter wie zum Beispiel Infrastruktur, Energieversorgung oder für Sozialaufgaben bereitzustellen. Es macht für Staat und Volkswirtschaft ökonomisch wenig Sinn, ihnen dabei als Ziel vorzugeben, möglichst hohe Profite zu erzielen. Dass die neoliberalen Verheißungen der Privatisierung von Infrastruktur oder des Sozialbereichs zu ihrem Verfall und zu überhöhten Preisen führen, zeigt das Beispiel vieler Länder, die das praktizieren. Davon abgesehen erfüllen die SOEs für den chinesischen Staat auch weitere Aufgaben. Sie dienen zum Beispiel als Puffer für die Beschäftigung.

2.7 Schattenwirtschaft und Untergrundprivatwirtschaft

Schattenwirtschaft oder Untergrundprivatwirtschaft⁷⁹ sind häufige Begleiterscheinungen bei der Transformation ehemals sozialistischer Staaten in kapitalistische Staaten. Bezüglich der Privatisierung unterscheidet man zwei Arten, die formelle und die informelle Privatisierung. Bei der formellen werden die Staatsbetriebe unter der Regie des Staates privatisiert. Die informelle Privatisierung bezeichnet Privatisierungen, die außerhalb von staatlichen Festlegungen und Kontrolle stattfinden. Derartige illegale Privatisierungen fanden in China insbesondere bei den TVEs von Anfang an statt, da sie außerhalb zentralstaatlicher Aufsicht standen.

Die Schattenwirtschaft umfasst hauptsächlich illegal abgezweigte staatliche Ressourcen und Vermögenswerte sowie Genehmigungen für Privatbetriebe gegen Schmiergelder oder in Form von Gewinnbeteiligungen. In beiden Fällen waren und sind Parteimitglieder die Hauptakteure: bei Genehmigungen, weil die Partei nach wie vor an den Schalthebeln

⁷⁸ Wikipedia: Neue Seidenstraße, https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Seidenstra%C3%9Fe.

⁷⁹ Kraus, Seite 136.

der Macht sitzt, beim Handel mit staatlichen Gütern, weil Parteimitglieder Zuteilungen an die Staatsbetriebe abzweigen konnten und Einfluss auf die Verwendung der Produktion oberhalb des Plansolls hatten. Sie nutzten auch das zweigleisige Preissystem und kauften Produkte zu Planpreisen und verkauften sie zu Marktpreisen. Wegen der Vetternwirtschaft von Funktionären⁸⁰ spricht Heilmann von Kaderkapitalismus.⁸¹ Nach offiziellen Schätzungen sollen sich in China bis 1997 mindestens 12% des gesamten Staatsvermögens verflüchtigt haben, in den Provinzen teilweise noch mehr.⁸² Die nach wie vor vorhandene Korruption stellt eine Bedrohung des Führungsanspruchs der KPCh dar. Dieser ist solange nicht gefährdet, solange es großen Teilen der Bevölkerung kontinuierlich besser geht.

Eine spezifisch chinesische Form von sozialen Beziehungen stellen die Guanxi-Netzwerke dar⁸³, die in China eine lange Tradition haben. Sie sind nicht notwendig persönliche, aber meist langfristige Beziehungen und beruhen auf Gemeinsamkeiten wie gemeinsamer geographischer Herkunft, gleichem Studienjahrgang an einer Hochschule oder Ähnlichem. Sie drücken sich in gegenseitigen Gefälligkeiten aus und sind eine weitverbreitete, akzeptierte Form gesellschaftlicher Bindungen. Sie nehmen aber auch die Form von Korruption und Seilschaften bei Wirtschafts-, Ämter- und Sozialbeziehungen wie privilegierter Behandlung in verschiedener Hinsicht an. Daneben gab es noch eine Reihe anderer illegaler Geschäfte, so zum Beispiel umfangreiche Netzwerke, die Schmuggel und illegalen Devisenhandel oft in Zusammenarbeit mit Behörden und Banken betrieben und eine große Rolle im Außenhandel spielten.⁸⁴ Es entstanden außerdem Lotterien, Spielhöllen, Schwarzmärkte und ähnliche Gewerbe⁸⁵. Insgesamt hatte die inoffizielle Wirtschaft im Jahr 1989 einen Anteil von etwa 15%-20% am BIP und stieg danach weiter an.⁸⁶ Oft wurden und werden illegale Gelder aus derartigen Geschäften, die es noch heute in abgewandelter Form gibt, ins Ausland geschafft.

2.8 Die Krise am Ende der ersten Reformperiode

Die teilweise Preisfreigabe der ersten Reformperiode erzeugte eine Inflation. Sie betrug 1986 etwa 13%, im Jahr 1989 etwa 28%.⁸⁷ Es kam zu Panikkäufen und Bankkontenräumungen. Inflation war die Begleiterscheinung aller sozialistischer Staaten bei der Transformation zu ihrer jeweils besonderen Form von Kapitalismus. Die Inflationsrate in der Russischen Föderation betrug mehrere Jahre über 100% und im Jahr 1992 über 2000%⁸⁸. In China war Inflation ein sensibles Thema. So hatte die Unfähigkeit der Kuomintang, die Inflation in den Zeiten des Bürgerkriegs in den Griff zu kriegen, einen Anteil an ihrer

⁸⁰ Kraus, Seite 150.

⁸¹ Heilmann, Seite 243.

⁸² Heilmann, Seite 241.

⁸³ Ten Brink, Seite 210 f.; Joffe, Seite 120 f.; Brunhild Staiger; Stefan Friedrich; Hans-Wilm Schütte: Das große Chinalexikon, Seite 280 f.

⁸⁴ Heilmann, Seite 183 f.

⁸⁵ Kraus, Seite 136 f.

⁸⁶ Heilmann, Seite 257.

⁸⁷ Naughton, Seite 109, Seite 457, Weber, Seite 305 f.

⁸⁸ Heilmann, Seite 148.

Niederlage im Bürgerkrieg. Umgekehrt stärkten die Erfolge der KPCh bei der Bekämpfung der Inflation in den befreiten Gebieten ihre Position. Diese Erfahrungen bestimmten auch in der Reformära ihre Politik bei der Preisfreigabe.

Es wurde ein Notsparprogramm mit Kreditbeschränkungen aufgelegt, das die bisherigen Wirtschaftsreformen praktisch zum Erliegen brachte.⁸⁹ Die Kreditbeschränkungen führten etwa dazu, dass die lokalen Regierungen den Bauern ihr Getreide nur mit Gutscheinen bezahlten⁹⁰, was die Bauern an die Seite der protestierenden Studenten trieb. Es wurden wieder Preiskontrollen eingeführt. Zu der Inflation kam noch eine sinkende Wirtschaftsleistung, es entwickelte sich eine sogenannte Stagflation. In der Partei standen alle Reformpläne bis auf die Exportproduktion zur Disposition. Es wurde sogar erwogen, die TVEs und den privaten Sektor in die Planwirtschaft einzubeziehen, also die bisherigen Reformen vollständig zurückzunehmen. Es gab heftige Diskussionen in den öffentlichen Organen mit dem Tenor: ‘Sozialismus muss den Kapitalismus besiegen‘ und dass das Ziel der Marktwirtschaft in der Praxis darin bestünde, Kollektiveigentum zu enteignen.⁹¹ Die marktorientierten Reformen galten als bourgeois und als Ursache der Inflation. Diese Debatten hielten fast die ganzen 1990er Jahre an, bis die Inflation endete.⁹² Trotz dieser Debatten gingen jedoch die Reformen weiter, wie zum Beispiel die Anerkennung des Privateigentums 1988⁹³ oder die Errichtung einer Börse in Shanghai im Jahr 1990 zeigen.⁹⁴ Propagandistisch spielte bei der Wiederaufnahme der Reformen Dongs Südentour 1992 eine große Rolle, weil der Reformflügel nach seinen Reden wieder die Meinungshoheit gewann.⁹⁵ Coase schreibt: „Der private Sektor reagierte schnell und enthusiastisch auf Dongs Aufruf zu weiterer Reform. Er war seit Beginn des Sparprogramms 1988 durch grassierende ideologische Feindseligkeit stark in Mitleidenschaft gezogen worden, kam nun rasch aber wieder auf die Beine. 1993 erreichte die Anzahl privater Unternehmen mit 237 000 wieder den Stand von 1988. 1994 war diese Zahl auf 432 000 gestiegen, die Höhe des unter privaten Unternehmen registrierten Kapitals vervielfachte sich zwischen 1992 und 1995 nahezu zwanzigfach.“⁹⁶ Deng Xiaoping betätigte sich in allen Phasen der Reformära als Initiator und einflussreicher Antreiber. Nach dem 3. Plenum des 14. ZK der KPCh konnte 1993 der Reformkurs verstärkt fortgesetzt werden.

2.9 Soziale Folgen der Reformära

Mit der Durchsetzung der Lohnarbeit in China während der Reformperiode hat sich ein neuer Klassenstaat entwickelt, der von einer ständig wachsenden Schicht von Superreichen über eine neue Mittelschicht bis zum Prekariat der Wanderarbeiter und Arbeitslosen reicht. Ein bekanntes Maß für die Einkommens- und Vermögensungleichheit ist der ‘Gini-Koeffizient’⁹⁷, der in China einer der weltweit höchsten ist. Die Neureichen können

⁸⁹ Coase, Seite 124.

⁹⁰ Coase, Seite 126.

⁹¹ Coase, Seite 130.

⁹² Coase, Seite 125 f.

⁹³ Kraus, Seite 13.

⁹⁴ Coase, Seite 134.

⁹⁵ Coase, Seite 138 f.

⁹⁶ Coase, Seite 146.

⁹⁷ Wikipedia: Gini-Koeffizient, <https://de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient>.

sich auf Deng Xiaoping berufen, der die Devise ausgab ‘Reichtum ist ehrenhaft’⁹⁸, der insbesondere auch viele Parteimitglieder folgten. Ziemlich am unteren Ende der Skala befindet sich das Prekariat der Wanderarbeiter, das bis zu 250 Millionen Menschen umfasst, die kein Auskommen in der Landwirtschaft haben.⁹⁹ Sie haben deutlich geringere Löhne als die städtischen Arbeiter, tragen aber durch Geldtransfer zur Verringerung der Armut auf dem Land bei. Dieser Geldtransfer betrug 1995 fast ein Drittel des ländlichen Einkommens. Offensichtlich treiben die ländlichen Bedingungen Massen von Bauern nach wie vor in schlechte Industriearbeitsverhältnisse. Es ist zu vermuten, dass dies beabsichtigt ist, um ein großes billiges Arbeitskräftereservoir zur Verfügung zu stellen. Insgesamt gibt es innerhalb Chinas ein großes Gefälle bei Löhnen, Lebensqualität und Entwicklungsstand nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern auch zwischen den Küsten- und den Inlandsprovinzen. Besonders die Randprovinzen Chinas sind noch unterentwickelt, hier ist die innere kapitalistische Landnahme noch nicht abgeschlossen. Ein weiteres Problem während der gesamten Reformperiode stellt die Arbeitslosigkeit dar, die in den letzten Jahren insgesamt 5% und bei den Jugendlichen 15% und mehr beträgt.¹⁰⁰ Der ‘Sozialismus chinesischer Prägung’ zeigt die grundlegenden Eigenschaften jeder kapitalistischen Gesellschaft.

Die Folgen der Reformentwicklungen werden auch im Sozialbereich deutlich. In der sozialistischen Ära wurde das Gesundheitswesen, die Schulausbildung der Kinder und die Renten auf dem Land von den Kollektiven und in der Stadt von den Betrieben gewährleistet. Im Verlauf der Reformperiode brachen diese Systeme auf dem Land schnell und in der Stadt allmählich zusammen. Um ein Beispiel zu nennen: „1979 verfügten noch 80% der Dörfer mit circa 85% der dörflichen Bevölkerung über ein kooperatives medizinisches Gesundheitssystem, Mitte der 80er Jahre waren dies nur noch 5,3% aller Dörfer mit 5% der Landbevölkerung. Die Kollektive hatten ihre Versorgungsfunktionen weitgehend verloren, womit die Gesundheitskosten wieder direkt auf die Familien zurückfielen.“¹⁰¹ Letzteres gilt auch für die Altersversorgung. Inzwischen sind auf dem Land neue Systeme im Aufbau, die aber nur eine Basissicherung bieten und nicht die gesamte Landbevölkerung umfassen. In der Stadt fielen mit dem Personalabbau und dem Verkauf der SOEs die bisherigen Sozialsysteme für immer mehr ehemals Beschäftigte weg, die Privatunternehmen sahen sie ohnehin nicht vor. Auch in der Stadt sind neue, paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierte Systeme im Aufbau. Sie sehen ebenfalls standardmäßig nur eine Basissicherung vor und erfassen zum Teil die Wanderarbeiter nicht, da sie oft keine Arbeitsverträge besitzen und damit nicht sozialversichert sind. Im Jahr 2013 besaßen nur 44% der Wanderarbeiter einen Arbeitsvertrag, was dazu führte, dass oft keine Überstunden bezahlt wurden und Löhne verspätet oder gar nicht ausgezahlt wurden¹⁰². Zur Verschärfung der Lage im Gesundheitswesen trägt auch die Privatisierung

⁹⁸ Coase, Seite 115.

⁹⁹ UNDP (United Nations Development Programme): China in Numbers (2023), Seite 9, <https://www.undp.org/china/publications/china-numbers-2023>.

¹⁰⁰ UNDP, Seite 8.

¹⁰¹ Fortunat Reiser: Harmonische Gesellschaft in der VR China Soziale Herausforderungen, Sozialversicherung und ideologische Fragen. https://socio.ch/internat/t_reiser.pdf.

¹⁰² Karl Schlinger, Günter Schucher: Impossible! Gewerkschaften und Arbeitsfrieden in China, Institut für Asien-Studien, GIGA Hamburg.

der medizinischen Versorgung bei. Ein sich langsam entfaltendes Problem der Altersversorgung ist die zunehmende Alterung der chinesischen Gesellschaft. Die Reform-Ära brachte also einen deutlichen Sozialabbau, der erst langsam korrigiert wird. Der wenig entwickelte Sozialstaat ist mit ein Grund dafür, warum chinesische Waren auf dem Weltmarkt nach wie vor billig angeboten werden können.

Ähnliche frühkapitalistische Zustände wie im Sozialbereich herrschten in der Reformära lange Zeit beim Umgang mit den Abfallprodukten der Industrie. Da die oft toxischen Abfallprodukte bei ordentlicher Entsorgung die Profite schmälern würden, wurden und werden sie in die Umwelt entsorgt. Die Folgen werden der Allgemeinheit überlassen, was im Wesen des Kapitalismus liegt. Die Folgen waren und sind Luft-, Wasserverschmutzung und verseuchte Böden. In China ist das Wasser in über 50% der Flüsse nicht mehr zum menschlichen Gebrauch geeignet, ähnliches gilt für die großen Seen. 34% der Böden sind inzwischen durch Kontamination und eine zunehmende Versteppung unbrauchbar, was wesentlich auf eine übermäßige Grundwasserentnahme der Industrie zurück geht. Einen nicht unerheblichen Teil der Bodendegradation verursachen die Bauern selbst durch übermäßigen Einsatz von Agrarchemie. Zur Luftverschmutzung trugen im Wesentlichen die Kohlekraftwerke und der zunehmende Kraftfahrzeugverkehr bei. Neben der Darstellung der Parallelität zur frühkapitalistischen industriellen Entwicklung im Westen möchte ich darauf hinweisen, dass die ökologischen Probleme ein erhebliches Protestpotential hervorrufen. Die Bodenverseuchung und zunehmende Wasserknappheit haben eine agrarische Binnenmigration erzeugt, von der insbesondere die ethnischen Minderheiten betroffen sind. Seit etwa 2010 sind aber ökologische Zielvorgaben und Projekte in allen 5-Jahresplänen enthalten und werden systematisch umgesetzt. Inzwischen sind die Anstrengungen und Erfolge der chinesischen Regierung bei der erneuerbaren Energieerzeugung, der ökologischen Produktion, Emissionsreduzierung und auch Aufforstung von Wäldern weltweit in Umfang, Geschwindigkeit und Konsequenz unerreichbar. Die Massenproduktion von Solarpanels und Windrädern verbilligt deren Preise und trägt maßgeblich zur weltweiten Verbreitung der Energieerzeugung durch regenerative Energieformen bei. Vergleichbare Erfolge und Anstrengungen gibt es im westlichen Kapitalismus nicht. Darstellungen und Zahlen zu diesem Thema finden sich etwa in ¹⁰³und¹⁰⁴. Es gibt sicher mehrere Gründe für Chinas Schwenk in der Umweltpolitik. Der wichtigste dürften die Proteste der Bevölkerung gegen die Luftverschmutzung und Wasserverunreinigung gewesen sein. Die Umwelttechnologie ist außerdem in China ein zunehmend bedeutender Industriezweig mit großen Exportchancen. Nicht zu unterschätzen ist, dass die Umweltpolitik eine global wichtige politische Bühne für die Entwicklungsländer ist.

In der Reformära baute sich ein soziales und gesellschaftliches Konfliktpotential wie in jedem kapitalistischen Staat auf. Es soll im Folgenden nicht auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen wie die Umweltbewegung, den Kampf gegen Landenteignungen, die Auseinandersetzungen mit den Minderheiten oder andere eingegangen

¹⁰³ Walter Bückmann; Yeong Heui Lee: Probleme mit den Wasser- und Bodenressourcen in China. Internationales Asienforum.

¹⁰⁴ Thomas Heberer; Anja D. Senz: Regionalexpertise – Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in China bis 2020/2050.

werden, sondern nur auf die Kämpfe der Arbeiter gegen das Kapital, soweit darüber etwas bekannt ist. Zu dem Thema gibt es wenig systematische Darstellungen, was mit daran liegt, dass Nachrichten dazu unterdrückt werden. Insbesondere herrscht eine wirkungsvolle Kontrolle über das Internet. Aus den Darstellungen ergibt sich, dass die Auseinandersetzungen der Arbeiter wenig über die betriebliche Ebene hinausgehen. Falls Ansätze dazu da sind, werden sie unterdrückt.¹⁰⁵ Ein Streikrecht existiert seit 1982 nicht mehr, die Bildung unabhängiger Gewerkschaften ist verboten, überbetriebliche Tarifvereinbarungen existieren nicht. Der ACGB (Allgemeine chinesische Gewerkschaftsbund, englisch ACFTU, All-China Federation of Trade Unions) ist personell von der KPCh dominiert und finanziell von den Abgaben der Unternehmen abhängig, die Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaftsmitglieder betragen etwa 20% der Gesamtausgaben.¹⁰⁶ Die ideologische und politische Aufgabe des ACGB ist es, für Harmonie und Stabilität in den Betrieben zu sorgen. Das entspricht der von der KPCh vermittelten Propaganda, China befinde sich im sozialistischen Aufbau, so dass damit angeblich die chinesischen Unternehmen und ihre Arbeiter an derselben Aufgabe arbeiten. Folgerichtig sind die Gewerkschaftsfunktionäre meist auch Mitglieder der Geschäftsführung.

Für die Arbeiter gibt es als offizielle Wege des Protests die Beschwerde im Betrieb, dann eine überbetriebliche Schlichtungskommission, als nächster Schritt das Arbeitsgericht und als letzte Möglichkeit Eingaben an staatliche Stellen. Das Fehlen einer überbetrieblichen Interessenvertretung führt dazu, dass die Lage der Arbeiter in den Betrieben sehr unterschiedlich ist. Hinzu kommt die Spaltung in städtische und Wanderarbeiter. Die Angaben zu der Anzahl von Arbeitskämpfen sind sehr unterschiedlich. So gibt es Zahlen zu 'Arbeitskonflikten', die zum Beispiel bei Statista um 1 Million liegen.¹⁰⁷ In diesen Daten sind aber auch die Schiedsgerichts- und Schlichtungsverfahren und die sogenannten 'Massenvorfälle' enthalten, wie die Zahlen von Schlinger zeigen: Demnach gab es im Jahr 2012 knapp 900 000 Schiedsgerichts- und Schlichtungsfälle und 402 Streiks und im Jahr 2010 180 000 öffentliche Proteste.¹⁰⁸ Alle Statistiken zeigen eine Zunahme von Arbeiterprotesten, aber sie sind noch als sehr gering und beschränkt zu bezeichnen, wozu neben den rechtlichen Beschränkungen auch die Überwachung durch die KPCh beiträgt.

Großen Einfluss hatte die Reformära auch auf die Zusammensetzung der KPCh. Bereits zu Beginn der Reformperiode fand ein größerer Umbau der Partei statt. Alte Parteimitglieder wurden in den Ruhestand geschickt, Gegner der Kulturrevolution rehabilitiert und vor allem junge Technokraten rekrutiert und auf Führungspositionen in Partei und Staat gesetzt.¹⁰⁹ Zunehmend durchsetzt sich die Partei auch mit den Reformgewinnlern. Mit der wachsenden Lohnarbeit ist eine steigende Mehrwertaneignung verbunden, wozu sich aus naheliegenden Gründen chinesische Quellen bedeckt halten. Wikipedia führt auf: „Von den 3220 Chinesen mit einem Privatvermögen von mindestens 100 Millionen Yuan sind 2932 Kinder der höheren Parteikader. In den fünf Wirtschaftszweigen

¹⁰⁵ Schlinger; Schucher, Seite 2.

¹⁰⁶ Schlinger; Schucher, Seite 4.

¹⁰⁷ Statista: Arbeiter in China pochen auf ihre Rechte, <https://de.statista.com/infografik/10452/arbeitskonflikte-in-china/>.

¹⁰⁸ Schlinger; Schucher, Seite 5.

¹⁰⁹ Coase, Seite 30.

Finanzen, Außenhandel, Landerschließung, Großkonstruktionen und Wertpapiere halten Kinder der höheren Kader 85 Prozent bis 90 Prozent der Schlüsselpositionen.“¹¹⁰ „Im Jahr 2020 gehörten den oberen 1 Prozent der chinesischen Bevölkerung 30,6 Prozent des gesamten Reichtums.“¹¹¹ Nach Heberer überwiegen die Absolventen mit höherer Schulbildung und Studium in der Partei die Anzahl der Arbeiter und Bauern deutlich.¹¹² Auch die Zielsetzung der Partei hat sich geändert. Seit 2002 steht im Parteistatut der KPCh als Aufgabe das ‘Dreifache Vertreten’: „Mit dem „Dreifachen Vertreten“ ist gemeint, dass die Kommunistische Partei Chinas

- die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher *Produktivkräfte* Chinas,
- die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher *Kultur* Chinas und
- die grundlegenden Interessen der überwältigenden *Mehrheit* des chinesischen Volkes vertreten soll.“¹¹³ Von der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse ist nicht mehr die Rede. Zunehmend wird auch das Leitbild von einer ‘harmonischen Gesellschaft’ anstelle des Sozialismus propagiert. Xi Jinping spricht von der Verwirklichung des ‘Chinesischen Traums’, womit nationalistische Gefühle angesprochen werden.

3. Themen der Diskussion über Chinas Reformkurs

Zur Reformpolitik in China gibt es eine Reihe von Fragen, von denen ich drei herausgreifen möchte. Als erstes beschreibe ich die Charakteristika des letztendlich in China durchgeführten Reformprozesses im Unterschied zu dem Reformprozess im postsowjetischen Russland, das wie auch andere sozialistische Transformationsländer streng neoliberalen Konzepten folgte. Das Thema wird im danach folgenden Kapitel unter dem Aspekt der Auseinandersetzung in der KPCh und Regierung über den Reformweg vertieft. Zum Abschluss gehe ich auf einige wichtige Besonderheiten der chinesischen Ausprägung des Kapitalismus ein.

3.1 Gradualismus versus Schocktherapie

Die zweigleisige Reformpraxis bedeutete die temporäre Koexistenz von Plan- und Marktwirtschaft bei sinkendem Plananteil. Im Oktober 1984 verabschiedete das Zentralkomitee die ‘Entscheidung über die Reform der Wirtschaftsstruktur’. In ihr heißt es: „Die verpflichtende Planung wird auf wichtige Produkte, die große Bedeutung für die nationale Wirtschaft und das Leben der Bürger haben und vom Staat zuzuteilen und zu verteilen sind, sowie auf wichtige wirtschaftliche Tätigkeit angewandt, die sich auf die Gesamtsituation auswirken. Die übrigen Produkte und wirtschaftlichen Aktivitäten, die sehr viel zahlreicher sind, sollten je nach den Erfordernissen des Einzelfalls entweder einer indikativen Planung unterliegen oder vollkommen den Marktkräften überlassen werden.“ Und weiter: „Mit zunehmenden Entscheidungsbefugnissen der Unternehmen wird die

¹¹⁰ Wikipedia: Wirtschaftsgeschichte der Volksrepublik China.

¹¹¹ Yungjie Guo: Klasse und soziale Ungleichheit in China, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/asien/china/344711/klasse-und-soziale-ungleichheit-in-china/>.

¹¹² Thomas Heberer; Jörg-M. Rudolph: China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Seite 26.

¹¹³ Wikipedia: Dreifaches Vertreten, https://de.wikipedia.org/wiki/Dreifaches_Vertreten.

Preisbildung wachsenden Einfluss auf ihre Produktion und ihren Betrieb haben. Das macht die Aufgabe, ein rationales System der Preisbildung zu errichten, umso dringlicher. [...] Die Preisbildung ist ein sehr wirksames Regulierungsinstrument, und nationale Preise stellen eine wichtige Voraussetzung für eine dynamische, jedoch nicht chaotische Wirtschaft dar. Daher ist die Reform des Preissystems der Schlüssel zur Reform der gesamten Wirtschaftsstruktur.“¹¹⁴ Bereits 1984 wurden also Weichen für die schrittweise Einführung des Kapitalismus gestellt und die Prinzipien der sozialistischen Ökonomie aufgeweicht.

Heilmann fasst den Rückgang der bisherigen Planwirtschaft in folgender Tabelle zusammen:¹¹⁵

Chinas zweigleisige Reformpraxis: Koexistenz von Plan und Markt sowie schrittweise Senkung des Plananteils in der Wirtschaftskoordination (gerundete Angaben in Prozent)

	1978	1984	1991	1993
Produktionsplanung (Umfang zentraler und regionaler Planung)	91	80	16	5
Preisplanung (Anteil staatlicher Fest- und Richtpreise)	94	60**	42	17
Produktionsbeitrag der nichtstaatlichen Industrie (Anteil an der gesamten Industrieproduktion)	24**	30	47	52***
Haushaltsbeitrag der nichtstaatlichen Industrie (Beitrag zu staatlichen Haushaltseinnahmen)	18*	23	36	k.A

*1980. **1985. ***1992

Der chinesische Weg der Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus wird als ‘Gradualismus’ oder ‘trial and error’-Methode bezeichnet. Der letztere Begriff bezeichnet die in China durchgängig angewandte Methode, neue Geschäftsmodelle zunächst nur in lokalem, begrenztem Umfang zuzulassen und dann bei Erfolg weiter zu verfolgen und auszudehnen. Im Unterschied zum chinesischen Vorgehen wird die russische Transformation ‘Schocktherapie’, ‘Big Bang’ oder auch ‘Urknall’ genannt. Die Schocktherapie führte in Russland und anderen postsozialistischen Ländern zu einer Inflation von

¹¹⁴Isabella M. Weber: Das Gespenst der Inflation Wie China der Schocktherapie entkam, Seite 263, 264. Suhrkamp Verlag AG., Berlin, 2023.

¹¹⁵ Heilmann, Seite 76, Übersicht 2H.

zeitweilig über 2000%¹¹⁶, einem starken Wirtschaftseinbruch¹¹⁷, Sozialabbau sowie zu einem ausgeprägten Oligarchenherrschaftssystem, weil die staatliche Autorität gleichzeitig zerfiel und das Staatseigentum weitgehend ohne jede staatliche Kontrolle privatisiert wurde. Ein Beispiel für den Sozialabbau in der früheren Sowjetunion ist, dass das durchschnittliche Realeinkommen von 99% der Russen im Jahr 2015 niedriger als im Jahr 1991 war.¹¹⁸

Im Unterschied dazu führte der chinesische ‘Gradualismus’ zu einer beherrschbaren Inflationsrate und zu einem Wirtschaftswachstum, das schrittweise zur kapitalistischen Produktionsweise führte. Dabei bedeutet ‘Gradualismus’ nicht eine langsame, allmähliche Entwicklung, wie der Blick in obige Tabelle zeigt, wonach der Plananteil in 15 Jahren um fast 90% sank. Korruption war aber auch in China ein dauernder Begleiter des ‘Gradualismus’ und ist es auch heute noch. Aber sie ist von anderer Art als in den Ländern, in denen eine Schocktherapie durchgeführt wurde. Da zunächst keine großen Staatsbetriebe privatisiert wurden, entstand zwar kein Oligarchensystem, aber eine in Teilen korrupte Machtelite, die Schmiergelder für alle möglichen Gefälligkeiten annahm (siehe Kapitel 2.7). Der gradualistische Weg ließ sich ideologisch zu einem chinesischen Weg des sozialistischen Aufbaus stilisieren, weil er ja unter Führung der KPCh stattfand. Dabei wird unterstellt, die Partei trage ihren Titel zu Recht.

Die Schocktherapie ging auf die Ideologie neoliberaler Ökonomen zurück, auf die sich IWF, Weltbank und andere internationale Geldgeber im sogenannten ‘Washington Consensus’¹¹⁹ einigten und sie zu Bedingungen für eine Geldvergabe an die Entwicklungsländer und später auch an die sozialistischen Transformationsländer machten. Die Schocktherapie umfasste im Wesentlichen die vier Punkte: schlagartige Freigabe sämtlicher Preise, Privatisierung der Staatsunternehmen, Liberalisierung des Handels und eine Stabilisierung der Wirtschaft durch strikte Geld- und Haushaltspolitik.¹²⁰ Im Mittelpunkt der Maßnahmen stand die schnelle Freigabe aller Preise. Die Schocktherapie verfolgte einen politischen Zweck, den ihre Begründer so formulierten: „Der Zusammenbruch der kommunistischen Einparteienherrschaft war die unabdingbare Voraussetzung für den effektiven Übergang zu einer Marktwirtschaft.“¹²¹ Die Schocktherapie sollte vor allem Entwicklungsländer und sozialistische Transformationsstaaten für westliche Kapitalinteressen öffnen, indem sie bestehende Strukturen und staatliche Eigentumsverhältnisse zerstört. Wenn diese Methode gelingt, ist sie eleganter, als einen Militärputsch zu inszenieren. Das postsowjetische Russland musste sich den Bedingungen von IWF und Weltbank weitgehend beugen, weil es von ihnen Kredite annahm, zahlte aber seine Schulden vorzeitig zurück, um wieder mehr Souveränität über die eigene Politik zurück zu gewinnen. In Europa ist der IWF bestens bekannt als eines der Mitglieder der Troika, der sich

¹¹⁶ Heilmann, Seite 148.

¹¹⁷ Heilmann, Seite 93.

¹¹⁸ Weber, Seite 16.

¹¹⁹ Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus.

¹²⁰ Weber, Seite 19.

¹²¹ Weber, Seite 23.

Griechenland in seiner Schuldenkrise unterwerfen musste und zu Sozialabbau und nationalem Ausverkauf gezwungen wurde.

Die Möglichkeit zum gradualistischen Vorgehen Chinas beruht auf ihrer weitgehenden Unabhängigkeit von institutionellen westlichen Geldgebern wie dem IWF. Kredite wurden nur von der Weltbank aufgenommen, die dem chinesischen Reformprozess weitgehend positiv gegenüberstand.¹²² Ein experimentelles Vorgehen hatte bereits den Aufbau in den befreiten Gebieten während des antijapanischen und des nachfolgenden Bürgerkriegs gekennzeichnet. Es wurden Vorgehensweisen angewandt, die bereits im alten China zur Stabilisierung der Wirtschaft benutzt wurden (siehe das Buch von Weber). Auch in China hatte die Schocktherapie zahlreiche einflussreiche Befürworter und stand mehrmals kurz vor der Einführung. Darauf wird im nächsten Kapitel eingegangen. Inzwischen wird für das chinesische Entwicklungsmodell auch der Begriff ‘Beijing Consensus’ gebraucht. Gemeint ist damit auf der einen Seite das Modell einer selbstbestimmten länderspezifischen Wirtschaftsentwicklung. Er besagt aber auch, dass eine staatlich gelenkte Wirtschaft mit einem relevanten Anteil von Produktionsmitteln in Staatsbesitz eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreiben kann. Der Erfolg des chinesischen Wirtschaftsmodells wird damit zu einer zunehmenden Bedrohung des Glaubens an die Überlegenheit des westlichen Kapitalismusmodells. Bei allen Unterschieden zwischen der Schocktherapie und dem Gradualismus ist das Ergebnis beider Strategien gleich, die Errichtung einer kapitalistischen Marktwirtschaft.

3.2 Die Auseinandersetzungen in China um den Reformkurs

Viele Autoren der Linken, die sich mit der Entwicklung Chinas nach 1978 beschäftigen, behandeln die Diskussionen in der KPCh und der Regierung um die neue Kursbestimmung nicht. Es entsteht der Eindruck, als habe es in Partei, Regierung und Gesellschaft keine Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs gegeben. Tatsächlich fand ein intensiver ideologischer Kampf statt, wie es zum Beispiel den Büchern von Willy Kraus, Ronald Coase, Yan Sun und Isabella Weber zu entnehmen ist. Die genannten Bücher zeichnen kein konsistentes Bild von den Auseinandersetzungen um den Reformkurs, weil sie nicht das Verhältnis der unterschiedlichen Diskussionsebenen untereinander beschreiben. In der KPCh fanden teilweise grundsätzliche Debatten über den richtigen Aufbau des Sozialismus statt, die einen ersten Abschluss in der ‘Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas’ im Jahr 1981 fanden. Daneben gab es aber auch, wie es Webers Buch schildert, eine rege Auseinandersetzung in der Regierung, unter ihren Beratern und ausländischen Ökonomen. Sie drehten sich unter anderem um die Theorien der Reformökonomien der osteuropäischen Länder zur Reform des Sozialismus und um die neoliberalen Thesen, wie sie im Washington Consensus formuliert wurden. Es sieht so aus, als hätten die Regierungsdiskussionen weitgehend unabhängig von den

¹²² Weber: *Origins of China’s Contested Relation with Neoliberalism: Economics, the World Bank, and Milton Friedman at the Dawn of Reform.*

Parteidiskussionen stattgefunden. Zunächst gehe ich auf die Auseinandersetzungen in der Partei ein, wie sie vor allem das Buch von Yan Sun schildert.¹²³

Die ideologischen Debatten in der KPCh umfassten mehrere Etappen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Die erste Etappe beinhaltete neben der Auseinandersetzung mit der sogenannten ‘Viererbande’¹²⁴ die Frage, wie man mit Maos Ideen umgehen sollte. Einerseits war es in weiten Teilen der KPCh Konsens, dass der ‘Große Sprung nach vorne’ und die Kulturrevolution einen ökonomischen Rückschritt im Aufbau des Sozialismus gebracht hatten, andererseits war die Anerkennung von Mao in der Partei und der Bevölkerung sehr groß. Die Auseinandersetzung fand zwischen der ‘Zwei-Wasimmer-Fraktion’ um Hua Guofeng und der ‘Praxis-Fraktion’ um Deng Xiaoping, der 1977 rehabilitiert wurde, statt. Die ‘Zwei-Wasimmer-Fraktion’ vertrat: Was auch immer Mao an Politik vertreten hat und welche Anweisungen er gegeben hat, wir werden ihm immer folgen. Insbesondere vertraten sie wie Mao, dass der Klassenkampf der Haupthebel zu Produktivitätssteigerungen und zum weiteren Aufbau des Sozialismus sei. Demgegenüber vertrat die ‘Praxis-Fraktion’, dass die Praxis das einzige Kriterium der Wahrheit sei und sich die Partei von den Erfahrungen der Praxis leiten lassen sollte, und berief sich dabei auf Maos Schrift ‘Über die Praxis’. Bezüglich der Entwicklung der Produktivkräfte beinhaltete diese Position, dass jedes Mittel gerechtfertigt ist, das zu ihrer Beschleunigung dient, eine Position, die Mao selber nie vertreten hat. Das Ziel der ‘Praxis-Fraktion’-Position war, die Autorität der Mao-Tse-Tung-Ideen für künftige Praxisentscheidungen in Frage zu stellen und den Weg für neue Konzepte zu öffnen.

Bezüglich der Hauptaufgabe der jetzigen Periode stellt die Resolution zur Geschichte der Partei der KP Chinas von 1981 fest: „Nach der grundlegenden Vollendung der sozialistischen Umgestaltung war der Hauptwiderspruch, den unser Land zu lösen hatte, der Widerspruch zwischen den täglich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion. [...] Alle Arbeit der Partei muß dem Kernpunkt Wirtschaftsaufbau untergeordnet sein und ihm dienen.“¹²⁵ Das ist praktisch identisch mit der Aussage im Beschluss des VIII. Parteitags der KPCh von 1956: „Jetzt ist der entscheidende Sieg in der sozialistischen Umgestaltung bereits errungen; das zeigt an, dass in unserem Lande der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der Hauptsache gelöst ist [...]“. Und weiter: „Aber der Hauptwiderspruch in unserem Land ist gegenwärtig der Widerspruch zwischen der Forderung des Volkes nach Errichtung eines fortschrittlichen Industrielandes und der Situation, dass unser Land noch ein rückständiges Agrarland ist.“¹²⁶ Die ‘Praxis-Fraktion’ stand also auf dem Boden der Beschlüsse des VIII. Parteitags, während die ‘Zwei-Wasimmer-Fraktion’ sich auf die

¹²³ Yan Sun: The Chinese Reassessment of Socialism, 1976-1992.

¹²⁴ Wikipedia; <https://de.wikipedia.org/wiki/Viererbande>

¹²⁵ Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas Angenommen auf der 6. Plenartagung des ZK der KP Chinas am 27. Juni 1981, <http://www.trend.infopartisan.net/trd0716/t100717.html>, Auf Englisch: On Question of Party History Resolution on Certain Questions in the History Of Our Party Since the Founding of the People's Republic Of China, Beijing Review, No. 27, <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/resolution-certain-questions-history-our-party-founding-peoples-republic-china>.

¹²⁶ Der VIII. Parteitag der kommunistischen Partei Chinas Dokumente Band I, Seite 77 f.

Aussagen des späten Mao berief. Dementsprechend fiel auch das Urteil der Resolution von 1981 über Mao aus: Es würdigte seine Verdienste insgesamt, bescheinigte ihm aber für die späten Jahre gravierende Fehler. Was an der Resolution von 1981 und dem Beschluss des 8. Parteitags der KPCh von 1956 im Vergleich zur heutigen Position auffällt, ist, dass in ihnen die sozialistische Umgestaltung als grundsätzlich vollendet galt. Heute betont die KPCh dagegen, dass sich China in einer langwährenden Übergangsphase zum Sozialismus befindet.

Was in der Debatte zwischen den beiden Fraktionen nach dem Buch von Yan Sun nicht diskutiert wurde, ist die Bestimmung des richtigen Verhältnisses von Theorie und Praxis, wie die Theorie die Praxis leiten und die Praxis die Theorie befruchten soll. Der Sieg der 'Praxis-Fraktion' eröffnete die Möglichkeit, dass nominell an der Theorie festgehalten, in der Praxis aber anders verfahren werden konnte. Charakteristisch dafür ist der Deng Xiaoping zugeschriebene Spruch: 'Egal ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache sie fängt Mäuse.' Diese Haltung der Beliebigkeit bei gleichzeitigem Auslassen zentraler Themen führt Deng so aus: „Wie sich Planung und Marktkräfte zueinander verhalten, ist nicht der wesentliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Eine Planwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Sozialismus, denn auch im Kapitalismus gibt es Planung. Eine Marktwirtschaft ist nicht Kapitalismus, denn auch im Sozialismus gibt es Märkte. Planung und Marktkräfte sind beides Mittel, um die Wirtschaftsaktivität zu steuern. Die Essenz des Sozialismus ist Befreiung und Entwicklung der produktiven Kräfte, die Eliminierung von Ausbeutung und Polarisierung und das letztliche Erreichen von Wohlstand für alle. Dies Konzept muss den Leuten klargemacht werden. Sind Wertpapiere und der Aktienmarkt gut oder schlecht? Sind sie mit Gefahren verbunden? Sind sie Eigenheiten des Kapitalismus? Kann der Sozialismus sie für sich nutzen? Wir erlauben den Menschen, sich ihr eigenes Urteil vorzubehalten, aber wir müssen diese Dinge ausprobieren. Wenn sie sich nach ein oder zwei Jahren des Experimentierens als machbar erweisen, können wir sie ausweiten. Andernfalls können wir sie beenden und die Sache ist damit erledigt.“¹²⁷ Hier wird wie in anderen Aussagen der KPCh zielgerichtet Richtiges mit Falschem vermengt. Natürlich gab es etwa Märkte schon in nichtkapitalistischen Gesellschaften, aber das ist keine Begründung für ihre Existenz in einer sozialistischen Gesellschaft. Und natürlich ist die Befreiung der Produktivkräfte ein wesentliches Ziel des Sozialismus, sie ist jedoch kein Selbstzweck, sondern soll der Befreiung des Menschen dienen. Wovon Deng wohl bewusst nicht spricht, ist, dass die Abschaffung der Lohnarbeit ein grundlegendes Merkmal des Sozialismus ist.

Der Sieg der 'Praxis-Fraktion' in der Frage des Hauptwiderspruchs ebnete den Weg für ökonomische Debatten. Eingeleitet wurden diese Debatten durch die Propagierung des Programms von Zhou Enlai aus dem Jahr 1964 von den 'Vier Modernisierungen'. Diese umfassten die Modernisierung der Landwirtschaft, der Industrie und der Verteidigung sowie von Wissenschaft und Technologie. Dieses Programm griffen Deng 1975 und Hua Guofeng 1976 auf, wodurch sie den Fokus auf die Entwicklung der Produktivkräfte lenkten.¹²⁸ Die folgenden Etappen der Auseinandersetzungen in der Partei waren vor

¹²⁷ Coase, Seite 139, 140.

¹²⁸ Coase, Seite 32 f.

allem grundsätzlichen Fragen des sozialistischen Aufbaus gewidmet. Zunächst begann eine Debatte über das Grundgesetz des Sozialismus. Es gab auch Diskussionen darüber, ob der von der Sowjetunion übernommene Schwerpunkt auf die Schwerindustrie für China richtig war. Das heißt, es stellte sich die Frage nach der Proportionalität der einzelnen Wirtschaftssektoren. Daneben wurde das Verhältnis von Marktwirtschaft und Planwirtschaft diskutiert, die Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus und des Leistungsprinzips bei der Entlohnung. Ein weiterer Streitpunkt war die Frage, in welchem Umfang Privatwirtschaft und Privateigentum an Produktionsmitteln zugelassen werden sollten und dürfen, also grundsätzliche Fragen zum Aufbau des Sozialismus.

Es ist offensichtlich, dass der Sieg der 'Praxis-Fraktion' das Tor zur Einführung des Kapitalismus öffnete. Ihre prinzipienlosen Einstellungen ließen die Einführung von privatem Eigentum an Produktionsmitteln genauso zu wie die Einführung von Lohnarbeit, wenn es nur der Entfaltung der Produktivität diene. Nicht diskutiert wurde die Frage, woran es lag, dass das bisher nicht genügend gelungen ist. Es war, wie im Kapitel zu den SWZ beschrieben, nicht die Höhe der Wachstumsraten, sondern die Qualität des Wachstums und die Technologieführerschaft des Westens, die zu zunehmender Rückständigkeit der VRCh gegenüber vergleichbaren Nachbarländern geführt hatte. Keine Debatte scheint es darüber gegeben zu haben, wie die Sowjetunion dieses Problem gelöst hat. Nun wurde als einziger Weg zur Entfaltung der Produktivkräfte die Einführung kapitalistischer Methoden festgelegt. Treibende Kraft bei allen Weichenstellungen war Deng Xiaoping.

Neben der Diskussion in der Partei gab es eine weitere Diskussionsebene, die von der chinesischen Regierung und ihren Beratern mit osteuropäischen und westlichen Ökonomen eröffnet wurde. Auch diese Diskussionen, wie sie etwa im Buch von Weber dargestellt werden, fehlen weitgehend in den Darstellungen der Linken. Aus dem Buch von Weber geht hervor, dass die chinesische Regierung als einzigen Weg aus den ökonomischen Schwierigkeiten am Ende der Mao-Ära die Einführung einer Marktwirtschaft sah. Vorstellungen von einer sozialistischen Marktwirtschaft waren bereits seit Mitte der 1950er Jahre in den osteuropäischen Ländern aufgetaucht, etwa in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR. Dementsprechend wurden die führenden osteuropäischen Reformökonomen wie Wlodzimierz Brus, Ota Sik, Janos Kornai und andere zu Beratungsgesprächen nach China eingeladen.¹²⁹ Ein Teil der osteuropäischen Reformökonomen lebte inzwischen im westlichen Exil und hatte den Glauben an die Reformierbarkeit der sozialistischen Planwirtschaft verloren. Sie traten für einen Systemwechsel in den sozialistischen Ländern ein, wie es auch das politische Ziel der neoliberalen Schocktherapie war, sie vertraten also Varianten der neoliberalen Entwicklungsstrategie. Regierungsdelegationen aus China bereisten mehrere Länder in Europa, wie etwa Jugoslawien und die Bundesrepublik Deutschland, in Asien Singapur und Japan und in Südamerika zum Beispiel das Chile Pinochets, um vor Ort die dortigen Wirtschaftsreformen zu studieren. Im Mittelpunkt der Beratungen der chinesischen Regierung und ihren Beratern stand die Frage der Preisreform als Hebel zur Einführung einer Marktwirtschaft. Eine wichtige Rolle spielten dabei die internationalen Konferenzen in Moganshan 1982

¹²⁹ Weber, Seite 189 f.

und die an Bord des Boots Bashanlun 1985, auf der sich osteuropäische Reformökonominnen, westliche Ökonomen und die Weltbankvertreter ein Stelldichein gaben.¹³⁰ Der bekannteste westliche Ökonom, der China Reformvorschläge unterbreitete, war der damals einflussreichste neoliberale Ökonom Milton Friedmann, in seinem Gefolge waren mehrere Mitglieder der Mont Pelerin Gesellschaft, dem wichtigsten neoliberalen Think-Tank. Friedman wurde vom damaligen Premierminister Zhao Ziyang empfangen und erhielt eine Ehrenprofessur in China. Friedman sprach sich für eine Schocktherapie aus und nannte dabei als Beispiel das ‘Erhard-Wunder’ der Währungs- und Preisreform in der Bundesrepublik nach dem 2. Weltkrieg, wobei er es mit der historischen Wahrheit nicht so genau nahm.¹³¹ Besonderes Vertrauen der chinesischen Regierung besaßen die Berater der Weltbank, die die Kreditwürdigkeit der VRCh prüften. Ihre Vorschläge gingen in den siebten 5-Jahresplan ein. Wie man sieht, gab es bei der chinesischen Regierung keine Bedenken, neoliberale Rezepte anzuwenden. So wie es aussieht, bewegte sie sich dabei außerhalb der Diskussionen, die etwa zeitgleich in der KPCh geführt wurden.

In dem Beraterkreis der Regierung gab es zwei Gruppen, eine, die den gradualistischen Weg vertrat, das war die ‘ländliche Entwicklungsgruppe’, aus der das ‘Systemreforminstitut’¹³² hervorging. Auf der anderen Seite stand das ‘Programmbüro’¹³³, das sich auf neoliberale Theorien berief und verschiedene Varianten der Schocktherapie vertrat. Im ‘Programmbüro’ versammelten sich meist jüngere Ökonomen, wobei sie aber auch Revolutionsveteranen wie Xue Muqiao oder Chen Yun teilweise unterstützten. Der ‘ländlichen Entwicklungsgruppe’ gehörten empirisch untersuchende Ökonomen an, die teilweise während der Kulturrevolution aufs Land verschickt worden waren. Sie kannten die ländlichen Verhältnisse gut und hatten die Erfolge der von Ihnen befürworteten erfolgreichen Landreform als Argument für ihre Reformvorschläge. Das überzeugte die Regierung, so dass im ersten Anlauf Anfang der 1980er Jahre die Forderung nach einer Schocktherapie unterlag. Als Deng Ende der 1980er Jahre von der Regierung einschneidendere Reformen forderte, wurden wieder Maßnahmen zu einer radikalen Preisreform eingeleitet, die dann wegen der sich beschleunigenden Inflation und den breiten Unruhen gestoppt wurden.¹³⁴ Dennoch wurden nach 1992 die Preiskontrollen letztendlich, wenn auch nicht auf einen Schlag, abgeschafft. „Der Anteil der Erzeugnisse, die zu Marktpreisen gehandelt wurden, stieg beständig, von nahezu null im Jahr 1978, auf 13 Prozent in 1985, 46 Prozent in 1991 und 78 Prozent in 1995.“¹³⁵ Es sei nochmal darauf hingewiesen, dass China im Unterschied zum postsowjetischen Russland Herr über seine Politik blieb, da es wenig von institutionellen ausländischen Geldgebern und deren Bedingungen abhängig wurde. Es gab neben den westlichen Beratern noch andere Pfade, auf denen die neoliberale Ideologie Eingang nach China fand. Während der Kulturrevolution waren die chinesischen Universitäten geschlossen, darunter auch die wirtschaftlichen Institute, so dass keine Ausbildung in sozialistischer Ökonomie stattfand. Der Wiederaufbau der

¹³⁰ Weber, Seite 206 f., Seite 286 f.

¹³¹ Weber, Seite 191 f.

¹³² Weber, Seite 236 f.

¹³³ Weber, Seite 236f, 298, 302.

¹³⁴ Weber, Seite 335 f.

¹³⁵ Coase, Seite 148.

wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen fand mit amerikanischer Unterstützung und westlichen Lehrbüchern statt. Daneben gab es Förderprogramme, vor allem in den USA, so dass sich bald eine vom Westen beeinflusste Elite entwickelte und die Geschicke der chinesischen Politik bestimmte.¹³⁶ Der westliche Kapitalismus versuchte in China eine ideologische Beeinflussung auf allen ihm zugänglichen Ebenen.

Es ist müßig, bestimmen zu wollen, wann genau die Entwicklung zu einer kapitalistischen Gesellschaft in der VRCh unumkehrbar wurde. Es war spätestens zu dem Zeitpunkt der Fall, als die Lohnarbeit zum Normalzustand wurde. Die wirtschaftlichen Erfolge der neuen Wirtschaftspolitik im Vergleich zu den zeitweiligen wirtschaftlichen Misserfolgen der Mao-Ära waren so deutlich, dass an der seit 1978 eingeleiteten Politik kaum zu rütteln war, zumal es kein Gegenkonzept gab.

3.3 Besonderheiten der chinesischen Wirtschaftsordnung

Die Auseinandersetzung zwischen liberalem und gelenktem Kapitalismus

Der Kapitalismus hat in jedem Land neben seinen gemeinsamen grundlegenden Eigenschaften auch Besonderheiten, die aus der vorangegangenen Gesellschaft stammen. Man muss also für jeden Staat konkret untersuchen, aus welcher vorherigen Staatlichkeit und Klassenkonstellation er sich entwickelt hat, um seine heutige Form zu verstehen. In diesem Kapitel sollen einige Besonderheiten der staatlichen Regulierung der Wirtschaft in China dargestellt werden. Oft wird der westliche Kapitalismus als ‘liberal’ und der chinesische als ‘staatlich gelenkt’, ‘Staatskapitalismus’ oder ‘gelenkte Marktwirtschaft’ bezeichnet (siehe zum Beispiel¹³⁷). Die Wirtschaftspolitik des Staatskapitalismus wird auch als ‘Industriepolitik’ bezeichnet.¹³⁸ Beim staatlich gelenkten Kapitalismus hat der Staat stärkere Einflussmöglichkeiten auf die Gesamtwirtschaft als im liberalen Kapitalismus und nutzt sie auch, indem er Entwicklungsrichtungen vorgibt. Im Idealbild des von den neoliberalen Ökonomen propagierten sogenannten liberalen Kapitalismus überlässt der Staat in der Theorie die wirtschaftliche Entwicklung dem freien Spiel der Marktkräfte und gibt für die Unternehmen keine Ziele vor, er soll nur günstige Rahmenbedingungen für das Kapital bereitstellen. Im liberalen Kapitalismus geht die Entscheidungsrichtung vorwiegend von den Unternehmen zum Staat, während sie im Staatskapitalismus eher umgekehrt vom Staat zu den Unternehmen verläuft.

Beide Typen des kapitalistischen Staates kommen in der Realität nicht rein vor. Die Methoden zur Wirtschaftssteuerung sind in beiden Staatstypen weitgehend gleich: Kredite, Steuervergünstigungen, Subventionen, Förderprogramme, Bereitstellung von Infrastruktur, Exportförderung, Importbeschränkungen, kurz gesagt, das ganze Repertoire möglicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Und nicht zu vergessen: Gesetze und Regularien zur Ausgestaltung gesellschaftlicher und sozialer Beziehungen. Natürlich

¹³⁶Isabella Weber: Origins of China’s Contested Relation with Neoliberalism: Economics, the World Bank, and Milton Friedman at the Dawn of Reform.

¹³⁷ Ten Brink, Tobias; Nölke, Andreas: Staatskapitalismus 3.0., <https://d-nb.info/1253284660/34>.

¹³⁸ ApuZ 4-5/2024, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung, Beilage der Wochenzeitung Das Parlament: Industriepolitik, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/industriepolitik-2024/>.

spielen in beiden Systemen auch persönliche Beziehungen von Entscheidungsträgern eine wichtige Rolle. Während aber zum Beispiel Kredite, Subventionen und andere staatliche Maßnahmen im liberalen Kapitalismus meist nicht an die Erfüllung von Geschäftsvorgaben geknüpft sind, ist das im staatlich gelenkten Kapitalismus die Regel. Sie sind also stärker zielgerichtet anstatt hauptsächlich lobbygesteuert. Das verdeutlicht etwa ein Beispiel aus der Automobilindustrie: Während China seit längerem die Entwicklung von Elektromotoren fördert und auf einer verbindlichen Elektromotorenquote für die Automobilproduzenten im Inland besteht, stützt die deutsche Regierung nach wie vor im Interesse der Automobilindustrie den Verbrennungsmotor. Die oft ziellosen Subventionen des liberalen Kapitalismus werden gern euphemistisch als 'ergebnisoffen' bezeichnet, die Subventionen selbst als 'Anreize'.

Die beiden Typologien kapitalistischer Staatlichkeit resultieren mit aus einer unterschiedlichen historischen Entstehungsgeschichte. In Europa entstanden die kapitalistischen Unternehmen oft in einer feudalen Gesellschaft und mussten eine für sie passende Staatlichkeit erst allmählich formen oder den feudalen Staat durch eine bürgerliche Revolution beseitigen. Sie existierten also schon vor einer für sie passenden Staatlichkeit. Der angestrebte bürgerliche Staat sollte für sie günstige Bedingungen schaffen, sie aber ansonsten frei schalten und walten lassen. Dabei gibt es zwischen den Einzelkapitalen durchaus gegensätzliche Interessen, wie etwa die Auseinandersetzung zwischen fossiler und erneuerbarer Energieerzeugung zeigt. In China entstand der heutige Kapitalismus aus einer sozialistischen Gesellschaft mit einem Staat, der die Produktionsverhältnisse bestimmte. Der gleiche Staat setzte dann unter der Leitung der KPCh seit Beginn der Reformära die Entstehung kapitalistischer Verhältnisse durch. Er war also zum einen Geburtshelfer des Kapitalismus und steuerte dann erfolgreich seine Entwicklung zu einer wirtschaftlichen und politischen Großmacht. Es gibt für die Privatwirtschaft in China also derzeit keinen Grund, sich prinzipiell gegen eine gesamtwirtschaftliche Lenkung des Staates aufzulehnen.

Ein historisch früher Typ eines staatlich gelenkten Kapitalismus trat häufig im Fall einer nachholenden Industrialisierung auf, da sie sich gegen die bisherige Produktionsweise durchsetzen musste. Wichtige Mittel dabei waren und sind Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen, um die heimische Industrie zu schützen, bis sie konkurrenzfähig ist. Beispiele dafür sind im 19. Jahrhundert etwa das deutsche Kaiserreich und die USA in dem zunehmenden Wettbewerb mit England, der damaligen Werkbank der Welt. Am Beispiel Japans im 19. Jahrhundert wird auch ein Motiv für eine staatlich forcierte Industrialisierung deutlich, es ging um die Verteidigung der Integrität der Nation und ihrer herrschenden Klasse gegen eine mögliche militärische Bedrohung von außen. Ein weiteres Beispiel ist die Industrialisierung in vielen ostasiatischen Ländern nach dem 2. Weltkrieg, insbesondere in den sogenannten 'Tigerstaaten' Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. Sie wird oft als 'ostasiatisches Entwicklungsmodell' bezeichnet. In ihnen führten autoritäre Regierungen Bodenreformen durch, die für Lohnarbeiter in der wachsenden Industrie sorgte, und beseitigten sonstige Hemmnisse für die Entwicklung des Kapitalismus.

Zu Maßnahmen wie bei der nachholenden Industrialisierung führt heute auch der Versuch westlicher Staaten, die zuvor aus Profitgier in Billiglohnländer verlagerte Produktion wieder zu reindustrialisieren. Die USA sind Vorreiter bei dem Versuch, ihr Land wieder zu reindustrialisieren. Nicht nur führen sie wie im 19. Jahrhundert Zölle für die Exportnationen ein, sie greifen auch zu weiteren Maßnahmen, um Auslands- wie Inlandsfirmen zur Produktion in den USA zu zwingen. Keine Handelsnation wird von diesen Maßnahmen der USA ausgenommen. Die Maßnahmen laufen unter Präsident Trumps Motto ‘Make America great again’. Die Wirtschaftsmaßnahmen werden mit einer angeblichen Bedrohung der nationalen Sicherheit begründet, was sie auf eine politische Ebene hebt und zusätzliche politische Maßnahmen rechtfertigt. Die Einnahmen durch Zölle sollen neben der Verlängerung der Steuererleichterungen für die Reichen aus der ersten Amtszeit von Präsident Trump dazu beitragen, die hohe Staatsverschuldung zu finanzieren. Inzwischen betragen die Aufwendungen der USA für ihre Staatsschulden etwa so viel wie ihre Militärausgaben. Die Regierung Trump hat also durchaus sowohl wirtschaftliche wie militärische Gründe für ihr Vorgehen.¹³⁹ Zu einem militärischen: Ein Land, dass sich auf eventuelle militärische Auseinandersetzungen mit China vorbereitet, sollte von chinesischen Stahllieferungen und sonstigen militärisch relevanten Importen unabhängig sein, es geht Trump offenbar um eine weitgehende Autarkie der USA. Mit verschiedenen Maßnahmen versucht der amerikanische Staat unter Trump sich auch zunehmend die Notenbank und die inländische Wirtschaft unterzuordnen und beteiligt sich an strategisch wichtigen Unternehmen. Auch andere Bereiche der Gesellschaft werden systematisch auf Trumps politische Agenda ausgerichtet. Er scheint anzustreben, sich und seiner Regierung eine Machtfülle zu verschaffen, wie sie etwa der chinesische Staat und Xi Jinping bereits besitzen.

Es gab in der historischen Entwicklung des liberalen Kapitalismus immer wieder Situationen, in denen eine Staatslenkung in weiten Teilen der Wirtschaft angewandt wurde: Etwa in Krisen, bei Kriegsvorbereitungen und dem Wiederaufbau nach Kriegen. In den USA startete Präsident Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise von 1928/1929 das ‘New Deal’-Programm, das umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen vorsah. In den USA setzten sich die staatlich dirigistischen Maßnahmen bei den Kriegsvorbereitungen, insbesondere auch beim Atombombenbau (‘Manhattan-Projekt’) fort, nach dem Krieg dann etwa bei der Raumfahrt, dem Kernkraftwerksbau, der Computerindustrie, alles Projekte, die sich wegen der hohen Investitionskosten und unsicheren kurzfristigen Renditeaussichten im freien Spiel der Kräfte nur schwer entwickelt hätten. Ähnlichkeiten zum amerikanischen ‘New Deal’ wies das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten auf. Es beinhaltete ebenfalls weitreichende Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere aber auch die Aufrüstung zur Vorbereitung eines Eroberungskriegs. In den USA fand die Aufrüstung erst nach

¹³⁹ Heribert Dieter: Die unterschätzten Risiken in der US-Ökonomie Trumps Zollpolitik ist fragwürdig, aber Handlungsbedarf besteht, SWP-Aktuell 2025/A23. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2025A23/>. Siehe auch Stephan Bales: Droht ein fiskalischer Tipping Point? Zentrale Herausforderungen der USA für die nächsten Jahre, KfW, <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/Download-Center/Konzernthemen/Research/Fokus-Volkswirtschaft/>

Ausbruch des 2. Weltkriegs statt. Derartige Lenkungsmaßnahmen betrafen jeweils mehr oder weniger große Teile der Gesamtwirtschaft.

Im China der Reformperiode entwickelte sich eine eigene Art von gelenktem Kapitalismus. Sie beruht wesentlich auf der Kontinuität des Machtmonopols der KPCh und dem Staatsbesitz an Banken und strategisch wichtigen Unternehmen. Die Steuerung der Kreditvergabe über staatliche Banken, Investmentfonds und gezielte Subventionen sind dabei die wichtigsten Instrumente zur Lenkung der Entwicklungsrichtung der Gesamtwirtschaft und zur Durchsetzung der staatlichen Industriepolitik. Dadurch werden gewünschte Entwicklungen gefördert und nicht gewollte beschränkt. Zusätzlich verstärken Parteizellen in den Unternehmen den Einfluss von Staat und Partei.¹⁴⁰ Die heutige Form der chinesischen Planung wird meist ‘indikativ’ genannt (siehe Kapitel 3.1) im Unterschied zur sozialistischen Planwirtschaft, die als ‘imperativ’ bezeichnet wird. Sie unterscheidet sich unter anderem dadurch von der sozialistischen Planwirtschaft, dass sie keine Produktionsmengensteuerung vorsieht und damit kapitalistische Überproduktionskrisen nicht vermeiden kann. Die Mittel zur Wirtschaftslenkung, wie sie der VRCh zur Verfügung stehen, besitzen Staaten des liberalen Kapitalismus in der Regel heute nicht mehr, da sie die ehemaligen Staatsunternehmen und Banken privatisiert haben. Es gab in der chinesischen Regierung und bei ihren Beratern eine Zeit lang starke Kräfte gegen jede Form von staatlichen Wirtschaftseingriffen, die sich aber nicht durchsetzen konnten. Es wurde die aus der sozialistischen Ära übernommene Praxis der 5- und 10-Jahrespläne zur Steuerung der Gesamtwirtschaft beibehalten und es werden jährlich Statusberichte der Regierung erstellt, die zur Präzisierung der Pläne dienen. Verfolgt man die 5-Jahrespläne – sie wurden inzwischen in Programme umbenannt – im Einzelnen, so werden die jeweiligen konkreten Etappenziele und ihre Einordnung in strategische Zielsetzungen deutlich.¹⁴¹ Wurde die staatliche Steuerung der Wirtschaft im Verlauf der Reformära erst schwächer, so fand Mitte der 2000er Jahre ein Umdenken in Richtung einer stärkeren politischen Lenkung statt und nahm mit der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 an Fahrt auf.¹⁴² Der Fokus der Prioritätensetzung verschob sich von der Massenproduktion zur Herstellung von High-Tech-Produkten (Innovation Driven Development Strategy), wie es sich in Programmen wie ‘Made in China 2025’¹⁴³ ausdrückt. Ziel ist dabei auch, die Export- und Importabhängigkeit des Landes zu verringern. Im Kern gab es zu Beginn der Reformära drei Institutionen zur Wirtschaftsregulierung, die Planungskommission, die Wirtschaftskommission und die Strukturreformkommission. Nach mehreren Vorläufern ist heute die NDRC (National Development and Research Commission) die entscheidende Planungsbehörde. Sie wurde in Anlehnung an das Vorbild des japanischen MITI (Ministry of International Trade and Industry) gestaltet. Mit japanischen Behörden fand auch ein reger fachlicher und personeller Austausch statt.¹⁴⁴ Die NDRC erstellt die kurz-

¹⁴⁰ Ten Brink, Seite 295 f.

¹⁴¹ Siehe zum Beispiel das gründliche Buch von Barry Naughton: *The Rise of China's Industrial Policy 1978 to 2020*; Wikipedia: https://en.wikipedia.org/wiki/Five-year_plans_of_China

¹⁴² Sebastian Heilmann; Lea Shih: *The Rise of Industrial Policy in China, 1978-2012*, Seite 3..

¹⁴³ Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/Made_in_China_2025

¹⁴⁴ Heilmann; Shih, Seite 6.

und längerfristigen Entwicklungspläne für die Gesamtindustrie.¹⁴⁵ Es soll hier nicht um Details gehen, sondern darum darzulegen, dass es in der VRCh langjährig erfahrene Planungsbehörden mit Exekutivbefugnissen zur Durchführung einer Industriepolitik gibt. In der VRCh sitzt eine technokratische Elite mit an den Schalthebeln der Macht. Daher können staatliche Wirtschaftspläne im Unterschied zu ähnlichen Ideen im liberalen Kapitalismus in der VRCh weitgehend durchgesetzt werden. Natürlich gibt es aber auch in China Beeinflussung von großen Unternehmen und Fehlentscheidungen. Eine wesentliche Einschränkung der Wirtschaftslenkung durch die Zentralregierung besteht in der weitgehenden Autonomie der lokalen Regierungen, die ihre eigenen Ziele oft gegen die Pläne der Zentralregierung verfolgen. Man sollte sich also die gelenkte Wirtschaft nicht als ein generalsstabmäßiges Unternehmen vorstellen, ebenso wenig wie der liberale Staat nur Erfüllungsgehilfe der Kapitale ist.

Dass die chinesische Wirtschaftspolitik erfolgreicher als die Industriepolitik des liberalen Kapitalismus ist, lässt sich an vielen Beispielen darlegen, die fast alle Bereiche der industriellen Produktion, von Technik und Wissenschaft umfassen. Gerade erst zeigte sich, dass China etwa auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz durchaus mit den Entwicklungen in den USA mithalten kann. Nach bisherigen Erfahrungen ist zu erwarten, dass sie dort schnell eine produktive Anwendung finden. Der Unterschied zwischen einem liberalen und gelenkten Kapitalismus zeigt sich etwa auch an dem 500 Milliarden-Programm der Regierung Merz im Frühjahr 2025 für ein Sondervermögen Infrastruktur. Selbst Gemeinschaftsaufgaben wie die Instandhaltung der Infrastruktur, die genuine Staatsaufgabe ist, können im liberalen Kapitalismus oft nur außerhalb des regulären Staatshaushalts finanziert werden, während sie im gelenkten Kapitalismus in der Regel integraler Bestandteil des Staatshaushalts sind. In der Nachkriegs-Bundesrepublik wie in allen kriegszerstörten Ländern Europas fand der Wiederaufbau mit einer weitgehend gelenkten Wirtschaft statt. Erst mit dem Sieg des Neoliberalismus machte der Staat einem weitgehend unregulierten und ungezügelter Kapitalismus den Weg frei. Ob im westlichen Kapitalismus heute überhaupt noch eine Rückkehr zu einer gelenkten Gesamtwirtschaft möglich ist, scheint mir zweifelhaft.

Zum Abschluss soll noch ein Projekt der VRCh genannt werden, das für ein liberal kapitalistisches Land kaum realisierbar ist, die ‘Neue Seidenstraße’ auf dem Land und auf den Meeren, bei deren Verwirklichung die SOEs wesentlich beteiligt sind. Die Seidenstraße dient ebenso wie das BRICS-Bündnis¹⁴⁶ gleichzeitig der Erweiterung und Diversifizierung des chinesischen Außenhandels und der Vergrößerung von Chinas geopolitischem Einfluss gegenüber dem von den USA dominierten westlichen Hegemoniebündnis. Diese chinesischen Erfolge stellen das liberale Modell des westlichen Kapitalismus und seine Ideologie in Frage, denn nach seiner derzeit vorherrschenden Ideologie sollte ein solcher Erfolg in einer gelenkten Wirtschaft nicht möglich sein. Es sieht so aus, als würde der chinesische Typ von Kapitalismus derzeit besser funktionieren als der gegenwärtige neoliberale westliche Typ. Aber auch er wird nicht von Überproduktion, Fehlinvestitionen und Konkursen verschont bleiben, wie es sich vor allem im

¹⁴⁵ Margot Schüller: Chinas Industriepolitik: auf dem Weg zu einem neuen Erfolgsmodell? Seite 545.

¹⁴⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/BRICS>

Immobiliensektor, aber auch in der Stahlerzeugung, dem Bau von Windrädern, Solarpaneelen und Elektroautos abzeichnet. Überproduktionskrisen ließen sich bisher durch vermehrte Exporte und staatliche Stützungsmaßnahmen weitgehend vermeiden. Es ist zu erwarten, dass der chinesische Kapitalismus ähnliche Krisenerscheinungen wie der westliche zeigen wird, natürlich mit chinesischen Besonderheiten.

Insgesamt hat es in der chinesischen Reformperiode eine Entwicklungsgeschwindigkeit der Produktivkräfte gegeben, die die der Länder des liberalen Kapitalismus deutlich übersteigt. Denn Chinas Wirtschaftsmodell war nicht nur in der Lage, einen großen Rückstand gegenüber den westlichen kapitalistischen Ländern aufzuholen, sondern schickt sich an, sie in immer mehr Bereichen zu überholen. Was in Zukunft noch zu erwarten ist, zeigt sich unter anderem an der Entwicklung der Anzahl chinesischer Patentanmeldungen und der Zunahme von Hochschulabsolventen und Spitzenforschern. Da Japan und die ostasiatischen Tigerstaaten, aber auch die USA nach der Weltwirtschaftskrise 1929 und die Bundesrepublik nach dem 2. Weltkrieg ebenfalls eine ähnliche Erfolgsbilanz vorweisen konnten, zeigt das die mögliche Überlegenheit einer gelenkten Wirtschaft gegenüber einem laissez-faire-Kapitalismus, aber nicht die der kapitalistischen Wirtschaftsweise als solche. Die Tatsache, dass sich der gelenkte Kapitalismus gerade in den ostasiatischen Ländern so lange hält, weist auf eine geschichtliche Tradition hin. Dieser Erfolg zeigt auch, zu welchen Leistungen der Kapitalismus immer noch fähig sein kann und dass nicht zu erwarten ist, dass er aus sich heraus an seinen ökonomischen Widersprüchen zugrunde gehen wird. Für Marxisten stellt sich die Frage, warum es in den bisherigen sozialistischen Gesellschaften kaum Beispiele für eine größere Produktivitätsentwicklung als im Kapitalismus gab. Es ist zu erklären, warum diese wenigen Perioden endeten.

3.4 Abschließende Anmerkungen

In dem Artikel wurde die konkrete Entwicklung der chinesischen Gesellschaft zu einer kapitalistischen Gesellschaft beschrieben. Es haben sich keine entscheidenden Hinweise dafür gefunden, dass die Entwicklung der VRCh zum Kapitalismus wesentlich durch ausländische Einwirkungen gesteuert wurde. Die Ursachen sind somit in Fehlern bei dem sozialistischen Aufbau zu suchen. Dies erfordert eine Analyse der Entwicklungen in der Mao-Ära, was nicht Gegenstand dieses Artikels war.

Die heutige chinesische Wirtschaftsform eines gelenkten Kapitalismus ist eine Alternative zu der sonst weit verbreiteten Form des liberalen Kapitalismus. Die unübersehbaren Erfolge der chinesischen Wirtschaft sind nicht Ergebnis eines Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern zwischen unterschiedlichen Ausprägungen des Kapitalismus.

Literatur

Viele Referenzen sind mit ihren Internetadressen in den Fußnoten aufgeführt. Sie werden deshalb in der Literaturliste nicht durchgängig nochmals aufgeführt.

ApuZ 4-5/2024, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung, Beilage der Wochenzeitung Das Parlament: Industriepolitik, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/industriepolitik-2024/>.

Bales, Stephan: Droht ein fiskalischer Tipping Point? Zentrale Herausforderungen der USA für die nächsten Jahre, KfW Research, Nr. 504, 26. Juni 2025 <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/Download-Center/Konzernthemen/Research/Fokus-Volkswirtschaft/>

Bückmann, Walter; Lee, Yeong Heui: Probleme mit den Wasser- und Bodenressourcen in China. Internationales Asienforum, <https://hasp.ub.uni-heidelberg.de/journals/iaf/article/download/42/41/97>

China's 40 years of reform and development 1978-2018, Edited by Ross Garnaut, Ligang Song and Cai Fang, Australian National University 2018, <https://press.anu.edu.au/catalog?search=China%E2%80%99s+40+years+of+reform+and+development+1978-2018>.

Coase, Ronald; Wang, Ning: Chinas Kapitalismus Weg ohne Plan und Zukunft?, Schaeffer-Poeschel Verlag Stuttgart, 2013.

Der VIII. Parteitag der kommunistischen Partei Chinas Dokumente Band I, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1956.

Heribert Dieter: Die unterschätzten Risiken in der US-Ökonomie Trumps Zollpolitik ist fragwürdig, aber Handlungsbedarf besteht, Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP-Aktuell 2025/A23, 15.05.2025. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2025A23/>.

Grassi, Sergio: Chinas Agrarreform – in Zeiten der globalen Finanzkrise, Friedrich Ebert Stiftung, https://www.fes.de/referat-asien-und-pazifik/china?tx_digbib_digbibpublicationlist%5BpageIndex%5D=42&cHash=70abb2bc2c56b3df58da15ff245027f3.

Heberer, Thomas; Müller, Armin: Entwicklungsstaat China Politik, Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ideologie, <https://library.fes.de/pdf-files/iez/16040.pdf>, 2020.

Heberer, Thomas; Senz, Anja D.: Regionalexpertise – Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in China bis 2020/2050. https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2007/pdf/wbgu_jg2007_ex06.pdf.

Heberer, Thomas; Rudolph, Jörg-M.: China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, https://hlz.hessen.de/fileadmin/user_upload/PDF/Publikationsreihen/Forum_hlz/Forum_01_China.pdf.

Heilmann, Sebastian: Die Politik der Wirtschaftsreformen in China und Russland, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 2000.

Heilmann, Sebastian; Shih, Lea: The Rise of Industrial Policy in China, [https://www.harvard-yenching.org/wp-content/uploads/legacy_files/featurefiles/Sebastian%](https://www.harvard-yenching.org/wp-content/uploads/legacy_files/featurefiles/Sebastian%20Heilmann%20and%20Lea%20Shih%20The%20Rise%20of%20Industrial%20Policy%20in%20China.pdf)

Huotari, Mikko: China in der Weltwirtschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de › shop › zeitschriften › izpb › china-337 › 275583 › china-in-der-weltwirtschaft>.

Joffe, Gideon: Entstehung und Entwicklung des Unternehmertums in der VR China und sein Einfluß auf Transformation und Demokratisierung, Josef Eul Verlag GmbH, Lohmar-Köln 2003.

Kraus, Willy: Private Unternehmerwirtschaft in der Volksrepublik China. Wiederbelebung zwischen Ideologie und Pragmatismus, Institut für Asienkunde, Hamburg 1989.

Kühner, Hans: Armut in China Anspruch und Wirklichkeit der chinesischen Agrarpolitik seit den 1950-er Jahren, <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2022>.

Liu, Yansui; Li, Jintao; Yang, Yanyan: Strategic adjustment of land use policy under the economic transformation, Seiten 7,9, <https://geo.bnu.edu.cn › docs › 2018-04 › 20180415204747138548.pdf>.

Liu, Shoying: The structure of and changes to China's land system, In: China's 40 years of reform and development 1978 – 2018

Marx Engels Werke Band 20, Dietz Verlag Berlin, 1975.

Lenin Werke Band 31, Dietz Verlag Berlin, 1966.

Naughton, Barry: The Chinese Economy Second Edition Adaption and Growth, The MIT Press, Cambridge, Massachusetts, London, England, 2018.

Naughton, Barry: The Rise of China's Industrial Policy 1978 to 2020 , <https://uci-gcc.org/publication/the-rise-of-chinas-industrial-policy-1978-to-2020/>.

Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas Angenommen auf der 6. Plenartagung des ZK der KP Chinas am 27.Juni 1981, <http://www.trend.infopartisan.net/trd0716/t100717.html> ,

Auf Englisch: On Question of Party History Resolution on Certain Questions in the History Of Our Party Since the Founding of the People's Republic Of China, Beijing Review, No. 27, <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/resolution-certain-questions-history-our-party-founding-peoples-republic-china>.

Reiser, Fortunat: Harmonische Gesellschaft in der VR China Soziale Herausforderungen, Sozialversicherung und ideologische Fragen, Zürich, 2008. https://socio.ch/inter-nat/t_reiser.pdf

Schucher, Günter: Chinas Arbeitsmärkte: Umbrüche, Risiken, Perspektiven, In Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2014.

Schlinger, Karl; Schucher, Günter: Impossible! Gewerkschaften und Arbeitsfrieden in China, Institut für Asien-Studien, GIGA Hamburg, https://epub.sub.uni-hamburg.de › epub › volltexte › 2015 › 44522 › pdf › gf_asien_1408.pdf.

Schüller, Margot: Chinas Industriepolitik: auf dem Weg zu einem neuen Erfolgsmodell?, <https://www.boeckler.de › data › wsimit 2015 07 schueller.pdf>.

Song, Ligang: State owned enterprise reform in China: Past, present and prospect, In: China's 40 years of reform and development 1978 – 2018.

Statista: Arbeiter in China pochen auf ihre Rechte , <https://de.statista.com/infografik/10452/arbeitskonflikte-in-china/> .

Staiger, Brunhild; Friedrich, Stefan, Schütte; Hans-Wilm: Das große Chinalexikon, Geschichte Geographie Gesellschaft Politik Wirtschaft Bildung Wissenschaft Kultur, Institut für Asienkunde Hamburg, Sonderausgabe 2008, Nachdruck der 1. Auflage 2003.

Sun, Yan: The Chinese Reassessment of Socialism, 1976 - 1992, Princeton University Press, Princeton, New Jersey, 1995.

Ten Brink, Tobias: Chinas Kapitalismus Entstehung, Verlauf, Paradoxien, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2013.

Ten Brink, Tobias; Nölke, Andreas: Staatskapitalismus 3.0., <https://d-nb.info/1253284660/34>.

UNDP (United Nations Development Programme): China in Numbers (2023), Seite 9, <https://www.undp.org/china/publications/china-numbers-2023> .

Wang, Xiaolu: China's macroeconomics, In: China's 40 Years of Reform and Development 1978 – 2018

Weber, Isabella M.: Das Gespenst der Inflation Wie China der Schocktherapie entkam, Suhrkamp Verlag AG., Berlin, 2023.

Weber, Isabella M.: Origins of China's Contested Relation with Neoliberalism: Economics, the World Bank, and Milton Friedman at the Dawn of Reform, [https://www.researchgate.net > profile > Isabella-Weber > publication > 340853171_Origins_of_China's](https://www.researchgate.net/profile/Isabella-Weber/publication/340853171_Origins_of_China's)

Karl-Heinz Goll, Oktober 2025

Heiner Karuscheit (H.K.): Der deutsche Rassenstaat [1] und das „Imperialismusproblem III“ [2] – ein paar Anmerkungen

Vorbemerkung

Zum vorliegenden Text habe ich zunächst bis zum Erscheinen der AZD 98 [2] abgewartet, weil für dieses Heft eine neuerliche „Kritik der Leninschen Imperialismustheorie“ angekündigt war. Der Zusammenhang zwischen dem Buch [1] und dieser Kritik musste aufgegriffen werden. Ansonsten sind nachfolgend etliche Eigenzitate z.T. ohne besondere Quellenangabe aus meinen früheren Beiträgen enthalten.

Vorab zum Buch [1]: Teilweise ist es lesenswert und „lehrreich“, wenn auch stark durchsetzt mit fragwürdigen Thesen und falschen Schlussfolgerungen.

„Positives“ und Kritik:

H.K. beginnt folgerichtig mit der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848/49: Sie *„endete mit einer Niederlage, weil ein maßgeblicher Teil des Bürgertums, voran die emporstrebende industrielle Bourgeoisie, es angesichts der sozialen Forderungen der Massen vorzog, an die Seite Preußens zu treten um die Volksbewegung niederschlagen zu lassen“* – so H.K. Und weiter:

„... der 1862 ... ernannte Bismarck ... setzte den preußischen Militärstaat an die Spitze der Nationalbewegung und ließ die junkerliche Armee in den Einigungskriegen von 1864 bis 1870 einen kleindeutschen Nationalstaat unter Ausschluss Österreichs erkämpfen.“

Diesen Staat charakterisierte Karl Marx 1875 folgendermaßen: *„... als nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“.*

Wohlgemerkt: 1875

Wie es weiterging, habe ich in [3 – AZD 93] folgendermaßen angedeutet: *„Heiner Karuscheit macht m.E. einen grundsätzlichen Fehler, wenn er die preußische Staats- und Gesellschaftsordnung um 1900 als ‚vorbürgerlich‘, ‚nicht von der Bourgeoisie beherrscht‘ definiert (u.a. AZD 88). Er macht keinen Unterschied zwischen Form und Inhalt, zwischen Staat und Gesellschaftsordnung, die er mit einem Bindestrich vermengt. Überspitzt könnte man so die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung als vorbürgerliche Monarchie betrachten.“* Und:

„Etwas schräg bzw. submarin könnte man das Bürgertum des späten Kaiserreiches mit einem Einsiedlerkrebs vergleichen, der mangels (demokratischer) Kruste mit seinem weichen Hinterleib in einem (preußischen Militär- und Obrigkeits-) Schneckenpanzer steckt, ohne dass man ihn deswegen mit der Schnecke verwechseln sollte.“

Das deutsche Reich war bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine Monarchie mit schwindenden halbfeudalen Relikten, aber zunehmend bestimmt von den ökonomischen Interessen der Bourgeoisie. Bismarck suchte durch Sozialreformen (Kranken- und Unfallversicherung, Renten- und Invalidenversicherung) sowie mit den Sozialistengesetzen zwischen 1878 bis 1890 „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ den wachsenden Einfluss der sozialistischen Arbeiterbewegung zurückzudrängen. Trotz alledem erreichte die SPD später 1912 bei den Reichstagswahlen 35% der Stimmen.

Der Optimismus der SPD, den Staat friedlich-parlamentarisch übernehmen zu können, war so groß, dass selbst Friedrich Engels 1891 zu höchst fatalen Aussagen kam (MEW 22, S. 250 bis 251):

„Die sozialdemokratische Partei, die einen Bismarck gestürzt, die nach elfjährigem Kampf das Sozialistengesetz gebrochen, die Partei, die wie die ansteigende Flut alle Dämme überbraust, die sich über Stadt und Land ergießt, bis in die reaktionärsten Ackerbaudistrikte – diese Partei steht heute auf dem Punkt, wo sie mit fast mathematisch genauer Berechnung die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt.“

Und Engels weiter: *„Die Hauptstärke der deutschen Sozialdemokratie liegt aber keineswegs in der Zahl ihrer Wähler. Bei uns wird man Wähler erst mit 25 Jahren, aber schon mit 20 Soldat. Und gerade die junge Generation es ist, die unsrer Partei ihre zahlreichsten Rekruten liefert, so folgt daraus, dass die deutsche Armee mehr und mehr vom Sozialismus angesteckt wird. Heute haben wir einen Soldaten auf fünf, in wenigen Jahren werden wir einen auf drei haben, und gegen 1900 wird die Armee, früher das preußischste Element des Landes, in ihrer Majorität sozialistisch sein. Das rückt heran, unaufhaltsam wie ein Schicksalsschluss.“*

Doch das genaue Gegenteil dieser Engelsschen Visionen – eine sozialdemokratisch geführte Konterrevolution – trat ein.

Die SPD „hineingewachsen“ (H.K.) in den preußischen Staat

Die Massen sozialdemokratischer Funktionäre in den Gewerkschaften, den Sozialversicherungen, staatlichen Behörden (z.B. den „12-Endern“, in der Regel Unteroffiziers-Dienstgrade der laut Engels „sozialistisch angesteckten“ Reichswehr, die nach 12 Dienstjahren anschließend als Beamte zum Beispiel bei Finanzämtern, Zoll, Justiz, Post, Bahn, übernommen wurden) identifizierten sich weitestgehend mit dem preußischen Staat, von dem sie glaubten, dass die SPD ihn in Bälde „übernehmen“ würde. Dessen revolutionäres „Zerbrechen“ im Sinne von Marx war für sie undenkbar.

Für Marx war klar, dass das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine „nicht einfach in Besitz nehmen“ kann, sondern dass es diese im Bürgerkrieg „zerschlagen“, „zerbrechen“ muss. Das Gegenteil wurde für die SPD zur Richtschnur ihrer staatsstreuen Politik, was später - angefangen mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten, der „Burgfriedenspolitik“, der „Vaterlandsverteidigung“ – zum Ausdruck kam, womit sie 1914 die Proletarier in das Völkergemetzel mobilisierte.

1918/19: eine sozialdemokratisch geführte Konterrevolution

Die konterrevolutionäre Rolle der sozialdemokratischen Führung in der Novemberrevolution hat H.K. treffend herausgearbeitet. Nun mehr an Kritik:

H.K.'s undialektisches Entgegensetzen von Klassenkampf und Ökonomie

Dieses (im marxistischen Sinn) metaphysische, schematische Verständnis von Klassenkampf äußert sich bei H.K. in verschiedenen Thesen. Es ist überwiegend beschränkt auf Parteienkonstellationen in den Parlamenten, den Regierungen, dem politischen Überbau, während der dialektische Zusammenhang mit der ökonomischen Basis als „Ökonomismus“ abgetan wird. Als ob dieser unlösbare Zusammenhang nicht schon aus dem Titel des Hauptwerkes von Marx/Engels hervorginge: „Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie“.

Laut Wikipedia wird das Bürgertum „charakterisiert durch den Erwerb bzw. die Wahrung von Besitz, und zwar Besitz von Rechten, oder Besitz von materiellen Gütern oder Besitz von Bildung“. Man muss präzisieren: Besitz von Produktionsmitteln und muss hinzufügen, dass das bürgerliche Klassenbewusstsein ganz allgemein die Überzeugung einer grundsätzlichen Überlegenheit, ein elitäres Sendungsbewusstsein gegenüber den „unteren“ Schichten impliziert.

Besitzbürgertum im Kapitalismus, marxistisch die Bourgeoisie, ist die Klasse, die die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel ausübt. Sie bestimmt im Kapitalismus letztlich, bzw. lässt zu – auf die eine oder andere Weise – ob parlamentarisch oder per „Ermächtigung“ – wer die staatliche Geschäftsführung, sprich Regierungsgewalt ausübt.

Das Junkertum

Wohin der „historische Untergang“ des Junkertums führte, darüber gibt das Buch [1] wenig Auskunft. Lediglich die „... *Weltmarktkonkurrenz des preiswerteren Getreides der amerikanischen Farmer ...*“ wird genannt, die die nach H.K. immer selbst-gleichen Junker zwang, „*sich umso mehr an die Staatsmacht zu klammern*“.

Bei H.K. beherrscht das Junkertum als Klasse Deutschland mit dem preußischen Hegemonialstaat, speziell in Gestalt des Militäradels „zusammen mit den von der Schwerindustrie bestimmten Nationalliberalen“. Die Junker kommandierten nach H.K. quasi unwandelbar bis ins 3. Reich hinein die Armee „als wichtigsten innenpolitischen Machtfaktor“ – was allerdings bei näherer Betrachtung bezüglich der Nazizeit so einfach nicht stimmt.

Im Gegensatz zu H.K.'s Meinung („Pakt mit dem Militäradel“) [1- S.85] beherrschte der Militäradel alias Junkertum nur noch bedingt Hitlers Wehrmacht. Vielmehr kamen zahlreiche Generäle aus bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Verhältnissen. Was besonders zählte, waren die Sporen, die im 1. Weltkrieg verdient wurden. Es seien unter den Generälen nur die Namen von Ludwig Beck, Alfred Jodl, Friedrich Fritz Fromm, Fritz Halder, Kurt Zeitzler, Wilhelm Burgdorf, Erwin Rommel, Friedrich Paulus genannt, eine Liste, die sich bis in nachrangige Posten beliebig verlängern ließe.

H.K.'s zentrale These zum 1. Weltkrieg ist mehr als fragwürdig, wonach der Krieg „wesentlich ein Machtsicherungskrieg des untergehenden Junkertums“ gewesen sei,

bzw., dass der junkerliche Militäradel keine andere Möglichkeit mehr (sah), als „die Flucht in einen Krieg, um seine Vormachtstellung zu behaupten“. Dieser Nebenaspekt, der aber die Kriegsziele, besonders Annektionen, ignoriert, dient H.K. vor allem dem Zweck, ökonomisch-imperialistische Kriegsgründe als „Ökonomismus“ abzutun.

Im geradezu Ehrfurcht erregenden 5-seitigen Literaturverzeichnis zum Buch [1] fehlt das sehr wichtige Werk von Roger Pickering [4]. (Auch fehlt z.B. ein ebenfalls wichtiges Buch des Autors Ulrich Enderwitz: „Antisemitismus und Volksstaat“ [7]).

Pickering [4] schreibt: *„Der Reichstag war tief gespalten: Die Konservativen und die Rechtsliberalen, die Rechtsparteien, die den adligen Landbesitz und das Großbürgertum repräsentierten, forderten einen kompromisslosen Siegfrieden mit üppigen Gebietsgewinnen ... Die meisten politischen und sozialen Eliten Vorkriegsdeutschlands waren in diesem Lager zu finden. Sie erwarteten, dass ein militärischer Triumph ihre eigene Führungsposition rechtfertigen und Forderungen nach politischen und sozialen Reformen entkräften würde.“*

Gebietsgewinne, sprich Annexionen, nach denen die genannten Eliten gierten, betrafen besonders besetzte Gebiete im Westen (Belgien, Elsaß-Lothringen) und im Osten (russische Gebiete, Polen, im Baltikum bis nach Rumänien). Das war Imperialismus in Reinkultur und bedeutete keineswegs nur einen „Machtsicherungskrieg“ des „untergehenden Junkertums“. Der „historische Untergang“ bestand darin, dass die Junker sich zu einer Fraktion der Bourgeoisie entwickeln mussten. Von dieser Tatsache will H.K. offenbar nichts wissen.

Das Bürgertum als herrschende Klasse der Nazi-Diktatur

Laut H.K. war die NSDAP „keine bürgerliche, sie war eine kleinbürgerliche Partei.“ Das mag für die Entstehungszeit der NSDAP gelten. Dagegen hat u.a. der Autor Bernt Engelmann mehrere Bücher veröffentlicht, darunter 1978 den fast 600 Seiten langen Bericht: „Krupp - die Geschichte eines Hauses; Legenden und Wirklichkeit“ [5].

2022 erschien das Buch: „Braunes Erbe – die dunkle Geschichte der reichsten deutschen Unternehmerdynastien“ [11] des Autors David de Jong. Es ist ein akribisch recherchiertes Werk über die Familien Quandt, Flick, von Fink, Porsche-Piech und Oetker, deren Vertreter zumeist als Partei- und oft SS-Mitglieder engste Beziehungen zur NSDAP-Führung unterhielten. Sie bereicherten sich besonders durch umfangreiche „Arisierungen“ jüdischer Firmen und Besitztümer sowie durch die massenhaft-brutale Ausbeutung von Fremdarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen.

Führende Industrielle der Großbourgeoisie unterstützten Hitler schon vor der Machtergreifung und mitfinanzierten die NSDAP. So ist der von Fritz Thyssen arrangierte Empfang vom 26. Januar 1932 im Industrieclub Düsseldorf berüchtigt, auf dem Hitler erschien, redete und den großen Bossen von Rhein und Ruhr vorgestellt wurde. Auf S. 80 des Buches [1] beschreibt auch H.K. die *„ungeteilte und z.T. begeisterte Zustimmung der 650 Zuhörer, unter denen sich so gut wie alle Wirtschaftsführer aus dem Montanbereich befanden.“*

„Rassenstaat“ und „Imperialismusproblem III“ – eine Kritik

Das mittlere bis kleinere Bürgertum reihte sich begeistert in die „Reichsarbeitsfront“ ein, als das schuldenfinanzierte Kriegsrüstungsprogramm der Nazis zu einem ungeahnten Aufschwung führte. Kleinere Bauunternehmer z.B., die mit vielleicht 15 Arbeitern gerade noch mit Mühe und Not die Weltwirtschaftskrise überstanden hatten, machten nun Profite teils mit über 300 Leuten, z.T. Reichsarbeitsdienstler, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, nur beispielsweise beim Bau des West- oder Atlantikwalls.

Eine „neue Bourgeoisie“

Aus den Reihen der Nazi-Organisationen, z.B. aus dem „Stahlhelm“, der SA und SS kamen „Aufsteiger“, die sich einen bürgerlichen Lebensstil leisten konnten, mit großzügigen Wohnungen oder Villen, mit Dienstgesinde, Autos und weiteren Statussymbolen. Es waren Kader der Wehrmacht, „Wehrwirtschaftsführer“, Nazi-Parteibonzen usw., die die Bourgeoisie des Naziregimes komplettierten. Der zügellose großbürgerliche Prunk von Hermann Göring sei nur als Beispiel genannt.

Nach 1945 – H.K.'s groteske These

Zitat von H.K. aus der „Schlussbetrachtung“ zu [1]: *„Mit Adenauer an der Spitze erreichte die Bourgeoisie damit (mit Hilfe der USA), wozu sie selbst nicht imstande gewesen war: sie konnte in der 1949 gegründeten Westrepublik zum ersten Mal in ihrer Geschichte (!!) die Herrschaft übernehmen.“*

Eine solch geradezu groteske These kann man bestenfalls mit höchster Heiterkeit verkraften. Karuscheit verwechselt wieder die Macht der Kapitalbesitzer mit der vom Bürgertum (s.o.) unter dem Wohlwollen der Westalliierten eingesetzten staatlichen Geschäftsführung. HK traut dem Bürgertum „nur prinzipiell, nicht in jedem Einzelfall“ eine parlamentarisch-demokratische Herrschaft zu. Den deutschen Faschismus schiebt er aufs Kleinbürgertum oder den preußischen Militärdespotismus auf die Junker.

Kontinuität der Klassen- und Machtstrukturen in Westdeutschland und Gesamtdeutschland nach der Wiedervereinigung

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus ging es den Siegermächten zunächst vor allem darum, ein Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus nachhaltig zu verhüten, allerdings wesentlich bestimmt vom beginnenden kalten Krieg und der Rollback-Politik des Westens gegenüber der Sowjetunion. Die Westmächte etablierten 1949 die westdeutsche BRD nach der Währungsreform von 1948. Im Oktober 1949 folgte die Gründung der DDR unter sowjetischer Oberherrschaft.

Die Einbindung und Einhegung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt sowie in die jeweiligen Wirtschaftsblöcke war das Leitmotiv der folgenden Entwicklungen. Dazu gehörte die Integration Westdeutschlands in das Projekt Europa unter US-amerikanischer (und alliierter) Protektion, beginnend mit der Montanunion.

Der Wiederaufstieg eines eigenständigen und unkontrollierbaren Deutschen Imperialismus zu verhindern ist, wie man heute sieht, nicht in jeder Hinsicht gelungen. Die Karriere des wiedervereinigten Deutschlands ist eher vergleichbar mit einem Kuckucksei, aus dem sich ein ökonomischer Riese mit militaristischem Programm auf dem Weg in

die „Kriegstüchtigkeit“ heraus gepellt hat, allerdings in anhaltender US-Abhängigkeit. Die Unterwürfigkeit gegenüber den USA zählt zur DNA Nachkriegsdeutschlands (s. auch unten).

Scheinbar paradoxerweise wurden die Eliten, die oben beschriebene „bunte Mischung“ des Bürgertums aus dem 3. Reich – abgesehen von einer geringfügigen Dezinierung durch eine höchst laxen „Entnazifizierung“ von den Westmächten weitestgehend in das westdeutsche Establishment übernommen. Das bedeutete die Kontinuität der alten Klassen- und Machtstrukturen. So wurde der Antikommunismus der Nazi-Führungsschichten wie des Personals des alten Staatsapparates in den kalten Krieg eingebracht – geradezu ein WinWin-Deal für die Westmächte und die alte (west)deutsche Bourgeoisie. In der Wirtschaft, den politischen Parteien, in Verwaltung, Justiz etc. tummelten sich massenhaft demokratisch gewendete Kader des NS-Staates. Polizei und Geheimdienste blieben durchsetzt mit Ex-Nazis. Beispielsweise der BND ging aus der Organisation Gehlen hervor, mit der ehemalige Agenten der „Abteilung fremde Heere Ost“ des Oberkommandos der Hitler-Wehrmacht quasi kollektiv übernommen wurden.

Der niedergeschlagene imperialistische Wolf musste sich allerdings diverse Schafspelze überstreifen, um wieder auf die Beine zu kommen und in der westlichen Welt salonfähig zu werden, als da wären: pro-westlich (NATO-Mitgliedschaft), US-Hörigkeit, kosmopolitisch statt national-chauvinistisch, pro-zionistisch statt antisemitisch, parlamentarisch statt diktatorisch, marktwirtschaftlich statt kriegs-kommandowirtschaftlich ... Das prägt bis heute die deutsche Staatsräson, sozusagen die DNA der Bundesrepublik, obwohl auch hier („Zeitenwende“ und Trump) inzwischen etwas ins Rutschen gekommen ist.

„Erschreckendes Fazit“: dieselben sozialen Gruppen in Spitzenpositionen seit 100 Jahren

Die Kontinuität der (bürgerlichen) Eliten Deutschlands belegt auch neben [11] die soziologische Forschung: Die Untersuchung von Prof. Michael Hartmann, Soziologe und Elitenforscher zeigt: der Anteil sozialer Aufsteiger hat sich seit über 100 Jahren, nämlich seit 1907, kaum verändert. [Ulrike Hagen, Frankfurter Rundschau vom 30.06.2025].

„Das Imperialismusproblem“ [2]; die AZD-Kritik an Lenin

Kein deutscher Imperialismus? Seit Jahrzehnten (spätestens seit den 90-iger Jahren) ist die „Verabschiedung der Leninschen Imperialismustheorie“ ein Leitmotiv der AZD. Neben berechtigter Kritik an der Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ hat sich H.K. so weit verirrt, dass er sich *„dagegen ausspricht ... angesichts des kürzlich beschlossenen 100-Milliarden Aufrüstungsprogramms der Berliner Regierung ... daraus gleich auf die Wiederauferstehung von Militarismus, Imperialismus und Kriegsvorbereitung zu schließen [10].*

Ich habe dazu folgendes bemerkt [6, AZD vom Oktober 22]: *„Schon der Terminus „Wiederauferstehung“ (von den Toten) kann ich nur so verstehen, dass es vor dem 100-Mrd. Schulden-„vermögen“ nach H.K. 's Ansicht weder einen bundesdeutschen Militarismus noch Imperialismus noch Kriegsvorbereitungen gegeben hat. Und auch nach dem 100-Mrd.-Beschluss spricht er sich dagegen aus, auf eine Wiederauferstehung (von der*

vorhergehenden Nichtexistenz) „zu schließen“. Ohne hier langatmig auf eine solch verwunderliche Sichtweise zu entgegnen, sei hier zunächst auf die umfangreichen Dokumentationen der „Informationsstelle Militarisierung (<http://www.imi-online.de/>) verwiesen.

Einen schwachen Erklärungsansatz für H.K.'s Lesart könnte man in dem Sachverhalt vermuten, dass die Geschäftsführung des deutschen Imperialismus in Gestalt der transatlantischen Superkoalition – CDU/CSU, SPD+Grüne+FDP – die deutsche „Sicherheit“ tief im neokonservativen Enddarm des US-Imperialismus sucht. Diese Rolle als Vasall der USA – geradezu masochistisch forciert durch die Ampel-Regierung – wird nun dem Modell Deutschland zum Verhängnis aufgrund der neokonservativen US-Strategie zur Ukraine und dem Sanktionsregime gegen Russland.“

Die US-Strategie unter Biden zielte darauf ab, dass einerseits die Ukraine im Stellvertreterkrieg so lange weiterkämpfen sollte, bis Russland als Machtkonkurrent am Ende ist und die USA die Hände frei bekommen gegen China. Andererseits erreichten die USA bewusst und mit anhaltendem Erfolg, dass die Konkurrenten in Europa und speziell Deutschland durch die Rückwirkungen der Sanktionen empfindlich getroffen, von Russland abgeschnitten und in noch größere Abhängigkeit von den USA gebracht wurden.

Mit Trumps Zollpolitik und dessen angestrebten „Deal“ mit Russland kommen die EU und besonders Deutschland vom Regen in die Traufe. Logischerweise (keine Wiederauferstehung) dürfte es nach H.K. keinen deutschen Imperialismus (mehr) geben. Andererseits ist in den AZD immer wieder von Imperialismus die Rede (zumindest etwas verschämt von „imperialen Mächten“).

Zur „Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands“ habe ich einen Artikel geschrieben [8] mit dem Fazit:

„Denn wo Deutschland als Unterauftragnehmer der USA scheinbar paradoxerweise einem Wirtschaftskrieg, einem „friendly fire“ seitens diesem „engsten Verbündeten“ ausgesetzt ist, bedingen die sonstigen Verstrickungen in die zahlreichen Widersprüche und Konkurrenzverhältnisse eine wahre Strategie-Unfähigkeit, geradezu einem Masochismus eines ratlos hin-und her getriebenen, angeknacksten Wirtschaftsriesen und Strategie-Zwerges. Würden die Herrschenden nach imperialistischer Logik Ernst machen und würde Deutschland entgegen der hohlen Großmachtphantasien im „globalen machtpolitischen Konkurrenzkampf“ als „Gestaltungsmacht“ ernst genommen und einen wirklichen Platz an der Sonne als großer „Führungs-Player“ in NATO und EU einnehmen können, würde das nur durch noch heftigere, vielseitige Gegenreaktionen und verschärfte Widerstände gefährlich durchkreuzt werden. Das alles heißt mit Sicherheit alles andere als Sicherheit.“

Imperialismus heute: In [6] wurde von mir ein „holzschnittartiger Versuch einer Definition von „Imperialismus heute - über Lenin hinaus“ – veröffentlicht. Dazu gab es von H.K. (auch von Alfred Schröder), den Autoren von „Das Imperialismusproblem III“ [2 – AZD 98] bislang keine Stellungnahme. Man findet in den Artikeln dieser Autoren auch so gut wie nichts zur Definition bzw. den allgemeinen politökonomischen Merkmalen des heutigen Imperialismus.

Das „Imperialismusproblem III [2] – falsche und berechtigte Kritik

Diesen Text kann man als Resümee aller bisherigen AZD-Artikel zur Leninschen Imperialismus-Theorie betrachten.

Metaphysik statt Dialektik

„Doch Lenin vermochte es nicht, die Konstellation des Krieges klassenpolitisch zu erklären, weshalb er daran ging, die Erklärung in der Ökonomie zu suchen ... nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus ... Noch deutlicher konnte man die Orientierung an der Ökonomie nicht formulieren, was bedeutete, dass er dem ökonomischen Marxismusverständnis der II. Internationale verhaftet blieb“ [2, S.19].

Unabhängig von Lenins Imperialismusschrift zeigen diese Formulierungen ein undialektisches, metaphysisches Auseinanderdividieren und Entgegensetzen der Kategorien „Klassenpolitik“ versus „Ökonomie“ durch die Autoren. Die jeweilige ökonomische Formation der Gesellschaft ist jedoch unlösbar die Basis von Klassen und Klassenkampf, woraus die dialektische Entwicklung folgt.

Das Verhältnis Basis-Überbau lässt sich (laut Engels [MEW 20/25]) folgendermaßen ausdrücken: *„Es zeigte sich ... das also die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären sind.“*

Also auch die Klassenkämpfe. Und daher ist auch die „Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus“ in der „ökonomischen Struktur der Gesellschaft“ zu ergründen.

Wenn jemand die „Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus“ aufwirft – was hat das mit dem „ökonomischen Marxismusverständnis der II. Internationale“ zu tun? Da ist kein zwingender Zusammenhang zu erkennen. Ein Blick in das Leninsche Heft von 1916 zeigt: nichts weist auf das „Marxismusverständnis der II. Internationale“ hin. Der fundamentale Unterschied zwischen Lenin und der II. Internationale ist immerhin der, dass Lenin nicht die friedliche Übernahme des Staates durch Wahlen, sondern dessen Sturz für unumgänglich hielt. Lenin das „ökonomische Missverständnis der II. Internationale“ vorzuwerfen, ist nur Ausdruck der oben kritisierten Metaphysik der Autoren.

„Sterbender Kapitalismus“ – Epoche der proletarischen Revolution ?

Es bleibt allerdings das Problem, ob die Imperialismusschrift auch rückblickend nach über 100 Jahren den einstigen Ansprüchen Lenins und der Komintern genügt. Man kann nur die völlige Fehlanzeige konstatieren. Denn nach über 100 Jahren haben Kapitalismus und Imperialismus sämtliche gescheiterten sozialistischen Anläufe überdauert und in Form kapitalistischer Restaurationen Urständ gefeiert. Der Kommunismus ist marginalisiert und existiert im Westen nur noch in Gestalt irrelevanter, meist „revisionistischer“ bzw. idealistischer Sekten. Will man das imperialistische China, das familien-dynastische

Nord-Korea oder das dahinsiechende Cuba als „kommunistisch“ betrachten, beglaubigt man den vollständigen Bankrott der „Sache“.

„Kommunistischer Idealismus“

Diese Spielart des Idealismus bedeutet nicht die Erklärung des Geistigen, der Ideen, zur Ursache aller Erscheinungen und Entwicklungen oder dass die reale Welt nur als Objekt des Bewusstseins existiert. Das alles nicht (bzw. weniger). Dagegen geht es um die Überhöhung von Analysen bzw. ideologisch begründeten Parteibeschlüssen oder Theoremen „unfehlbarer Führer“ zum Agens der Gesellschaft – losgelöst von bzw. im Widerspruch zu objektiven Bedingungen. Beispielsweise u.a., indem man vom Willen der Menschen unabhängige ökonomische Gesetze jenseits der objektiven Voraussetzungen per Beschlüssen willkürlich übergehen, gar abschaffen oder neue Gesetze erfinden könnte.

Ein solcher Idealismus zeigte sich auch z.B. in der deutschen Novemberrevolution und danach: die Revolutionäre, die für die Ideale einer sozialistischen Republik nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution kämpften, blieben in der Rätebewegung eine Minderheit. Sie unterschätzten die noch unerledigten Aufgaben der bürgerlichen Revolution, die für den Sozialismus „unreife“ Klassenstruktur und die Aktionsfähigkeit der sozialdemokratisch geführten Konterrevolution: Lenin kritisierte (in taktischer, nicht strategischer Hinsicht) den zugrundeliegenden linken Radikalismus der deutschen Revolutionäre. Die KPD mit ihrem fortdauernden linken Sektierertum und ihrem Voluntarismus, womit sie die Ideen von Sozialismus und Diktatur des Proletariats als unmittelbar auf der Tagesordnung verfolgte, konnte Massen rückständiger Arbeiter, Bauern und Millionen kleiner Warenproduzenten nicht gewinnen und wurde letztlich vom Nazi-Faschismus überrollt.

War Lenin frei von diesem „kommunistischen Idealismus“? Er war ein Mensch seiner Zeit, in der durch den 1. Weltkrieg sich gewaltige revolutionäre Bewegungen erhoben und unter Lenins Führung die russische Oktoberrevolution siegte.

Die AZD-Kritik an Lenins Imperialismusschrift – zum Teil berechtigt

Der „Abschied“ von der Leninschen Imperialismustheorie wird in den AZD seit Ende der 80-iger Jahre ventiliert. So wurden im August 22 in der „Kommunistischen Debatte“ Texte aus dem Jahr 1987 (AZD 39) wiederveröffentlicht, die damals unter dem Titel „Kapital und Monopol – zur Kritik der Monopoltheorie bei Hilferding und Lenin (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=366) erschienen sind und deren Schlussfolgerungen im Wesentlichen in [2] wiederholt sind. Dieser sehr gründliche Beitrag (132 Seiten) zu den Widersprüchen zwischen Lenins Quellen (besonders Hilferding, Hobson) und der Marxschen Theorie weist klar nachvollziehbare und zutreffende Kritikpunkte auf, auch an „Schwankungen und Unsicherheiten“ Lenins selbst.

Da Lenin seine Schrift teilweise auf Hilferding gestützt hat, schließen die Autoren, dass auch die Leninsche Theorie des Imperialismus mit der Marxschen Theorie nicht vereinbar sei. Man wirft Lenin den Begriff „Übergangskapitalismus“ vor, in dem „die Warenproduktion bereits untergraben ist und die Hauptprofite den Genies der Finanzmächenschaften zufallen“; ja man meint daraus den Schluss ziehen zu müssen, dass es

(angeblich laut Lenin) nicht mehr der Wert sei, der die Produktion bestimmt und regelt (AZD 39/91). Oder man unterstellt Lenin, dass er mit seiner Rede vom Monopolkapitalismus die „*Aufhebung der Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion*“ behauptet habe – krass überspitzte Stücke an Interpretationskunst.

Marx wird gegen Lenin ausgespielt. Dabei wird ignoriert, dass schon Marx bemerkt hat (MEW 25/454): „*Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als ein solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus. Er produziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektemachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren, ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienschwindel.*“

Und Engels fügt als Beispiel hinzu, dass „... *in diesem Zweig, der die Grundlage der ganzen chemischen Industrie bildet, in England die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs trefflichste vorgearbeitet.*“ Hatte Lenin damit nicht etwa schon Vordenker?

H.K. setzt diesem Ausspielen Lenins gegen Marx sein Fazit obendrauf: „Es ist deshalb an der Zeit, dass wir uns verabschieden, nicht von Lenin, der an der Seite des revolutionären Proletariats den Kampf gegen den Opportunismus ... der II. Internationale aufnahm, sondern von der (?) Imperialismustheorie. Konsequenter kann man das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Das „Problem des Imperialismus selber“ muss stattdessen heute neu aufgerollt werden; dazu haben die AZD bislang kaum etwas geleistet.“

Zunächst ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum Umgang mit den sogenannten „Klassikern des Marxismus-Leninismus“:

Der „Umgang“ mit den Klassikern

Es gibt 2 Extreme, wie mit Lenin und den übrigen „Klassikern“ des Marxismus umgegangen wird: auf der einen Seite betrachtet man sie als heilige, unfehlbare Propheten, denen (fast) alles (oft einseitig verzerrt, dogmatisch bzw. idealistisch) nachgebetet wird. Das andere Extrem bedeutet, wie z.B. bei Lenin, dass man sich von dessen Imperialismustheorie komplett verabschieden muss, ja dem man historische Niederlagen des Kommunismus ankreidet. Sozusagen ein positiver bzw. negativer Personenkult.

Sämtliche „Klassiker“ des sogenannten ML haben sich in manchen Fragen geirrt, haben Fehler selbstkritisch konstatiert und – so möglich – korrigiert oder konnten sie nicht erkennen. Schön ist der diesbezügliche Spruch von Engels zum 50. Geburtstag von Marx: „*Was wir doch vor 25 Jahren für jugendliche Enthusiasten waren, als wir uns rühmten, um diese Zeit längst geköpft zu sein*“ (MEW 32/515).

Engels hat selbstkritisch eingeräumt, dass sie beide, Marx und Engels sich historisch geirrt hatten: „*Die Geschichte hat uns ... unrecht gegeben. Sie hat klargemacht, dass der*

Stand der ökonomischen Entwicklung damals bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion“ (MEW 22/515). Und Engels lag völlig daneben, als er 1895 glaubte, die SPD stehe „heute auf dem Punkt, wo sie mit fast mathematisch genauer Berechnung die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt.“ (MEW 22/515).

Lenins radikale Selbstkritik bei der Wende zur NÖP 1921 (4,5 Jahre nach der Imperialismusschrift – LW 33/42) ist klassisch: „... begingen wir den Fehler, dass wir beschlossen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen. Das war alles andere als eine Kleinigkeit, war doch dieser Fehler verbunden mit einer Niederlage, die ernster war, als irgendeine Niederlage, die uns jemals von Koltchak, Denikin oder Pilsudski beigebracht wurde, ... viel ernster, viel wesentlicher und gefährlicher ...“ (LW 33/44).

In der Landwirtschaft hatte die radikale Ablieferungspflicht schwere Hungersnöte verschärft; sie wurde abgeschafft und durch eine Naturalsteuer ersetzt. Die Kritik an Lenin lässt sich fortsetzen an seiner Rolle bei der „Zimmerwalder Linken“, die 1915 die in Deutschland noch unerledigten Aufgaben der bürgerlichen Revolution unterschätzte. Auch dazu hat Lenin 1920 sich in „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ geäußert, was man auch als Selbstkritik im Rückblick auf Zimmerwald interpretieren kann.

Lenin hat auch beispielsweise 1919 in seiner Kritik an Bucharin präzisiert: „Reinen Imperialismus ohne kapitalistische Grundlage hat es niemals gegeben, gibt es nicht und wird es niemals geben, ... Nirgendwo auf der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird er niemals existieren“ (LW 29/150). Wer will, kann das als eine Selbstkritik zum Imperialismusheft betrachten.

Der Kontext 1916, Lenins Unklarheiten und der Abschied von Heiligkeiten

Die Imperialismusschrift wurde 1916 geschrieben, im 1. Weltkrieg, als sich bereits die revolutionäre Situation abzeichnete. 1920 schrieb Lenin dazu: „Es fällt schwer, jetzt, in den Tagen der Freiheit, diese durch Rücksicht auf die zaristische Zensur entstellten, zusammengequetschten in einen eisernen Schraubstock gepressten Stellen der Broschüre wieder zu lesen ...“ (LW 22/191)

In der Tat haben gewisse Schlussfolgerungen, Unklarheiten und Überspitzungen des Textes eine Grundlage geliefert für verschiedene grundfalsche Theoreme. So für die quasi „gesetzmäßige“ Gewissheit bis in die Tage Honeckers: „den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“- dass nämlich der faulende Imperialismus unmittelbar der „Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“ sei. Das scheint heute auch nach über 100 Jahren reichlich fern. Oder eine Grundlage für die „antimonopolistische Demokratie“ der DKP, auch für die Agitation der MLPD, in der „DIE MONOPOLE“ quasi der Satan schlechthin und die „Alleinherrschaft des internationalen Finanzkapitals“ der internationale Hauptfeind des internationalen Proletariats sind. Die in Wirklichkeit „allein herrschende“ Konkurrenz der imperialistischen Staaten wie der Monopole untereinander ist dabei ultraimperialistisch weggezaubert.

Was bleibt da, wenn man wegen ihrer Fehler und Irrtümer, ihrer im Nachhinein erklärbaren Fehlprognosen den „Klassikern“ die Heiligkeit, die Eigenschaften als Wahrsager und unfehlbare Propheten absprechen muss? Die Marxisten müssen in selbstständiger theoretischer Arbeit mit der Marxschen Methodik an die jeweils aktuellen Entwicklungen herangehen.

Folgen - „Revisionismus“ pur

In [2] wird völlig richtig die „Begeisterung für die Leninsche Imperialismustheorie“ in einem Teil der Linken unter Einschluss ihres „kommunistischen Flügels“ konstatiert: *„... obwohl man sich von den sonstigen theoretischen und insbesondere revolutionären Positionen Lenins längst verabschiedet hat. Statt die Lenin-Liebknechtsche Position des revolutionären Defätismus gegen beide imperialistischen Kriegsparteien im Ukraine-Krieg zu beziehen, vertrat man entweder die offene Unterstützung der russischen Seite, forderte Waffenstillstände oder verfiel gleich dem Pazifismus.“*

Das kennzeichnet den marginalen Zustand der Linken (vielleicht abgesehen von der „woken“ Linkspartei), erst recht der „kommunistischen“ Splitterparteien bzw. idealistischen Sekten.

Seit über 100 Jahren „sterbender Kapitalismus“?

Im Gegenteil: Es ist ein geradezu exponentielles „Wachstum“ des Kapitalismus, das bei gleichzeitig wachsender Ungleichheit und verelendeten Zonen den Globus mit inzwischen über 8 Milliarden Menschen überzogen hat. Man kann feststellen, wie der tendenzielle Fall der Profitrate [MEW 25, 221 bis 277] die Kompensation durch gesteigerte Waren- und Profitmassen hervorbringt. Durch die qua Konkurrenz ständige Produktivitätssteigerung (per Automatisierung, Digitalisierung etc., „mit immer weniger Leuten wird immer mehr produziert) ist in den einzelnen Waren immer weniger gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit kristallisiert (was letzten Endes geringeren Profit pro einzelner Ware bedeutet); ergo: die Waren werden relativ immer billiger, was sich durch die gesteigerte (automatisierte) Massenproduktion wettmacht.

Infolgedessen überschwemmen ungeheuer angeschwollene Warenfluten mit ihren Abfallprodukten den Globus, wofür die Ressourcen unwiderruflich geplündert, verheizt und vergeudet werden. Zugleich wird aber auch die Ware Arbeitskraft billiger, da diese sich mit den „wohlfeileren“ Waren reproduziert, d.h. die sinkenden Warenwerte gehen einher mit relativ sinkenden Löhnen – was mehr oder weniger nominal durch die gleichzeitige „säkulare Inflation“ überdeckt, auch durch erfolgreiche Lohnkämpfe zeitweise konterkariert wird.

Das Kapital strebt – getrieben von wachsender Produktivität nach dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate – nach grenzenloser internationaler Expansion und Akkumulation, jedoch eingebannt in die staatlichen Formen. Dieser Expansionsdrang, dieser innere Druck auf die staatliche Organisation muss daher unbedingt durch eine mehr oder weniger expansive, aggressive imperialistische Politik der konkurrierenden Staaten gegeneinander zum Ausdruck kommen – je nach dem Maß ihrer kapitalistischen und militärischen Potenziale bis zum Krieg als ultima Ratio des Imperialismus.

„Rassenstaat“ und „Imperialismusproblem III“ – eine Kritik

Immer mehr Staaten haben inzwischen einen Entwicklungsstand erreicht, mit dem sie am globalen Konkurrenzkampf um Rohstoffe, Absatzmärkte, Kapitalexport, militärische Rüstung und Einflusszonen teilnehmen. Entgegen dem Euphemismus von einer „friedlichen multipolaren Welt“ handelt es sich tatsächlich um eine multi-imperialistische Welt der heftigsten Konkurrenz, des Wettrüstens und der Kriege.

Der revolutionäre Optimismus, von dem Lenin vor über 100 Jahren erfüllt war, hat sich „in Luft aufgelöst“. Es sind komplexe Ursachen, zu denen der „kommunistische Idealismus“ (s.o.) zählt.

Ein entscheidender Wendepunkt war der Machtantritt der Chruschtschowianer in der Sowjetunion, mit der die Konterrevolution, die Kapitalisierung der UdSSR etwa in den 60-iger Jahren des letzten Jahrhunderts begann. Dazu verweise ich auf meinen diesbezüglichen Artikel [8]. Mit der Kapitalisierung der UdSSR begann der Untergang des gesamten realsozialistischen Lagers mit all seinen Varianten, sozusagen das historische Scheitern des ersten kommunistischen Anlaufs der Menschheit.

Aussichten

Hierzu empfehle ich der Kürze halber das Schlusskapitel meines Textes: „Der tendenzielle Fall der Profirate und Imperialismus heute – Kapitalismus ohne Ende?“. <http://kommunistische-debatte.de/wp-content/uploads/Artikel-Imp-2022-1.pdf>.

Literatur:

- [1] Heiner Karuscheit: „Der deutsche Rassenstaat – Volksgemeinschaft & Siedlungskrieg“. NS-Deutschland 1933-1945“, VSA-Verlag Hamburg, 2025
- [2] AZD (Aufsätze zur Diskussion) Nr. 98, Juni 2025 = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2861
- [3] AZD (Aufsätze zur Diskussion) Nr. 93, Mai 2021 = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2077
- [4] Roger Chickering: „Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg“, Becksche Reihe; Verlag C.H.Beck, München 2002
- [5] Bernt Engelmann: „Krupp – Die Geschichte eines Hauses – Legenden und Wirklichkeit“, Wilhelm Goldmann Verlag, August 1978
- [6] AZD (Aufsätze zur Diskussion) Nr. 95, Oktober 2022 = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2537
- [7] Ulrich Enderwitz: „Antisemitismus und Volksstaat, zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung“, - Ca ira – Verlag 1998 = <http://reichtum-und-religion.de/antisemitismus/antisemitismus-node1.html>
- [8] K.-H.Goll: „Die nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands“ = http://www.kommunistische-Debatte.de/?page_id=2800

[9] K.-H.Goll: „Die Kapitalisierung der UdSSR und einiges zum Untergang des Realsozialismus“ = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2635

[10] Heiner Karuscheit: „Der Ukraine-Krieg und die Frage des deutschen Imperialismus“ = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2382

[11] David de Jong: „Braunes Erbe – die dunkle Geschichte der reichsten deutschen Unternehmerdynastien“. 2022, Kiepenheuer und Witsch, deutsche Übersetzung des Titels: „Nazi Billionairs“

Fritz Gött

Graeber / Wengrow: „Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit“; Fingerzeig oder doch nur ein (untaugliches) politisches Rezept?

„ANFÄNGE. Eine neue Geschichte der Menschheit.“ titelt das Buch der Autoren Graeber / Wengrow. (1) Ich habe die Studie mit Interesse gelesen. Dennoch haben mich zentrale Schlussfolgerungen, methodische Überlegungen und einige Befunde im Buch nicht überzeugt. Ausgewählte Probleme und Positionen der Studie sollen daher im Folgenden diskutiert werden. Eine vollständige Rezension und Reflexion des Werkes, so wünschenswert sie auch sein mag, sind auf wenigen Seiten nicht zu leisten. Mag ein Anderer, der sich dazu berufen fühlt, dieses nachreichen.

Ein Ritt durch die Weltgeschichte

I. Die selbst gestellte Aufgabe der Autoren

Beide Autoren der Studie sind politische Aktivisten. Sie wollen nicht nur wissenschaftliche Aufklärung zur Weltgeschichte liefern, sondern politische Beiträge zur Überwindung des Kapitalismus leisten. Es gibt also gute Gründe für uns sich mit ihren Positionen zu beschäftigen.

Wer sind **die Autoren**: David Graeber ist Anthropologe und bekennender Anarchist. David Wengrow ist Archäologe und Völkerkundler, mit libertären Neigungen. Beide Autoren sind durch einige wissenschaftliche Veröffentlichungen ausgewiesen bzw. bekannt.

Ihr Vorgehen im Buch ist durchaus originell: Sie stellen sich **die Aufgabe** „nicht neue Antworten auf soziale Ungleichheit zu finden“, sondern umgekehrt, **gesellschaftliche Zustände und Rezepte der Freiheit und Gleichheit in der Historie aufzuspüren und darzustellen**, als Anregung für ein selbst bestimmtes neues Handeln. - Natürlich finden sie solche Gebilde - nicht in der Fantasie, sondern in der Wirklichkeit. Sowohl bei einigen (der letzten) Jäger- und Sammlergemeinschaften der Gegenwart (jedoch nicht bei allen), ja selbst in historisch nachweisbaren komplexen Gesellschaften der Vergangenheit unter den Völkern der Welt. Viele Beispiele aus ihrem Repertoire können überzeugen, einige überzeugen mich hingegen nicht (ich komme darauf kurz zurück). - Doch **es hat sie gegeben: die klassenlosen oder flach geschichteten Gemeinschaften der Vergangenheit und Gegenwart**. Die Autoren widersprechen mit ihrer Empirie und Erzählung bürgerlichen Autoren, die sich Zivilisationen bzw. Gemeinschaften nur unter der Leitung und Herrschaft von Eliten oder herrschenden Klassen vorstellen können (und wollen).

Streckenweise liest sich die Studie wie **ein Buch gegen liebgewordene Gewissheiten**, die u.a. mit den neuesten archäologischen Befunden der letzten dreißig Jahren konfrontiert werden. So nehmen die Autoren nicht nur etablierte historische Ansichten aufs Korn, sondern auch Modeautoren wie Yuval Noah Harari, mit ihren teils abstrusen Urteilen zur Menschheitsgeschichte. Das macht das Buch auch für den politisch und historisch interessierten Leser interessant.

II. Das libertäre Credo: Anarchie ist machbar, Herr Nachbar

Das Buch der Autoren umfasst viele Themenbereiche, so Fragen der Ethnologie, der Ur-, Vor- und Frühgeschichte. (2) Sie hier ausführlich zu behandeln würde den Umfang meines kleinen Aufsatzes sprengen. Ich konzentriere mich im Folgenden auf Fragen des gesellschaftlichen Übergangs zur Zivilisationsgeschichte und ihrer Entwicklung bei den Autoren. Mir geht es dabei nicht so sehr um eine umfassende Rezension des Buches oder ihrer Fragestellungen. Vielmehr werde ich die anstehenden Auffassungen der Autoren mit jenen der Marxisten vergleichen, denen ich eine höhere Fähigkeit zur Erkenntnis der Wirklichkeit unterstelle. Was nicht heißt, das Positive in der Arbeit von Graeber und Wengrow einfach bei Seite zu wischen.

Graeber und Wengrow widersprechen in ihrer Studie u.a. der These, die „Neolithische Revolution“ d. h. der historische Übergang des Menschen von der aneignenden Tätigkeit (als Jäger und Sammler) zur produzierenden Ökonomie (Landwirtschaft und Viehzucht usw.), und später die „Städtische Revolution“ in einigen Teilen der Welt (im „Alten Orient“ vollzog sich die Urbanisation zwischen 5000 und 3000 v.u. Zt.) habe unmittelbar in die Klassengesellschaft und soziale Spaltung der Gemeinschaften eingemündet. Das sei falsch. Der historische Prozess sei zeitlich gesteckt (3) und ‚örtlich‘ verschieden (4), ja vielfältig ausgeprägt gewesen. Nicht immer sei man in die Straße der Klassengesellschaft eingebogen. Manche Lebensformen seien vor Ort spielerisch ausprobiert, eingerastet oder wieder verworfen worden. Und, na ja, manche Gemeinschaften seien wohl auch ‚zeitnah‘ zu Klassengesellschaften mutiert. Doch das Spielfeld sei eben divers gewesen. (Was - so gesagt - für eine gewisse Zeit auch stimmig ist und was dann später doch andere gesellschaftliche Gestalten annahm, nämlich in Richtung Klassengesellschaft, d.V.). - Viele Archäologen werden die obige Aussage von Graeber und Wengrow wohl unterschreiben - doch dann endet der Konsens auch schon wieder bei Vielen. Das Terrain wird politisch heikel. Denn was in der Vergangenheit wirklich oder vergänglich war, könnte gedanklich als Konstante der Geschichte auch für die Gegenwart die (drohende) Vergänglichkeit des Kapitalismus anzeigen und zur eigenen Stellungnahme auffordern. Das Unbehagen nagt an den eigenen Interessen und Gewissheiten.

Theoretische Überlegungen und archäologische Befunde legen vor allem in den Anfängen der Zivilisation(en) z.B. im „alten Orient“ in der Tat eine Vielfalt der ‚politischen‘ Ordnungen nahe. Das ist richtig. Über die Ursachen ihrer Gestalt und ihrer Vergänglichkeit lässt sich streiten. Bei Graeber und Wengrow wird die (politische) Lebensform jedoch selten aus den spezifischen Lebensbedingungen der Menschen ‚vor Ort‘ und somit aus ihren gegebenen naturhistorischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bezügen, Instrumenten und Fertigkeiten sowie historischen Umständen abgeleitet, sondern weit häufiger als voraussetzungsloser Willensakt gedeutet – „von uns selbst erdacht“. Als gäbe es keine ‚äußere Welt‘, keine treibenden Kräfte, die den Lebenden gedanklich wie praktisch das Gesetz des Handelns (subjektiv) aufnötigen würden. Das gibt die Basis für ihre (spätere) politische Interpretation als Anarchisten ab. Also: Du hast die freie Wahl im Leben - einst und jetzt. Unser Buch erinnert Dich durch seine (positiven historischen) Beispiele an eben diese Möglichkeiten und Spielformen. Jederzeit: Du hast die Wahl. Als Aussteiger oder als ‚Vertragspartner‘ in einer freien Gemeinschaft / Gesellschaft. - Das

steht nicht wortwörtlich so in ihrem Buch - aber es ergibt sich aus dem Inhalt. – Marxisten sehen das anders.

Schon in einem bekannten Zitat von Marx wird **die unterschiedliche Herangehensweise** an die Handlungsoptionen des historischen Menschen sichtbar: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“. (5) - Kurz gesagt: Die Gedanken mögen (zeitweise) ‚frei‘ sein, die gesellschaftlichen Bezüge des Menschen und die herrschenden Umstände in Natur und Gesellschaft sind es nicht. Was ist da schon immer freigestellt? - Wir haben hier eine alte Problemstellung unter Philosophen (und Politikern) vor uns, die u.a. in der Rubrik „Freiheit und Notwendigkeit“ auch heute noch kontrovers diskutiert wird. - Dafür wäre jetzt ein praktisches Diskussions-Feld nützlich, sagen wir am Gegenstand des „alten Orients“, (der ja auch bei Graeber und Wengrow häufig zitiert, aber nicht wirklich analysiert wird). Für eine solche Diskussion fehlt hier der Raum. (6) - Doch die **Geschichtsphilosophischen Widersprüche** zwischen Marxismus und Anarchismus liegen noch tiefer. Dazu später mehr.

Natürlich sind die Autoren Graeber und Wengrow nicht blind. Sie wissen als Männer vom Fach, dass sich viele *entwickelte* Zivilisationen - ob in den Anfängen egalitär oder herrschaftsfrei - früher oder später doch im Zustand einer Klassengesellschaft wiederfanden - eventuell einmal *zeitweilig* zurückversetzt oder modifiziert, etwa durch soziale Unruhen, Bauernaufstände, Revolutionen, Invasionen von außen, Naturkatastrophen usw.

Das selber eingebrockte ‚Schicksal‘, so könnte man nun in Analogie auf Graeber und Wengrow mutmaßen, heißt da wohl Klassenherrschaft; (natürlich in unterschiedlicher Form und mit verschiedenem Inhalt, den entsprechend jeweiligen Ausgangsbedingungen geschuldet, d.V.). Woher dieser ‚Kreislauf‘ jedoch kommt, können Graeber und Wengrow nicht wirklich erklären (und was sie selber dazu als Deutung vorgeben, bedürfte einer eigenständigen Kritik). Zentral im eigenen Text ist für sie ja eh, Menschen zu ermutigen, das Räderwerk aus eigener Kraft zu verlassen. Darauf konzentriere ich mich hier als Diskutant.

Ansichtssache

Das Buch der Autoren Graeber und Wengrow hat Stärken und Schwächen. Stark ist es, wo es den Leser zu alternativen Lebens- und Gesellschaftsformen animieren möchte sowie in den fachwissenschaftlichen Diskursen und in der Ideologiekritik. Schwach ist es hingegen in manchen Details und in den konzeptionellen Schlussfolgerungen bei der Geschichtsbetrachtung. Gehen wir in einige Details:

III. Nicht jedes Beispiel der Autoren überzeugt

Aus der Fülle an Beispielen für eine klassenlose, herrschaftsfreie Gemeinschaft nenne ich im Folgenden - ohne Debatte: „Catal Höyük / auch Catal Hüyük geschrieben“ (im historischen Anatolien). Dann zeige ich auf einige historische **‚Wackelkandidaten‘** bei den Autoren: **Teotihuacan** (in Mesoamerika) und **Uruk** (im heutigen Irak). Diese letztgenannten geschichtlichen Areale passen im eigenen Entwicklungsverlauf nicht

wirklich in das Schema der Autoren. Über das Warum würde ich gerne diskutieren, doch es fehlt mir dazu der Platz. Ich verweise hier hilfsweise auf die angehängte Literaturliste. (7)

Ich möchte nicht missverstanden werden. Meine Vorbehalte gegen die obigen ‚Wackelkandidaten‘ in Punkto weltlicher Ordnung entwertet nicht die vielen zutreffenden Beispiele der Autoren Graeber und Wengrow für eine herrschaftsfreie oder egalitäre Gesellschaft in der Geschichte. - Ich lehne auch die Möglichkeit nicht ab, dass die obigen ‚Wackelkandidaten‘ in ihren Anfangszeiten eine irgendwie gestaltete herrschaftsfreie Ordnung gebildet haben. Mir sind nur die bisher vorgelegten Begründungen und Beweise der Autoren zu dünn. Zudem wird der Entwicklung dieser Areale in der weiteren Geschichte zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Denn beide Gesellschaften landeten später ebenfalls in autoritären Verhältnissen. **Die Beispiele gemahnen so oder so zur Vorsicht**, nicht allzu schnell **bei der Zuschreibung** von Paradebeispielen für oder gegen etwas zu sein. Jeder neue ‚Spatenstich‘ vor Ort, jeder neue Forschungsstand kann das Urteil in die eine oder andere Richtung verändern. Man spricht im Zwischenergebnis oder im Zweifelsfall besser von der eigenen Arbeitshypothese als von gesicherten Tatsachen - wobei Unklarheiten und Widersprüche in Material und Analyse nicht unter den Teppich zu kehren sind.

IV. Eine Frage an die Autoren Graeber und Wengrow - ohne Antwort: Was ist geschichtlich (wann) machbar, Herr Nachbar?

In einer Rezension zum Buch der Autoren (in der linken Zeitschrift „aK.“) fand ich folgende Anmerkung: „Auch die Antwort auf ihre Hauptfrage bleiben sie (die Autoren, d.V.) schuldig. Diese lautet: Wenn wir Menschen über Zehntausende von Jahren immer wieder unsere politischen Verhältnisse ändern konnten, warum leben wir im Westen seit 2000 Jahren in Klassenverhältnissen?“ (8) - Das ist ein berechtigter Hinweis des obigen Rezensenten im „aK“, wenngleich zu eng gefasst. Denn spezifische Klassenverhältnisse mit ihrer Ausbeuterordnung fanden und finden sich ja auch im Osten, z.B. zeitweilig im „Alten-China“ oder in „Alt-Persien“, ja als Faktum bis in die heutige Gegenwart in Ost und West. - Der „aK“- Rezensent hat für seine Feststellung selber keine Erklärung, aber das Verdienst, ein Unbehagen zur Schrift in einen vorwärtstreibenden Hinweis gekleidet zu haben.

Marx und Engels bieten hier (historische) Erklärungen und methodische Hinweise für unseren *eigenen* Forschungsweg.

Die marxistische Herangehensweise. Alles paletti?

V. Marx und Engels äußern sich: Warum Klassengesellschaft? Wann und durch wen öffnet sich der Weg daraus?

In einer (weiteren) wohlwollenden Rezension aus der Zeitschrift „junge Welt“ zum Buch von Graeber und Wengrow heißt es zur Stoßrichtung der Arbeit: „Die Autoren ... wehren sich dabei gegen einen in ihren Disziplinen vertretenen fehlgeleiteten Evolutionsgedanken: Ein teleologisches Geschichtsbild, das dazu führt, das historisch Entstehende als unvermeidlich zu sehen.“ (9) Das ist korrekt wiedergegeben. Aber ist diese

Position der Autoren auch immer richtig und schlüssig? Man kann und sollte zweifeln und selber nachforschen.

Doch die Abhandlung der Autoren hat noch eine andere Seite: Sie grenzt sich vom „Historischen Materialismus“ der Marxisten ab. (10) Das ist vielleicht nicht für jeden Leser auf Anhieb einsehbar, zumal Graeber und Wengrow das Streitfeld nicht ausdrücklich thematisieren, sondern vorgeblich ‚streifen‘. - Sehen wir uns deshalb einige allgemeine Aussagen der Klassiker des Marxismus an, um den Dissens zum *gegebenen* Anarchismus der Autoren zu verdeutlichen:

Marx und Engels haben sich in ihrer wissenschaftlichen ‚Karriere‘ **stets für Fragen der Menschheitsgeschichte interessiert**, die bestehende wissenschaftliche Literatur ihrer Zeit dazu registriert und sie gegebenenfalls ausgewertet und bewertet. Kein Wunder, denn was war und heute ist, ist historisch geworden und weiter im Fluss. Sie selber begaben sich dabei auf eine lebenslange Forschungsreise, bei der sich ihre Positionen auch verändert oder erweitert haben. Das kann uns hier aber nicht eingehend beschäftigen. - Ich greife aus der Fülle ihrer Arbeitsergebnisse die folgenden Fragen heraus: Warum haben sich menschliche Gemeinschaften im Stadium einer örtlich und geschichtlich gegebenen Zivilisation in Klassen gespalten; worin sahen Marx und Engels die historischen Bedingungen zu einer Beseitigung der historisch entstandenen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse (auf höherem Niveau - im Sozialismus/ Kommunismus). Ich werde dazu ihre ausgereiften Darlegungen und Problemstellungen in einem kurzen (und nicht erschöpfenden) Auszug antippen.

Für Marx und Engels ist die Durchsetzung von Klassenverhältnissen und der Ausbeuterordnungen, **nach dem Erlöschen der egalitären Urgesellschaft(en)** kein Zufall. Ihnen lagen und liegen historische und örtlich abzuklärende (!) Gesetzmäßigkeiten zugrunde. Engels hat sich dazu ausführlich in einer Reihe von Schriften - anfänglich - *modellhaft* geäußert: Im „Anti-Düring“ (1878) bzw. in der daraus abgeleiteten Kurzfassung „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1880/83). Darin heißt es u.a.: „Die Besitzergreifung der sämtlichen Produktionsmittel durch die Gesellschaft hat, seit dem geschichtlichen Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise, einzelnen wie ganzen Sekten öfters mehr oder weniger unklar als Zukunftsideal vorgeschwebt. Aber sie konnte erst möglich, erst geschichtliche Notwendigkeit werden, als die tatsächlichen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. Sie, wie jeder andere gesellschaftliche Fortschritt, wird ausführbar nicht durch die gewonnene Einsicht, dass das Dasein der Klassen der Gerechtigkeit, der Gleichheit etc. widerspricht, nicht durch den bloßen Willen, diese Klassen abzuschaffen, sondern durch gewisse neue ökonomische Bedingungen. Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notdürftigen Existenz aller Erforderliche nur um ein wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrzahl der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, solange teilt sich diese Gesellschaft notwendig in Klassen. Neben der ausschließlich der Arbeit frönenden großen Mehrheit bildet sich eine von direkt-produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen

Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaften, Künste usw. Es ist also das Gesetz der Arbeitsteilung, das der Klassenteilung zugrunde liegt. Aber das hindert nicht, daß diese Einteilung in Klassen nicht durch Gewalt und Raub, List und Betrug durchgesetzt worden und daß die herrschende Klasse, einmal im Sattel, nie verfehlt hat, ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse zu befestigen und die gesellschaftliche Leitung umzuwandeln in gesteigerte Ausbeutung der Massen. / Aber wenn hiernach die Einteilung in Klassen eine gewisse geschichtliche Berechtigung hat, so hat sie eine solche doch nur für einen gegebenen Zeitraum, für gegebene gesellschaftliche Bedingungen. Sie gründet sich auf die Unzulänglichkeit der Produktion; sie wird weggefeht werden durch die volle Entfaltung der modernen Produktivkräfte.“ (11)

Warum sollte „heute“ also etwas möglich sein, was „damals“ noch nicht ging? Ich verweise hier auf folgende Positionen der Klassiker: Bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) (sowie in späteren Schriften) hoben Marx + Engels die historischen Leistungen der Kapitalisten /die der kapitalistischen Produktionsweise hervor: „Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen.“, hieß es hier. Freilich, ein so geschaffener materieller Reichtum, konzentriert in den Händen des Kapitals, war gesellschaftlich produziert, aber kapitalistisch angeeignet. / Marx formulierte im Rohentwurf zum dritten Band des „Kapitals“, geschrieben zwischen 1864 - 1867, auch: „Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft sie unbewusst die materiellen Bedingungen einer höheren Produktionsform“. Engels, der diese Arbeit/en und die daraus zitierte Passage von Marx posthum 1894 veröffentlichte, hat dem nicht widersprochen.

Andererseits verwiesen Marx und Engels bereits zu Lebzeiten aber *auch* auf die Kehrseite der historischen Leistungs-Medaille des Kapitalismus als Gesellschaftsformation: auf die „in der modernen Gesellschaft herrschenden Klassengegensätze von Besitzenden und Besitzlosen, Lohnarbeitern und Bourgeois“; auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse, jener Kraft also, die bei steigender Kopfzahl (gemeinsam mit den Werktätigen) und bei einem erwachenden politischen Bewusstsein wohl zum Totengräber des Kapitalismus werden könnte; weiter auf die „in der Produktion herrschenden Anarchie“ in der ganzen Gesellschaft, die sich ja in den zyklischen Wirtschafts-Krisen der kapitalistischen Ökonomien äußert; desweiteren siehe ihre Verweise , auf die Verwüstungen in der Gattung Mensch und die der Natur durch eben diese kapitalistische Produktionsweise usw. Marx und Engels haben das alles ausführlich in ihren Schriften entwickelt und begründet. Man muss es nur lesen.

Kurz: „In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ...“, schrieb Marx 1859. - Doch zeigt(e) die Geschichte eben auch, dass sie alle nur eine begrenzte Daseinsberechtigung hatten und haben, als vergängliche Stufen im endlosen Entwicklungsgang

der menschlichen Gesellschaft.
Nach Engels jedenfalls hatte der Kapitalismus schon zu eigenen Lebzeiten seine progressive Rolle nachhaltig beschädigt, wenn nicht verwirkt. - Der Kapitalismus sei nunmehr reif für die Abwicklung - allgemein gesehen.

Engels war optimistisch, was das absehbare Ende des Kapitalismus in den Zentren der Zeit *durch den Kampf der Werktätigen* betraf, doch wie man später erleben musste, ist die Frage nach seinem faktischen Ende nach wie vor offen.

So oder so lässt sich sagen: es schafft der (industrielle) Kapitalismus *in seiner Geschichte* und in seinen jeweiligen gesellschaftlichen Varianten (natürlich unbewusst) objektive (ökonomische) Voraussetzungen, nicht nur diese oder jene Klassenherrschaft abzuschütteln, sondern jegliche zu schleifen.

Jedoch realisiert sich diese obige *Möglichkeit nicht* als „selbst kommende ökonomische Notwendigkeit“ Richtung Sozialismus (wie einst von den politischen „Revisionisten“ gesagt), noch im Selbstlauf, *sondern* - nach Marx und Engels - *nur* als bewusste politische Tat einer revolutionären und lohnabhängigen Klasse, die zu sich selber gefunden hat - eben *durch* die soziale Revolution des Proletariats und der Werktätigen - sowie im Aufbau des Sozialismus/Kommunismus. – Doch wie oben angemerkt steht der historischen Prognose aus der jeweiligen Linken zum angestrebten *politischen* Exitus des Kapitalismus durch die Tat der Werktätigen die Wirklichkeit gegenüber. Ganz wie der oben zitierte Rezensent vom „ak.“ fragte: Warum leben wir dann im Westen ... noch (immer) in Klassenverhältnissen?

Die Antwort steckt in der Realgeschichte, die wissenschaftlich zu analysieren wäre und dessen gesellschaftliche Resultate durch den bewussten Akt der Lebenden - wo immer möglich - verändernd zu gestalten sind. Geschichte wird gemacht.

VI. Nachtrag

Kehren wir noch einmal zu unseren Eingangsfragen - zu den Anfängen der Zivilisationsgeschichte und ihren Ausformungen - zurück, und folgen dabei kurz einer weiteren Arbeit von **F. Engels: 1884** veröffentlichte er seine Schrift „**Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluss an Lewis H. Morgans Forschungen.**“ Dem zuvor abstrakten und konstruierten Modell, wie denn die Entstehung von Klassenverhältnissen aus dem Untergang der Urgesellschaft(en) zu erklären sei plus den damit verknüpften Fragen, wurde nun ein weiteres, ein historisch unterfüttertes, ein mit Leben gefülltes *ergänzendes* Werk, zur Seite gestellt. Die Zeit schien dafür reif. - Welche Materialien lagen dieser neuen Studie zugrunde:

* das Buch des amerikanischen Juristen und Wissenschaftlers Lewis H. Morgan, 1877 zur „Urgesellschaft“. (12) Nach Engels, weil dieser Autor „die von Marx vor vierzig Jahren entdeckte materialistische Geschichtsauffassung in Amerika in seiner Art neu entdeckt“ habe, und „von ihr, bei Vergleichung der Barbarei und der Zivilisation, in den Hauptpunkten zu denselben Resultaten geführt worden (sei) wie Marx“.

* das Exzerpt von Karl Marx zum Buch Morgans, seine Anmerkungen dazu; weiter die sogenannten „ethnologischen Exzerpthefte“ von Marx, sowie verstreute Notizen des Autors zur historischen Formationsfrage; alles Dinge, die Engels im Nachlass seines inzwischen verstorbenen Freundes gefunden oder erneut aufgespürt hatte; Materialien, die

jedoch nicht in seiner ganzen Fülle und Fragestellungen in die Studie von Engels eingehen.

* Engels eigene Forschungen auf dem Gebiet der Geschichte Griechenlands und Roms, Altirlands, der alten Germanen, der Deutschen usw.

* zeitgenössische Reisebeschreibungen, Analysen und Zeitungsmeldungen

* Nachträge, die Engels späteren Auflagen seiner obigen Schrift beifügte, und deren Quellen er hier auch anzeigte, um, wie er ausführte, dem „heutigen“ Stand der Wissenschaft zu entsprechen.

Ich traue mich nicht, die inhaltliche Seite dieser Studie zusammenzufassen und die Wertigkeit dieser Schrift einst und jetzt zu beurteilen. Andere urteilen schon. In einem Kommentar des SED-eigenen Dietz-Verlages Ost (von 1964) heißt es: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ zählt zu den grundlegenden Werken des Marxismus. Diese Schrift ist eine wissenschaftliche Analyse der Geschichte der Menschheit in den frühesten Etappen ihrer Entwicklung: sie deckt den Prozess des Zerfalls der Urgesellschaft und die Herausbildung der auf Ausbeutung beruhenden Klassengesellschaft auf, zeigt die allgemeinen Charakterzüge dieser Gesellschaft und legt die Besonderheiten in der Entwicklung der Familienverhältnisse in den verschiedenen sozialökonomischen Formationen dar. Sie enthüllt ferner die Entstehung und den Klassencharakter des Staates und weist die historische Notwendigkeit seines Absterbens nach dem endgültigen Sieg der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft nach.“ (13)

Man kann diesen SED-Kommentar durchaus kritisch lesen. Mich beschleicht jedenfalls stets das Gefühl, Engels werde hier ein allgemein-verbindlicher Fahrplan der menschlichen Geschichte jenseits von Raum und Zeit unterstellt. – Doch seit wann steht die Erde still?

Engels bezog sich in seiner eigenen oben angeführten Arbeit wesentlich auf die Schrift von Morgan zur „Urgesellschaft“ und ihrer Auflösung etc., die er aber durch konkrete Beispiele illustrierte, ergänzte, vertiefte und erweiterte. Kernaussagen von Morgan akzeptierte er. - Ein Zeitgenosse von Engels, der französische Sozialist Paul Lafargue, charakterisierte die Arbeit von Morgan damals wie folgt: „Morgan ist einer der seltensten Anthropologen, die für den Wilden und Barbaren nicht die stumpfsinnige Betrachtung des Philisters haben, und so hat er dann zuerst die zahlreichen, oft sich widersprechenden über sie gesammelten Thatsachen in eine logische Ordnung eintheilen und die ersten Umrisse der Entwicklung des vorgeschichtlichen Menschen entwerfen können“. (14) Was der Sache nahekommt. Kurz, Engels legte dem Leser, in Anschluss an Morgan, ein offenes und zeitbedingtes historisches Modell vor, das nach neueren Erkenntnissen (von uns) natürlich auch anders gefasst werden müsste.

In der Tat hat **Engels das Wissen seiner Epoche und seiner Person** in dieses sein historisches Modell hineingelegt, es mit seinen methodischen Überlegungen verknüpft. Aus heutiger Sicht, durch ein erweitertes, vielfach auch neueres Wissen, sind manche Passagen seiner Arbeit revisionsbedürftig, andere Sachverhalte müssten neben dem Erhaltenswerten ergänzt werden. Wer sich da über Engels' Versuch echauffiert, sollte bedenken, dass auch die heute gängigen akademischen Modelle aus der Archäologie usw. selber unter Druck geraten sind. Sie werden in dieser Gestalt nicht überleben. Neue

Erkenntnisse zwingen eben alle Seiten zur Neu-Hypothesen- und Weiterentwicklung der konkreten Geschichtsdarstellung sowie der politischen Praxis.

1895 starb Friedrich Engels. Die von ihm angestoßene Diskussion zur Urgesellschaft, genauer zu ihren Formen und Varianten, zur Zivilisationsgeschichte, zum Sozialismus, zum besonderen Revolutions-Problem Alt-Russlands usw. (auf der Methoden-Basis des „Historischen- und Dialektischen Materialismus“) brach danach nicht ab. Sie füllt inzwischen Bibliotheken.

Wer waren die **Diskutanten der ‚ersten Stunde‘ nach dem Tode von Engels?** Auf marxistischer Seite z.B. G.W.Plechanow (15) und Rosa Luxemburg; auf jener der sogenannten politischen und weltanschaulichen „Revisionisten“ Autoren wie Karl Kautsky u.a.; dann weiter die Linksozialisten; gefolgt von der bunten Schar der Partei-Kommunisten; usw. - Wer sich näher mit ihren Arbeiten beschäftigt, wird feststellen, dass fast alle Seiten (auch jene erklärten Marxisten) am „Historischen Materialismus“ herum geschraubt haben sowie selber Korrekturen am obigen geschichtlichen Modell zur Frühgeschichte usw. von Engels vornahmen. Doch nur wenige dieser ‚Freibeuter‘ wie Karl Kautsky haben das auch offengelegt. (16) Eine Bilanz ihres Bemühens - jenes im Guten wie im Schlechten - würde mich überfordern.

Auch **im politisch gespaltenen Deutschland nach 1945** fanden weitere Diskussionen statt. Zusammenfassende Bilanzen dieser Diskussionen in Ost (17) und West (18) stehen trotz erster Versuche aus. Ich habe daher vor der Materialfülle vorerst kapituliert. Und hoffe natürlich, dass sich aus meinem kleinen Aufsatz so etwas wie eine weitergehende Diskussion unter Genossen entwickeln könnte.

VII. Die Herausforderungen annehmen

Graeber und Wengrow, auf die wir uns eingangs bezogen, sind respektable Liberäre. Sie werfen kein explosives Material in die herrschaftliche Runde, sondern (Geschichts-) Wissen und persönliche Anregungen in die gesellschaftliche Debatte, um ‚einfache‘ Menschen zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft, zur Mitmenschlichkeit zu animieren - für einen selbstbestimmten Austritt aus der Sackgasse des Kapitalismus. Man muss nicht (und sollte nicht) alle Standpunkte und Gedankengänge der Autoren im angesprochenen Buch teilen. Aber man muss sich zu ihren sozialen Anliegen und politischen Ideen verhalten. Auch Marxisten stellen sich hier wie eh und je ‚Hausaufgaben‘. Von nichts kommt nichts.

Quellenangabe /Anmerkungen:

1) David Graeber + David Wengrow: Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit (2021); Stuttgart: Klett Cotta 2022

2) Zu den ersten (und keineswegs einzigen) Diskussionsbeiträgen zum Buch im Internet siehe u.a.: Axel T. Paul: Neue Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. Literaturessay zu „Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit“ von David Graeber und David Wengrow. in: „Soziopolis“, 4. 4. 2022, S. 1 - 35 . / Jule Govrin u. Janosch Steuer (Gespräch): Prähistorie als Geschichte der Gegenwart? Ein

Gespräch über Anfänge von David Graeber und David Wengrow. in: Geschichte der Gegenwart - <https://geschichtedergegenwart.ch> -. 11. Dez. 2022. / Mein Kommentar: Diese Stellungnahmen enthalten, neben einer (mehr oder weniger verhaltenen) Würdigung oder Kritik der Arbeit von Graeber und Wengrow eine Reihe kritischer Anmerkungen zur Studie der Autoren. - Ich habe einige Positionen bearbeitet und weitergehend debattiert.

3) - Stichwort „primäres Neolithikum“; in unterschiedlichen Räumen und unterschiedlichen Zeiten, bei unterschiedlicher Ausprägung bzw. Resultaten. Hier gebe ich als Literaturhinweis: „Universalhistorisch ist ... festzuhalten, daß neben dem frühen vorderasiatischen autonomen Neolithisierungszentrum ein wenigstens partiell autonomes zweites Zentrum im Einzugsgebiet des Indus bestand, daneben ein ganz autonomes drittes, wenn auch mit Kontakten zum Westen, in Ostasien, sowie ein viertes, in sich vernetztes Doppelzentrum im Hochland von Mexiko und den Anden in Amerika und schließlich ein fünftes im subsaharischen Afrika.“ aus: Hansjürgen Müller-Beck: Die Steinzeit. Der Weg der Menschen in die Geschichte. München: Verlag C.H. Beck, 3 Aufl. 2004, S.112

4) - Beispiel Anatolien: Der türkische Archäologe Mehmet Özdoğan schrieb 2007: „Die Jungsteinzeit in Anatolien kann, der gleichzeitigen Kulturabfolge in anderen Regionen Vorderasiens entsprechend, in die zwei großen Abschnitte ... eingeteilt werden: Auf die akeramische Stufe, die einen Zeitraum vom 11. Jt. bis zum Ende des 8. Jt. v. Chr. umfasste, folgte die keramisch-spätneolithische Stufe. Sie reichte bis etwa 6000 v. Chr.“ - Siehe im Detail und zur anhaltenden Diskussion: „Vor 12000 Jahren in Anatolien. Die ältesten Monumente der Menschheit“. Herausgegeben vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe; Konrad Theiss Verl., Stuttgart: 2007. / Dagmar Schediwy: Wo die Jäger und Sammler wohnten. Im Südosten Anatoliens errichteten Jäger und Sammler angeblich die ersten Tempel der Geschichte. Doch neuere Grabungen zeigen: Auf dem Göbekli Tepe haben die Wildbeuter vor rund 12000 Jahren auch Wohnhäuser erbaut. Entwickelten sich die Jäger und Sammler womöglich anders als gedacht zu sesshaften Bauern? in: Spektrum der Wissenschaft, Nr. 1, 2024, S. 70 - 78 / Beigefügt ist dieser Arbeit: Joachim Willeitner: Göbekli Tepe ist nicht allein. in: ebenda, S. 74 -75

- Stichwort „sekundäres Neolithikum“: definiert als die Einwanderung neolithischer Bauern mit ‚Sack und Pack‘ in die bisher von archaischen Jägern und Sammlern belegten großflächigen Landschaften; hier nenne ich als ein Beispiel: Svend Hansen / Barbara Helwing: Der Beginn der Landwirtschaft im Kaukasus. in: Gold & Wein. Georgiens älteste Schätze (Hg. L. Giemsch u. S. Hansen; Begleitband zur Sonderausstellung Archäologisches Museum Ffm 2019), Nünnerich-Asmus Verlag, Mainz: 2019, S. 26 - 41

5) Zitiert aus: Marx /Engels: Ausgewählte Schriften: Band 1, Berlin: Dietz Verlag Berlin, 1964, S. 226

6) Siehe zum „Alten Orient“ einige weltanschaulich keineswegs einheitliche Übersichtswerke: Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Horst Klengel: Kulturgeschichte des alten Vorderasien. Berlin: Akademie-Verlag, 1989 / Hans J. Nissen+ Peter Heine: Von Mesopotamien zum Irak. (2003) Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 2014. / Dietz Otto Edzard: Geschichte Mesopotamiens. Von den Sumerern bis zu Alexander dem Großen. (2004) München: Verlag C.H.Beck, 2. verb. Aufl., 2009

7) Das derzeitige Wissen zu:

- „Catal Hüyük“, 7400 - 6000 v. u. Zt.; in Anatolien: - In einigem veraltet, aber immer noch lesenswert: James Mellaart: Catal Hüyük. Stadt aus der Steinzeit. Bergisch Gladbach: 1967 / Auf dem neuesten Stand die Arbeiten des Archäologen Jan Hodder zu Catal Hüyük. Auszüge seiner Schriften in deutscher Übersetzung bei: Dieter Reinisch (Hg.): Der Urkommunismus. Wien: Promedia, 2012, S. 155 - 163. / Siehe zudem die Literatur der Fußnote 4

- „Teotihuacan“, 1. Jh. v. u. Zt. - 7. Jh. u. Z.; in Mesoamerika (Mexiko): Siehe z.B.: Teotihuacan. Geheimnisvolle Pyramidenstadt. ; SOMOGY . Editions D Art, Ausstellung im Museum Rietberg Zürich: 2010. (= Katalog) / Antje Gunsenheimer u. Ute Schüren: Amerika vor der europäischen Eroberung. Frankfurt/M.: S. Fischer, (Neue Fischer Weltgeschichte, Band 16), 2016

- „Uruk“, 5. Jt. v. u. Zt. - ca. 4/5 Jh. n. u. Zt. ; südliches Babylonien (Irak): - Siehe z.B.: N. Crüsemann/ M. van Ess / M. Hilgert/ B. Salje (Hrsg.): Uruk 5000 Jahre Megacity. Begleitband zur Ausstellung „Uruk- 5000 Jahre Megacity“ Im Pergamon Museum - Staatliche Museen zu Berlin; Michael Imhof Verlag: 2013. / Siehe des Weiteren die Übersichtswerke zum „Alten Orient“ im Quellenverzeichnis Nr. 6

8) Simon Sutterlütli: Revoltierend, politisch und selbstverwaltet. Geschichte. David Graeber und David Wengrow erzählen eine andere Geschichte der Menschheit. in: „ak“. , Nr. 679, 15. Feb. 2022, S. 30

9) Thomas Salter: Hochwertige organische Kost. Auf Weltreise: David Graeber und David Wengrow schreiben die Weltgeschichte um: in: „jw“ 16. März 2022, Nr. 63, S. 17

10) Engels vermerkte zur „materialistischen Geschichtsauffassung“ u.a.: „Der durchgehende Grundgedanke des (kommunistischen) Manifestes: daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß (seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden) die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien ... “. (1883) / „Hier die Antwort auf ihre Fragen! Unter den ökonomischen Verhältnissen, die wir als bestimmende Basis der Geschichte der Gesellschaft ansehen, verstehen wir die Art und Weise, worin die Menschen einer bestimmten Gesellschaft ihren Lebensunterhalt produzieren und die Produkte untereinander austauschen (soweit Teilung der Arbeit besteht). Also die *gesamte Technik* der Produktion und des Transports ist da einbegriffen. Diese Technik bestimmt nach unserer Auffassung auch die Art und Weise des Austausches, weiterhin der Verteilung der Produkte und damit, nach der Auflösung der Gentilgesellschaft, auch die Einteilung der Klassen, damit Staat, Politik, Recht etc. Ferner sind einbegriffen unter den ökonomischen Verhältnissen die *geographische Grundlage*, worauf diese sich abspielen, und die tatsächlich überlieferten Reste früherer ökonomischer Entwicklungsstufen, die sich forterhalten haben, oft nur durch Tradition oder vis inertiae (die Kraft der Trägheit), natürlich

auch das diese Gesellschaftsform nach außen hin umgebende Milieu. “ (1894) / Die hier zitierten Passagen aus: Marx/Engels : Ausgewählte Schriften, Band 1+2, Berlin: Dietz Verlag Berlin, 1964

11) Zitiert aus: Marx /Engels: Ausgew. Schr., 1964, Bd.2, S. 135 – 136

12) Lewis Henry Morgan: Die Urgesellschaft. Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation. (1877) Zürich: 1884. (ff.) ; auch Neuausgabe, Wien: 1987

13) Redaktionelle Anmerkung des Dietz Verl., 1964, in: Marx/Engels: Ausgew. Schr., Bd. 2, S. 504 – 505

14) Paul Lafargue: Die Entwicklung des Eigentums. (Neue durchgesehene Auflage). Berlin: Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, 1893, S. 7

15) G.W. Plechanow: Zur Frage der Entwicklung der Monistischen Geschichtsauffassung (1894) Berlin: Dietz Verlag, 1956. / G.W. Plechanow: Grundprobleme des Marxismus. (1908) Berlin: Dietz Verlag, 1958

16) Karl Kautsky (Dargelegt von): Die Materialistische Geschichtsauffassung. Erster Band: Natur und Gesellschaft. Berlin: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1927 / Band Zwei: Der Staat und die Entwicklung der Menschheit. ebenda, 1927 / auch: Gekürzte Ausgabe der Arbeit, unter gleichem Autorennamen und Titel, durch John H. Kautsky (Herausgegeben, eingeleitet und annotiert) Berlin-Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1988

17) Die interessantesten Diskussionen zum Themenkomplex: Vor- und Frühgeschichte bzw. gesellschaftliche Formationsfrage, so mein Eindruck, fanden in den Anfängen und am Ende der DDR statt. / 1987, also noch vor dem Untergang der DDR, legte ein westdeutscher Historiker eine Beschreibung und Deutung der Ostdeutschen Diskussion zum Problemkomplex vor, nebst eigenen Anschauungen zur Marx-Interpretation. Die Studie hatte naturgemäß Lücken und Schwächen, zumal sie von Außen erfolgte. Die Resonanz der Arbeit in Ost und West war leider bescheiden. Siehe: Wolfgang Kunkel: Geschichte als Prozeß? Historischer Materialismus oder Marxistische Geschichtstheorie. Hamburg: VSA-Verlag, 1987. / Zu den Spätwerken der DDR - Geschichtsschreibung beim historischen Thema zählen u.a.: Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Grüner: Geschichte der Urgesellschaft. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1982 / Joachim Herrmann u. Jens Köhn (Hrsg.): Familie, Staat und Gesellschaftsformation. Grundprobleme vorkapitalistischer Epochen einhundert Jahre nach Friedrich Engels Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. Berlin: Akademie-Verlag, 1988 – Mein Kommentar: Die beiden angegebenen Bücher geben die damals wohl mehr oder weniger geltende offizielle Linie der Partei SED wieder. Wissenschaftliche Widersprüche oder Meinungsverschiedenheiten unter den Autoren selbst wurden dabei eher unter den Teppich gekehrt, bestenfalls angedeutet; marxistische Abweichler, die es ja auch noch unter ihnen gab, hatten hier keine wirkliche Stimme. - Frei war die Diskussion in der DDR eh meistens nicht. Selbst im Abgang kastrierte man sich.

18) Zur westdeutschen Debatte habe ich nur partielle Kenntnisse. / Im österreichischem Verlag Promedia erschien eine lesenswerte allgemeine Dokumentation zum Thema „Urkommunismus“ in Textauszügen: Dieter Reinisch (Hrsg.): Der Urkommunismus. Auf den Spuren der egalitären Gesellschaft. Wien: 2012. - Gegliedert ist die Dokumentation in die Abschnitte: Marxistische Vorstellungen vom Urkommunismus; Linke

Nationalisten und der Urkommunismus; Forschung in der UdSSR und der DDR; Archäologen und Anthropologen über den Urkommunismus; Erkenntnisse aus dem 21. Jahrhundert. - Das informative Vorwort des Archäologen und Publizisten D. Reinisch verweist auf einige Diskussionsstränge im Westen und Osten. / In DKP-Nähe, doch unter Vorbehalt, publizierten in Westdeutschland Margarete Tjaden-Steinhauer u. Karl Hermann Tjaden zu den oben angesprochenen (historischen) Fragen. Ihre Arbeiten liegen mir zur Einschätzung nicht vor. / Auch in der sogenannten „Neuen Linken“ - im Nachklang der 68er Bewegung - kam es zu einer Diskussion der angeschnittenen Fragen. Man arbeitete an der Rekonstruktion Marxscher Gedanken; Anthropologie, Ethnologie, Formationsfrage usw. An dieser Aussprache beteiligten sich auch Linkbürgerliche Autoren. Hierbei sei an Autoren wie H-P. Harstick und Lawrence Krader erinnert, die wichtige Impulse setzten. Weitere Arbeiten aus dem französischen, italienischen und englischsprachigen Bereich wurde übersetzt, so spezielle Überlegungen von Maurice Godelier, Eric J. Hobsbawm, Gianni Sofri, usw. In der DDR-Diskussion kamen diese Arbeiten kaum vor.

* Registrieren sollten Marxisten auch eine interessante Strömung in der neueren Archäologie- und akademischen Debatte Gesamtdeutschlands. Ihre Vertreter beziehen sich nicht auf den „Historischen Materialismus“ (den sie kaum richtig kennen oder missdeuten), sondern auf eine irgendwie (zumeist individuell) gefasste „Evolutionstheorie“ in der Geschichtsbetrachtung. Nicht wenige der Autoren nähern sich dabei dem geschichtlichen Materialismus an; spürbar das Anliegen, bei der Lebenswirklichkeit und Umwelt der Menschen anzusetzen und diese aus historischen Funden zu rekonstruieren. - Siehe als Beispiel aus dem Literaturfundus dieser Strömung: Harald Meller u.a. (Hrsg.): Überschuss ohne Staat: politische Formen in der Vorgeschichte; 10. Mitteldeutscher Archäologentag vom 19. – 21. Oktober 2017 in Halle (Saale). Verlag: Halle; Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt., 2018

* Soeben erschienen ist als politischer Links-Beitrag: Stephan Krüger: Epochen ökonomischer Gesellschaftsformationen. Eckpunkte und Entwicklungslinien der Weltgeschichte. Hamburg : VSA-Verlag, (Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 7), 2023. - Das Neunhundert-Seiten- Werk, so mein Kommentar, will erst einmal verdaut werden. Es dürfte und wird wohl unter Linken und Marxisten *nicht ohne Grund* ein geteiltes Echo hervorrufen. Ein Echo, das vielleicht wirklich zu einer kontroversen und nachhaltigen Debatte über die vorgelegten Ansichten unter Genossen animiert. Mal sehen.